

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



4-2000

**Technisches Hilfswerk:
50 Jahre aktiv
Kulturgutschutz
im Blickpunkt**



Verehrte Leserinnen, verehrte Leser,

seit im Nahen Osten wieder Steine fliegen und geschossen wird, klettern die Öl- und in ihrem Gefolge auch die Benzinpreise. Anders als 1973 ist es bisher aber nicht zu Liefer-Engpässen gekommen.

Sie wären heute auch besser zu überstehen, weil nach den Erfahrungen von 1973 Vorsorge-Maßnahmen getroffen wurden: Die westlichen Staaten verpflichteten sich, im Rahmen der Internationalen Energie-Agentur Ölvorräte für mindestens 80 Tage vorzuhalten. Deutschland hält über den „Erdöl-Bevorratungsverband“ Vorräte für etwa 90 Tage, ohne dass Sparmaßnahmen wie 1973 verfügt werden müssen. Hinzu kommen Vorräte der Privatwirtschaft für etwa 14 bis 20 Tage. Diese Vorräte sind jedoch nicht zur Marktregulierung (Stabilisierung/Dämpfung von Preisen) gedacht. Die USA haben ihre Vorräte dennoch eingesetzt, um den Benzinpreis-Anstieg zu dämpfen – mit Erfolg.

Das Beispiel Öl zeigt: Krisen haben einen Preis.

Das Risiko der Nahost-Krise ist jedoch viel größer, als es der Aspekt Öl verdeutlicht. An der Konferenz der arabischen Staaten in Kairo nahm erstmals wieder ein Vertreter des Irak teil und plädierte für Krieg. Der libysche Vertreter verließ die Konferenz vorzeitig, als sich abzeichnete, dass die Konferenz einen solchen Beschluß nicht fassen würde.

Fazit: Das Jahr geht, die Risiken bleiben.

Ich wünsche Ihnen dennoch ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2001.

*Ihr
Hans-Walter Roth*

Politik und Gesellschaft

Ein halbes Jahrhundert im Zeichen der Hilfe

Technisches Hilfswerk feierte seinen fünfzigsten Geburtstag **2**



Das Technische Hilfswerk feierte seinen fünfzigsten Geburtstag, im Bild die Begrüßung von Ehrengast Innenminister Otto Schily. Ab Seite 2 schildern wir das vielfältige Geschehen rund um das Jubiläum in Berlin. (Foto: Hilberath)

Aus der Praxis

Schlüssel, Schlüssel, du mußt wandern

17 neue Krankentransportwagen für Berlin **5**

Heiße Tage in Schönefeld

Große Zahl von Hilfsbedürftigen stellt den Rettungsdienst auf die Probe **7**

Notfallseelsorge und Krisenintervention als Bestandteil des Bevölkerungsschutzes

Modell für einen sachgemäßen Umgang mit einem neuen Einsatzmittel **9**

Öffentlichkeitsarbeit - Schwerpunkt im Katastrophenschutz

Betrachtungen zu einem aktuellen Thema **14**

INHALT 4-2000

Technik und Wissenschaft

- Das Geheimnis im Schauinsland**
Der „Zentrale Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland“ öffnete seine Pforten **17**



Mit dem Thema Schutz von Kulturgut am Beispiel des Oberrieder Stollens beschäftigt sich unser Beitrag ab Seite 17. (Foto: Claes)

- Ein Schatz aus Papier**
Kulturgutschutz: Zettelarchiv des Thesaurus linguae Latinae jetzt gesichert **19**

- Radioaktivität und Strahlenwirkung**
Ein wichtiges Kapitel des ABC-Schutzes transparent gemacht **22**

- Die Sirene am Handgelenk**
Neue Möglichkeiten zur Warnung der Bevölkerung **27**

- Aus der Industrie**
Aktuelle Produktinformationen **30**

Aus- und Weiterbildung

- Lehren aus „Herbst 99“**
Übungsauswertung zeigt auch Schwachpunkte auf **32**

- „Schneller Albatros 2000“
mit Bundeswehr und ASB**
Zusammenarbeit bei Sanitätsübung geprobt **33**

Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund** **36**
- Deutsche
Lebens-Rettungs-Gesellschaft** **38**
- Deutscher Feuerwehrverband** **39**
- Deutsches Rotes Kreuz** **40**
- Johanniter-Unfall-Hilfe** **41**
- Malteser Hilfsdienst** **42**
- Verband der Arbeitsgemeinschaften
der Helfer in den Regieeinheiten/
-einrichtungen des Katastrophenschutz
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V. (ARKAT)** **44**

Rubriken

- Rundblick** **46**
- Für Sie gelesen** **50**
- Kopfnuss** **53**
- Terminkalender** **54**
- Jahresregister 2000** **55**
- Zuletzt** **57**

Ein halbes Jahrhundert im Zeichen der Hilfe

Technisches Hilfswerk feierte seinen fünfzigsten Geburtstag

50 Jahre Technisches Hilfswerk. Wenn das kein Grund zum Feiern ist - dachten sich nicht nur die THW-Aktiven, sondern auch tausende Berliner Bürgerinnen und Bürger. Kein Wunder also, dass bei den zahllosen Aktionen zum runden Jubiläum schließlich rund 100.000 Besucher gezählt wurden.

Und alle kamen auf ihre Kosten - dank der über 1.200 Akteure aus dem gesamten Bundesgebiet, die stets intensiv bemüht waren, den Besuchern, Freunden, Partnern und Förderern des THW am Samstag und Sonntag in einer Technik- und Leistungsschau live, hautnah und zum Anfassen die gesamte Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten im In- und Ausland nahezubringen. Live-Shows, vielfältige Unterhaltung und ein gastronomischer Erlebnisparcours mit Spezialitäten aus allen 16 Bundesländern ergänzten das Gebotene zu einem rundum zufriedenstellenden Erlebnis.

Probleme erörtert

Den Auftakt des Veranstaltungsreigens machte am Freitag ein internationales Symposium zum Thema „Bevölkerungsschutz im 21. Jahrhundert - Gemeinsam Sicherheit produzieren“ in der Humboldt-Universität. Mehr als 300 Experten aus dem In- und Ausland diskutierten die drängenden Probleme eines weltweiten integrierten Risikomanagements, der praktischen Bewältigung von Großschadenser-

eignissen und der langfristigen Erhaltung der Institution Ehrenamt.

Anlass für das internationale Symposium war die Tatsache,

dass in den letzten Jahrzehnten eine dramatische Zunahme der Katastrophenschäden zu verzeichnen ist. Allein die Anzahl großer Naturkatastrophen hat sich innerhalb der letzten vier Jahrzehnte verdreifacht. Früher standen Maßnahmen der Katastrophenabwehr im Vordergrund. Heute wird mehr und mehr Gewicht auf die langfristige Katastrophenvorsorge gelegt.

Aber nur ein regionales, nationales und internationales Zusammenwirken aller im Bevölkerungsschutz engagierten Partner kann dem Katastrophenanstieg auf lange Sicht entgegenwirken.

Lob aus berufenem Munde

Am Abend gab der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, im Roten Rathaus einen Empfang für mehr als 600 Helfer des THW. Daneben waren zahlreiche Vertreter anderer Hilfsorganisationen sowie der Feuerwehr und der Bundeswehr vertreten. Diepgen lobte das besonders enge Verhältnis zwischen Stadt und THW und versicherte THW-Direktor Henkel, das THW sei in Berlin stets willkommen.



THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel begrüßt Bundesinnenminister Otto Schily beim Empfang.

Festakt in würdigem Rahmen

Das Bundesministerium des Innern hatte zu einem Festakt anlässlich des THW-Jubiläums in das altherwürdige Berliner Schauspielhaus am Gendarmenmarkt geladen und rund 1.200 Gäste aus dem In- und Ausland waren dem Ruf gefolgt. Im Ambiente des repräsentativen Schinkel-Baus erwartete die Gäste ein dem Anlass angemessenes, aber dennoch kurzweiliges Programm.

Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, appellierte in seiner Festansprache an die Ehrenamtlichen, nicht nur ehrenamtlich, sondern auch als Multiplikatoren zu arbeiten, denn das brauche unser Land. Für Konkurrenzdenken verschiedener Organisationen sei dabei kein Platz, denn wenn geholfen werden müsse, sei die Farbe der Uniform nicht das entscheidende. Der Staatssekretär überbrachte auch die besten Wünsche und Gratulationen von Bundespräsident Johannes Rau.

Tom Koenigs als stellvertretender Repräsentant des UN-Generalsekretärs in Pristina im Kosovo sprach sich lobend über den „Partner THW“ aus. Er wies den ehren- und hauptamtlichen Angehörigen der Bundesanstalt eine besondere technische und soziale Kompetenz bei den schwierigen und oft gefährlichen Auslandseinsätzen zu.

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Gerald Schäuble, betonte, das THW sei vor 50 Jahren als Küken ausgeschlüpft und heute zum stolzen Hahn inmitten der Hilfsorganisationen erwachsen. Da sei es nur natürlich, dass man beim Kräfte messen versucht habe, die eine oder andere Feder auszuruhen. Was die Feuerwehr betrifft, habe man sich an diesen Scharmützeln mehr oder weniger heftig beteiligt und so vielleicht dazu beigetragen, dass



Der THW-Leuchtkugel als künstlicher Mond zwischen Fernsehturm und Rotes Rathaus.
(Foto: Glass)

das THW ein so robustes Selbstbewusstsein erhalten habe. Für die Zukunft wünschte er dem THW eine Weiterentwicklung auf modernem Stand in das neue Jahrtausend hinein. Er verwies auf das sehr freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Organisationen und bezeichnete das THW als einen verlässlichen Partner der Feuerwehr.

Memorandum unterzeichnet

Im Anschluss an den Festakt unterzeichneten der stellvertretende russische Minister für Katastrophenschutz, Juri Worobjew, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Claus Henning Schapper, ein Memorandum. Es bekundet die Absicht der russischen und deutschen Institutionen, im Bereich der Katastrophenhilfe unabhängig von konkreten Unglücksfällen ihre praktischen Kontakte zukünftig dauerhaft auszubauen und zu vertiefen und setzt dafür einen weiten Rahmen.

So sollen etwa Erfahrungen sowie technische und wissenschaftliche Erkenntnisse ausgetauscht werden. Gegenseitige Unterstützung soll bei der Ausbildung von Führungs-

und Fachkräften erfolgen. Ein Sonderpunkt ist die noch engere Abstimmung und Unterstützung beider Parteien bei Maßnahmen der internationalen humanitären Hilfe.

„Weltweit anerkannte Kompetenz“

Zum Empfang am Sonntag konnte THW-Direktor Henkel neben Bundesinnenminister Otto Schily rund 1.000 Gäste im Welt-Saal des Auswärtigen Amtes begrüßen.

Das THW, so Henkel, sei zu keinem anderen Zeitpunkt so bekannt gewesen wie heute. Aus diesem Grund sprach er der ganzen „THW-Familie“ seinen Dank für ihre Leistungen aus, den Helferinnen und Helfern, den hauptamtlichen Mitarbeitern und den Althelfern.

Doch, so der Direktor: „Vergessen dürfen wir auch nicht: Immer wenn THW-Helfer helfen können, hat ein anderer dies ermöglicht. Da sind zum einen die Lebenspartner, die dann wieder einmal alleine sind, oder die Arbeitgeber und Kollegen, die den Mitarbeiter entbehren oder sogar vertreten müssen. Ihnen allen sei an dieser Stelle gedankt. Sie haben in den vergangenen 50 Jahren dazu beigetragen, dass wir heute dankbar auf die Vergangenheit



Die Berliner lassen sich das THW-Jubiläum nicht entgehen, ein reger Besucherstrom ist die Folge. (Foto: Hilberath)



Die Demonstrationen moderner Technik - wie hier der Einsatz von Hebekissen - stoßen stets auf großes Interesse.

Besonders anerkennende Worte fand der Minister für die intensive und konsequente Jugendarbeit des THW, die sich in mittlerweile 10.000 Jung Helfern in den bundesweit 665 Ortsverbänden dokumentiert. Jugendarbeit sei der Garant für die langfristige Sicherung des Ehrenamtes, sie sei daher eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben auch des THW, so Schily.

Technik- und Leistungsschau

Rund um das Rathaus präsentierte sich das THW mit einer Technik- und Leistungsschau, eingebettet in ein farbiges und vielseitiges Rahmenprogramm.

Auf mehreren Bühnen, unterstützt von Berliner und Brandenburger Radiosendern, erlebten die Besucher vielfältige Musik- und Tanzvorführungen. Auf der Hauptbühne vor dem Festzelt präsentierten sich u. a. Orchester von Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Bundesgrenzschutz sowie des Zolls.

Daneben erwarteten die Besucher kulinarische Genüsse aus allen Bundesländern, Gaumenfreuden und verschiedene Fahrgeschäfte. Höhepunkt war der große Familienabend am Samstag mit einem Höhenfeuerwerk und tollem Showprogramm.

Tagsüber waren die Fallschirmspringer des Bundesgrenzschutzes mit ihren punktgenauen Landungen ebenso zu bewundern wie ein Luftschiff sowie 5.000 THW-Luftballons, die in den Himmel stiegen.

Abgerundet wurde das Jubiläum durch die Herausgabe des THW-Jubiläumsbuches „Wir helfen - Das THW gestern - heute - morgen“ (vorgestellt unter „Für Sie gelesen“, S. 50). Mit dem Ersttagsblatt zum Sonderpostwertzeichen „50 Jahre THW“ und dem Jubiläumssonderstempel kamen schließlich auch die Sammler auf ihre Kosten.

und zuversichtlich in die Zukunft blicken.“

Das THW sei einer der wichtigsten Botschafter Deutschlands im Ausland - so Bundesinnenminister Schily in seiner Ansprache. Helfen wollen und helfen können, so der Minister weiter, charakterisiere das ehrenamtlich geprägte THW und seine weltweit anerkannte Kompetenz in der humanitären Hilfe. „Deutschland ist mit Fug und Recht

stolz auf das THW“, fasste er zusammen.

Schily rief zu einer noch stärkeren Zusammenarbeit der Partnerorganisationen im Katastrophenschutz auf, um Kräfte zu bündeln und die Effektivität zu steigern. Das THW sei den ihm gestellten Aufgaben voll gewachsen und die Bundesregierung wolle ihren Teil dazu beitragen, dass dies auch in Zukunft so bleibe.

Schlüssel, Schlüssel, du musst wandern ...

17 neue Krankentransportwagen für Berlin

Von Rainer Schramm

Ein neues Fahrzeug der Öffentlichkeit vorzustellen gehört wohl zu den liebsten Aufgaben eines Automobilherstellers. Dies aber nicht auf einem der renommierten Autosalons sondern im Herzen Berlins, auf dem Platz vor dem Roten Rathaus, durchzuführen, ist schon etwas außergewöhnlich.

Das Besondere an der Vorstellung ist nicht der Fahrzeugtyp - hier handelt es sich um das Modell „Sprinter“ der DaimlerChrysler AG - das Besondere ist der Spezialaufbau des Fahrzeugs: Ein kompakter Krankentransportwagen (KTW), mit dem gleichzeitig vier Personen liegend befördert werden können.

Trotz des verhältnismäßig kleinen Fahrzeugs ist es möglich, die Verletzten bzw. Erkrankten während des Transports medizinisch zu versorgen. Die umfangreiche Ausstattung hierfür umfasst unter anderem die Notfallkoffer Arzt und Säugling/Kleinkind, ein Sauerstoffbehandlungsgerät sowie ein Feldgerät zur künstlichen Beatmung. Zur kommunikativen Anbindung an eine Leitstelle ist der KTW mit einem Fahrzeugfunkgerät FuG 8b-1 ausgerüstet.

Die Konzeption des KTW, der der DIN-Norm 75.080 entspricht, wurde vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS) neu erstellt. Die Mitarbeiter des BZS wollten ein Fahrzeug schaffen, mit dem vor allem bei einem Ereignis mit vielen Verletzten oder Erkrankten eine zusätzliche, umfassende Hilfeleistung möglich ist. Das Ergebnis der Entwicklung wurde von Fachleuten der Hilfsor-



Fritz Rudolf Körper,
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Bundesministerium
des Innern (rechts),
übernimmt von
Uwe Röhrig,
Vertreter des Fahr-
zeugherstellers,
den symbolischen
Fahrzeugschlüssel.

(Foto: Schramm)

ganisationen durchweg positiv bewertet.

Feierliche Übergabe

Der Anlaß für die Veranstaltung in der Bundeshauptstadt war die Auslieferung der ersten 17 KTW durch die DaimlerChrysler AG an den Bund und die anschließende Weitergabe der Fahrzeuge an Berliner Hilfsorganisationen. Der Bund hat insgesamt 250 Krankentransportwagen zur ergänzenden Ausstattung des Katastrophenschutzes der Länder über das Bundesamt für Zivilschutz beschafft.

An der feierlichen Übergabe der Fahrzeuge nahmen zahl-

reiche Helferinnen und Helfer der Berliner Hilfsorganisationen und viele Bürger der Stadt teil. Vor den in einem Halbrund aufgestellten Fahrzeugen versammelten sich daneben Vertreter des Bundes, des Berliner Senats und der Industrie.

Als erster Redner trat Uwe Röhrig von der Geschäftsleitung des Fahrzeugherstellers ans Rednerpult, um einen überdimensionalen symbolischen Fahrzeugschlüssel zu übergeben.

„Der Bund steht zu seiner Zivilschutzverpflichtung“

Nach der Übernahme des Schlüssels durch den Parla-



Das neue Katastrophenschutz-Fahrzeug bietet Platz für vier Patienten. (Foto: BZS)

mentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Fritz Rudolf Körper, legte dieser ein eindeutiges Votum für die Verpflichtung des Bundes im Zivilschutz ab.

Nicht alle Tage ergebe sich die Gelegenheit, eine solche Anzahl von Fahrzeugen des Bundes an diejenigen zu übergeben, zu deren Aufgaben der Schutz vor Katastrophen in Friedenszeiten gehöre, freute sich Körper. Der Bund wolle damit zweierlei sichtbar machen: „Erstens: Bund und Land arbeiten als die für die Sicherheit der Bürger Verantwortlichen Hand in Hand und zweitens: Der Bund steht auch in Zukunft zu seiner Zivilschutzverpflichtung“, sagte der Staatssekretär. Er wirkte damit Befürchtungen der Länder entgegen, der Bund messe angesichts der beschlossenen Unterbrechung der Fahrzeug-Neubeschaffungen in den Jahren 2002 und 2003 dem Zivilschutz und in seiner Folge auch dem Katastrophenschutz nicht mehr den Stellenwert zu, wie dies in der Vergangenheit geschehen sei.

Körper stellte im Verlauf seiner Rede eindeutig klar, dass der Bund die für den Zivil-

schutzfall besonders wichtigen Aufgaben auch weiterhin fördern. Dazu stelle der Bund den Ländern 9.460 Fahrzeuge zur Verfügung. Ebenso finanziere der Bund die Ausbildung von rund 80 000 Helfern, die für den Einsatz der Fahrzeuge notwendig seien.

Symbolisch reichte Staatssekretär Körper den Schlüssel an das Land Berlin, vertreten durch den Staatssekretär beim Senator für Inneres, Rüdiger Jakesch, weiter. Jakesch wies wie sein Vorredner auf die nie ganz auszuschließende Gefahr von Großunfällen und Katastrophen hin. Das Land Berlin sei dankbar, dass der Bund seiner Verpflichtung, den Katastrophenschutz materiell zu unterstützen, nachkäme. Jakesch übergab seinerseits den Schlüssel an den für den Katastrophenschutz in Berlin zuständigen Landesbranddirektor Albrecht Broemme.

Qualitätsverlust durch Änderung des Wehrpflichtgesetzes

Abschließend trat die Landesgeschäftsführerin des Arbeiter-Samariter-Bunds (ASB) in

Berlin, Ursula Helms, ans Mikrofon. Sie sprach stellvertretend für jene Organisationen, die letztendlich die Fahrzeuge übernommen haben. Das waren neben dem ASB das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser-Hilfsdienst.

Die Landesgeschäftsführerin unterstrich, dass das Land Berlin in der Vergangenheit im Bezug auf Katastrophen glücklicherweise verschont geblieben sei. Katastrophen wie in Eschede oder der Absturz der Concorde bei Paris würden aber belegen, dass aus einer Idylle sehr schnell ein Inferno werden könne. „Das Vertrauen in das technisch Machbare stößt hier an seine Grenzen und lässt viele Menschen als Opfer und Leidtragende zurück.“

„Mit Freude“, so Ursula Helms, „können wir heute durch die Übergabe der 17 Krankentransportwagen an die Hilfsorganisationen feststellen, dass auch die Bundesregierung ihre Verpflichtung, den Katastrophenschutz nicht außer Acht zu lassen, sehr ernst nimmt.“

An Staatssekretär Körper gewandt bat Ursula Helms die Bundesregierung, die Belange des Katastrophenschutzes auch bei der geplanten Änderung des Wehrpflichtgesetzes zu berücksichtigen: „Wenn die Grundlagen für den Einsatz dienstverpflichteter Helfer im Katastrophenschutz nach dem Wehrpflichtgesetz geändert werden, insbesondere der Zeitraum maßgeblich verkürzt wird, werden auch Umfang der Ausbildung und Sicherung des Gelernten durch praktische Erfahrungen bei diesen Helfern verkürzt.“

Hoherfreut waren schließlich die Helfer der Organisationen, denn sie nahmen die Originalschlüssel und die Fahrzeugpapiere der 17 neuen Krankentransportwagen in Empfang und fuhren in alle Himmelsrichtungen dieser großen Stadt davon.

Heiße Tage in Schönefeld

Große Zahl von Hilfsbedürftigen stellt den Rettungsdienst auf die Probe

Von Beate Coellen

Bereits zum fünften Mal fand auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld, am Rande der Bundeshauptstadt im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald gelegen, die Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) statt. Vom 6. bis zum 12. Juni 2000 hatten die Besucher Gelegenheit, sich von der Technik am Boden und in der Luft begeistern zu lassen.

Messe expandiert

Luftfahrtschauen beziehen ihren Reiz aus dem Flugprogramm. So attraktiv und faszinierend diese Vorführungen auch sind, so stellen sie doch gleichzeitig ein besonderes Risiko dar, insbesondere, wenn sie sich vor mehreren 10.000 Zuschauern abspielen. Die Genehmigungs- und die Katastrophenschutzbehörden müssen daher im Vorfeld ihre Auflagen und Präventionen abstimmen. Während in den vergangenen Jahren das brandenburgische Ministerium des Innern selber die Federführung für die Katastrophenabwehrplanung übernommen hatte, wurde in diesem Jahr der zuständige Landkreis mit den vorbereitenden Maßnahmen und der Durchführung der Großveranstaltung betraut.

Wesentlich war dabei die Abtrennung des Routinebetriebs der Kreisleitstelle für Brandschutz und Rettungsdienst von den Ereignissen der ILA. Dazu wurde das ILA-Gelände zum Sonderversorgungsbereich deklariert. Es erhielt eine eigene Leitstelle, die alle Maßnahmen in den Bereichen Rettungsdienst, Brandschutz und Katastrophenschutz eigenständig koordinierte. Die Zuständigkeiten



Luftfahrtschauen sind stets attraktiv und faszinierend, stellen aber auch ein besonderes Risiko dar.

zwischen den einzelnen beteiligten Institutionen sowie dem Flughafen, dem Landkreis Dahme-Spreewald und der Stadt Berlin wurde schriftlich fixiert. Angepasst an die erwartete Besucherzahl und die angemeldeten Flugbewegungen wurden Personal und Technik vor Ort sowie in Bereitschaft zu haltende Reserven bestimmt. Die Führungsorganisation orientierte sich an der Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 und wies an der Spitze einen für alle Bereiche verantwortlichen Einsatzleiter auf.

Umfangreiche Personalplanung

Im Einzelnen waren vorhanden:

Führung:

- Ein Einsatzleiter,
- zwei Leitstellencontainer der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophen-

schutz des Landes Brandenburg (LSTE) mit vier Leitstellendisponenten,

- ein Einsatzleitwagen (ELW-1) des Bereitschaftsdienstes des Landkreises durchgehend vor Ort.

Brandschutz:

- Zwei Züge mit je einem Einsatzleitwagen (ELW-1), Löschfahrzeug (LF 16/12), Tanklöschfahrzeug (TLF); dazu eine Drehleiter (DLK) und ein Rüstwagen (RW-1), gestellt durch LSTE und Berufsfeuerwehren aus Brandenburg mit einer Besatzung von insgesamt 30 Bediensteten aus Berufsfeuerwehren,
- dazu drei Löschfahrzeuge (FTLF und GFLF) von Bundeswehr und Werkfeuerwehr (Flughafenfeuerwehr) auf Abruf.

Rettungsdienst/Sanitätsdienst:

- Ein Medical-Center, zwei Sanitätswachen,



Oben:
Das Zuschauerinteresse ist enorm.

Links:
Das Medical-Center geriet zeitweise an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit.

(Fotos: Dahmen)

- drei Notarzt-Einsatzfahrzeuge (NEF), sechs Rettungswagen (RTW), vier Krankentransportwagen (KTW), ein Rettungshubschrauber (RTH),
- ein Leitender Notarzt (LNA), fünf Notärzte (NA), 36 Rettungsassistenten/-sanitäter (RA/RS), 20 San-Helfer (Hilfsorganisationen),
- zwei Schnell-Einsatzgruppen (SEG)-San, zwei SEG-T (KatS-Kräfte Modell Brandenburg).

Betreuung:

- Ein SEG-Bt (KatS-Kräfte Modell Brandenburg),
- ein Notfallseelsorger (durchgehend vor Ort, weitere in Rufbereitschaft),
- zusätzlich zu den Notfalldiensten Kindersammelstelle und Behindertenbetreuung durch Hilfsorganisation.

Zusammenarbeit:

- Berliner Feuerwehr

(Alarmierungstichworte für umfangreiche Lösch- und Rettungsmittel),

- Senator des Innern und Senator für Gesundheit Berlin (Festlegung von Notfallrouten zu Schwerpunkt-krankenhäusern),
- Werkfeuerwehr Flughafen Schönefeld,
- Bundeswehr, Polizei.

Zwischen den Beteiligten sowie dem Veranstalter fanden täglich Routinebesprechungen statt. Ferner war ein Alarmierungstichwort für ad-hoc-Besprechungen in besonderen Situationen vereinbart.

Großeinsatz

Während sich in den letzten Jahren die Hilfeleistungen in den Bereichen Brandschutz und Rettungsdienst in überschaubarem Rahmen hielten, wurden die Einsatzkräfte am

10. Juni „heiß“ erwischt. Ein sommerlicher Hitzerekord sorgte innerhalb kurzer Zeit für einen Massenansturm von Hilfebedürftigen. Die vorgehaltenen Rettungsmittel waren pausenlos im Einsatz, um kollabierte Personen vom Freigelände oder aus den Hallen zum Medical-Center zu transportieren. Dort herrschte Ausnahmezustand. Kurzfristig musste ein Zelt angegliedert und mit Betten ausgestattet werden. Eine benachbarte Halle wurde zum Anlaufpunkt für Angehörige umfunktioniert. Aus den umgebenden Landkreisen wurde Assistenzpersonal nachalarmiert und von der Berliner Feuerwehr die Entsendung von drei Rettungsfahrzeugen erbeten.

So kamen die Notfallpläne für die ILA aus einem vergleichsweise harmlosen Anlass zu einer Ablaufüberprüfung. Dabei erwies es sich als vernünftig abgestuft und ausreichend schnell.

Wichtig ist wie bei jeder Planung, dass die Strukturen den Beteiligten bewusst sind. Ferner müssen sie permanent die Lageentwicklung verfolgen und rechtzeitig Anzeichen für gravierende Änderungen erkennen. Die Auslösung einer höheren Alarmstufe ist nicht das Zeichen des Versagens der Planung, sondern im Gegenteil der Beweis für die situationsangepasste Ausgestaltung des Notfalldienstes.

Das Tagebuch der ILA verzeichnete ca. 450 Hilfeleistungen. Dabei waren 20 straßengebundene Transporte zur stationären Weiterversorgung erforderlich und drei Transporte per RTH.

ILA 2002 wird vorbereitet

Die ILA hat sich zu einem bedeutsamen Wirtschaftsfaktor im Bereich Berlin/Brandenburg entwickelt. Land und Kreis werden durch die Fortschreibung einer detaillierten Einsatz- und Ressourcenpläne auch in Zukunft dafür sorgen, dass sich die Besucher sicher fühlen können.

Notfallseelsorge und Krisenintervention als Bestandteil des Bevölkerungsschutzes

Modell für einen sachgemäßen Umgang mit einem neuen Einsatzmittel

Von Pfarrer Peter Sachse

Seit einiger Zeit ist im Zusammenhang mit großen Schadensereignissen immer wieder auch von Notfallseelsorge, Krisenintervention und Einsatznachsorge die Rede. Während kaum noch jemand bestreitet, dass diese neuen Elemente der Schadensbekämpfung einen sinnvollen Platz haben können, besteht in der Bundesrepublik noch keine einheitliche Auffassung darüber, welche Tätigkeiten von welchem Leistungserbringer sinnvoll und unverzichtbar erwartet werden können und in wessen Zuständigkeit diese fallen. Das hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen werden diese Arbeitsinstrumente bereits eingesetzt, bevor entsprechende Regularien entwickelt wurden. Im Interesse der Betroffenen war das bisher akzeptabel. Zum anderen aber beschreiben sie ihr Arbeitsfeld in einer derart großen Bandbreite, dass notwenig Ressortgrenzen und Zuständigkeiten überschritten werden. Weder die Rettungsdienste, die Feuerwehren, die Polizei oder die Bevölkerungs- bzw. Katastrophenschutzbehörden noch die Innen- oder Gesundheitsministerien, noch die Kirchen können bisher definitiv eine Gesamtverantwortung erklären. Diese unklare Lage birgt Risiken in sich, die bereits erste unerfreuliche Auswirkungen zeigen.

Die Vielfalt der in der Bundesrepublik auf dem Feld der nichtmedizinischen Betreuung der von Schadensereignissen

Betroffenen arbeitenden Systeme beginnt schwer überschaubar zu werden. Für die Nutzer dieser Angebote, die professionellen (haupt- wie ehrenamtlichen) Rettungskräfte, entsteht ein verwirrendes Bild, das häufig zu einer stärker abwartenden Haltung führt. Die mittlerweile auch belegbare exklusive Tendenz der konkurrierenden Systeme befördert die Reserviertheit der Verantwortlichen. Gemessen an der Bedeutsamkeit der Aufgabe und den Gefahren und Risiken gerade im Zusammenhang mit der Bewältigung von großen Schadenslagen ist dieser ungeklärte Sachstand nur noch begrenzt hinnehmbar.

Im Land Brandenburg ist sehr zeitig versucht worden, diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken. Sämtliche möglichen Partner sind vom Ministerium des Innern als oberste Katastrophenschutzbehörde des Landes einer Prüfung auf fachliche Kompetenz und einsatztaktischer Verwendbarkeit unterzogen worden. Es wurden landeseinheitliche Standards entwickelt, nach denen auf den zu erwartenden Bedarf angemessen reagiert werden kann. Ergebnis war das Konzept für ein landesweites Projekt „Notfallseelsorge/Krisenintervention und Einsatznachsorge im Land Brandenburg“. Für den Aufbau und die Koordination wurde in enger Kooperation von Innenministerium und Evangelischer Kirche eine hauptamtliche Stelle im Dienstumfang von 50 Pro-



zent eingerichtet. Abgesehen davon gründet das Projekt ausschließlich auf Ehrenamtlichkeit. Innerhalb von gut zwei Jahren konnte so ein flexibles und zuverlässiges System aufgebaut werden, das kurz vor der flächendeckenden Absicherung der seelsorgerischen Begleitung und psychologischen Betreuung in Not geratener Menschen steht. Ausbildung und Supervision gewährleisten dabei die Einhaltung der Standards. Die Dienstaufsicht der Behörden verhindert

Wildwuchs und Kompetenzklärungen an der Einsatzstelle.

Das Projekt „Notfallseelsorge/Krisenintervention und Einsatznachsorge im Land Brandenburg“ arbeitet seit zwei Jahren ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Auch wenn sicher noch nicht alle Probleme geklärt werden konnten, so kann doch von einem Projekt mit Modellcharakter gesprochen werden.

Der Bedarf

Jedes neue Einsatzmittel muss seine Berechtigung nachweisen. So wie die nach Zahl und Art immer zahlreicher werdenden Gefahrguttransporte auf Deutschlands Straßen eine ständige Aktualisierung der Feuerwehrausrüstung notwendig machen, so hat die in den letzten Jahren häufig und laut thematisierte psychische Belastung der von einem Schadensereignis Betroffenen nach einer geeigneten Reaktion gerufen. Da diese Betroffenen keine homogene Gruppe bilden, ist der erste Schritt eine präzise Bedarfsklärung.

Zu unterscheiden ist hier vor allem zwischen der Gruppe derer, die unfreiwillig und unmittelbar von dem Schadensereignis überrascht werden („Opfer“, primär Betroffene) und der Gruppe derer, die als Hilfskräfte zu dessen Bewältigung gerufen werden („Helfer“, sekundär Betroffene)*.

Die Gruppe der primär Betroffenen, für die eine seelsorgliche Begleitung bzw. eine psychologische Betreuung in einem Großschadensfall oder einer Katastrophe benötigt werden könnte, umfasst Patienten der Triagegruppe T 3 und T 4, die unverletzt Beteiligten und die eventuell hinzukommenden Angehörigen. Die Art der Zuwendung muss

sich nach dem Erfordernis der jeweiligen Situation richten. Die Leichtverletzten (T 3) sind in der Gefahr, dass sie nach der ersten medizinischen Versorgung ihre Handlungsfähigkeit wiederentdecken und selbst aktiv in das Rettungsgeschehen eingreifen wollen. Die durch diese unkontrollierte Mobilität entstehende Gefährdung soll durch gezielte Fürsorge verhindert werden. Die Personen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den Transport nicht mehr überleben können (T 4), sollten am Ereignisort nicht alleingelassen sterben müssen. Auch wenn es diese Triagegruppe bei dem heutigen Stand der Katastrophenvorsorge kaum noch geben wird, so gebietet es doch die Menschlichkeit, eine Sterbegleitung zu ermöglichen. Die unverletzt Beteiligten können in psychische Ausnahmezustände geraten, die je nach der Art ihrer Beziehung zum Ereignis ganz unterschiedliche Prägungen aufweisen. Während beispielsweise ein Verursacher eines Massenunfalls vor allem von Schuldgefühlen bedrängt sein wird, kann den Ersthelfer seine erlebte Hilflosigkeit bedrücken oder der Angehörige eines soeben Getöteten einen psychogenen Schock erleiden, der sich langsam in Trauer und Verzweiflung auflöst. Noch einmal anders ist die Situation von Angehörigen, die zum Schadensort eilen und nichts dringender wünschen als eine positive Nachricht über das Befinden der ihnen Nahestehenden. Sie werden von Angst und Sorge erfüllt sein, die sich nicht selten in Aggressivität Luft macht. In jedem dieser Fälle wäre eine fehlende Betreuung nicht nur der Verlust einer Zuwendung, die mögliche Traumatisierungen der Betroffenen lindert oder verhindert, sondern auch ein echtes Defizit der Gefahrenabwehr.

Die zweite Gruppe, die der sekundär Betroffenen, wehren sich häufig gegen diese Klassifizierung – und das mit gutem Recht. Sie sind nicht durch ein

missliches Schicksal in Not Geratene, sondern gerade die, die diese Not bekämpfen. Durch diese Haltung und die mentale Fokussierung auf ihre Arbeitsaufgabe sind sie wesentlich vor psychischer Überlastung geschützt. Dennoch mag es in extremen Lagen Ausnahmen geben, in denen die Helfer die massive Konfrontation mit dem Leid nicht bewältigen können. Dann muss Hilfe bereit stehen. Ebenso für den Fall, dass Einsatzkräfte erst nach dem Einsatz oder im Laufe ihrer Dienstzeit Belastungssymptome aufweisen. Wenn diese ignoriert werden, können Chronifizierungen auftreten, die die Lebensqualität entscheidend einschränken oder gar zur Berufsunfähigkeit führen.

Auch wenn hier nur angedeutet werden kann, wo Notfallseelsorge/Krisenintervention und Einsatznachsorge ihr Aufgabengebiet haben könnten, so wird doch zweierlei deutlich: Zum einen besteht wenigstens für das Großschadensereignis dringender Handlungsbedarf und zum anderen kann diesem Bedarf wegen der Vielzahl der Erscheinungsmuster nur mit speziell qualifizierten Kräften entsprochen werden. Das führt zu einem weiteren wesentlichen Schritt der Bedarfsanalyse. Ein derart hochqualifiziertes Personal (Seelsorger, Psychologen, Mediziner) nur für den hoffentlich nie eintretenden Katastrophenfall vorzuhalten, ist nicht nur ineffektiv, sondern auch für die Helfenden demotivierend. Dies um so mehr, da sie auch im alltäglichen Rettungsgeschehen durchaus gebraucht würden. Die Mehrzahl der oben beschriebenen psychischen Ausnahmesituationen der Betroffenen sind nicht erst im Großschadensereignis zu beobachten, sondern treten regelmäßig in der Arbeit der Rettungs- und Sicherheitskräfte auf. Deshalb hat es sich im Land Brandenburg als die sinnvollste Variante erwiesen, die einzureichenden Notfallseelsorge/Kriseninterventions-

*) In der Literatur ist auch die Unterscheidung von primär Betroffenen („Opfer“), sekundär Betroffenen (Angehörige, unverletzte Beteiligte etc.) und tertiär Betroffenen („Helfer“) üblich. Diese Terminologie gliedert für diesen Zusammenhang unnötig differenziert.

systeme auf Landkreisebene zu organisieren und eben auch „niederschwellig“ zu alarmieren. Auch die auf Landesebene eingerichtete Einsatznachsorge hat die Mehrzahl ihrer Anforderungen unterhalb des Katastrophenfalles.

Die Partner

Die primär Betroffenen weisen ein so komplexes Erscheinungsbild auf, wie es die Ergebnisse sind, die Rettungskräfte und Ordnungs- und Sicherheitsbehörden zu bewältigen haben. Ihnen gemeinsam ist lediglich der Umstand, dass gerade diese Vielfältigkeit ihrer Lebensbezüge die Verantwortlichkeit einer einzelnen Institution für ihr seelisches Wohlergehen ausschließt. Allen gemeinsam ist nur ihr Status als Glieder der menschlichen Gemeinschaft und ihr Angewiesensein auf Hilfe in einem Geschehen, das sie nicht selbst bewältigen können. Diese Tatsache klärt darüber auf, wer einzig für die Gruppe der primär Betroffenen zuständig sein kann: die Gesellschaft selbst, das heißt, zur Willensbildung die gesetzgebende Gewalt und zur Umsetzung die entsprechenden Behörden. Im Land Brandenburg hat die Frage der psychologischen Betreuung der von Katastrophen Geschädigten den Landtag beschäftigt und die vom Innenministerium begonnene Verfahrensweise bestätigt.

Die sekundär Betroffenen, die Gruppe der ehren- und hauptamtlichen, semiprofessionellen und professionellen Helferinnen und Helfer, eint vor allem der Umstand, dass sie einer Organisation angehören, in deren Auftrag sie erst mit dem schädigenden Ereignis in Berührung kommen. Das bringt es mit sich, dass die Frage auch der psychologischen Betreuung oder seelsorgerischen Begleitung zur Bearbeitung belastender Erfahrungen zuerst und vor allem in der Verantwortung der entsprechenden Organisation oder



Das eigene Einsatzfahrzeug sichert den Notfallseelsorgern ständige Flexibilität.

Behörde liegt. Im Land Brandenburg haben sich in dieser Frage neben dem Innenministerium vor allem der Landesfeuerwehrverband und die Johanniter-Unfall-Hilfe positioniert. Sie unterstützen aktiv Notfallseelsorge/Krisenintervention und Einsatznachsorge, auch ausdrücklich mit Blick auf die Betreuung eigener Kräfte. Andere Organisationen und Behörden nutzen diese Hilfe zunehmend.

Neben der Frage nach der Zuständigkeit steht die nach den Möglichkeiten, die gestellten Anforderungen zu bewältigen. Notfallseelsorge/Krisenintervention arbeitet in den Grenzbereichen menschlicher Belastungssituationen. Sie hat in der Regel mit Personen zu tun, die nicht oder nur sehr eingeschränkt für sich selbst eintreten können. Die Gefahr einer Manifestierung der Belastungsmerkmale (Traumatisierung) durch ungeschicktes Handeln muss so weit wie möglich ausgeschlossen werden. Deshalb muss eine Mitarbeit an verschiedene Kriterien gebunden sein. Gemäß dem oben Ausgeführten, sind bundesweite Standards noch zu erarbeiten. Dennoch können bereits folgende Voraussetzungen im Sinne einer *conditio sine qua non* benannt werden. Die Mitarbeitenden in den entsprechenden Systemen müssen gereifte Persönlichkeiten sein, die über Sensibilität und Einfühlungsvermögen verfügen. Sie

müssen fähig sein zu einer effizienten Selbstwahrnehmung, um eigene Belastungsfaktoren frühzeitig wahrnehmen und beeinflussen zu können. Neben einem theoretischen Fachwissen über psychische Ausnahmezustände (psychogener Schock), Stressreaktionen, Krisen, Trauerarbeit, Sterbephasen u. ä. soll ein Grundverständnis von Seelsorge und Kommunikation in Krisensituationen vorhanden sein. Praktische Übungen in diesen Feldern sind dabei unerlässlich. Wünschenswert ist, dass die Mitarbeitenden eine berufliche oder anders geartete Nähe zu den mit Rettungs-, Ordnungs-, und Sicherheitsaufgaben befassten Organisationen haben und über flexible Arbeitszeiten verfügen. Es gibt bisher keine Organisation, die vergleichbar ausgebildetes Personal bieten könnte. Grundsätzlich aber sind PfarrerInnen, PsychologInnen, und MedizinerInnen Menschen mit einem geeigneten beruflichen Hintergrund. Deshalb arbeitet das Brandenburger Projekt eng mit den christlichen Kirchen, den Gesundheitsbehörden und Beratungseinrichtungen zusammen.

Das System

Wenn im Zusammenhang eines großen Schadensereignisses seelsorgerischer Beistand oder psychologische Betreuung benötigt wird, dann ist wichtig, dass diese möglichst ereignisnah und unkompliziert realisiert werden kann. Für die Einsatzleitung vor Ort erfolgt die Anforderung der Notfallseelsorge/Krisenintervention nicht anders als die übliche Nachalarmierung von Kräften und Mitteln durch BOS-Funk. Die entsprechende Leitstelle informiert dann den diensthabenden Notfallseelsorger über digitale Meldeempfänger. Der entscheidet, je nach Lage, ob er an geeignete andere Kräfte (Ortspfarrer, Beratungsstellen, etc.) delegieren kann, ob er selbst fahren oder gar noch

weitere Kräfte nachalarmieren muss. Wichtig ist, dass sich jeder Mitarbeitende der Notfallseelsorge/Krisenintervention legitimieren und entsprechend dem Einsatzspektrum ausweisen kann. In Brandenburg stellen die Landkreise die Dienstausweise für die Notfallseelsorger und Kriseninterventionsmitarbeitenden aus. Im öffentlichen Bereich tragen diese eine grüne Einsatzjacke mit Reflexstreifen. Farblich ist damit ihre Zugehörigkeit zum Bereich Betreuung dokumentiert und funktionell ihre Erkennbarkeit und Arbeitssicherheit gewährleistet. Vor Ort arbeiten die Betreuenden nach den Anweisungen der Anforderer (Einsatzleiter) in ihren Abschnitten eigenverantwortlich. Eine enge Verbindung besteht naturgemäß zu den Betreuungskomponenten der Sonder Einsatzgruppen (SEG-Bt), die das Land Brandenburg flächendeckend vorhält.

Grundsätzlich erreichen die seelsorgerisch Helfenden die Einsatzstelle mit ihrem eigenen Fahrzeug. Die Zufahrtberechtigung wird durch Dachaufsetzer oder Magnetfolien signalisiert. Sonderrechte im Straßenverkehr sind ausgeschlossen. Neben den Dienstausweisen, den grünen Jacken und den Dachaufsetzern, die landesweit einheitlich sind, nutzen die einzelnen Teams unterschiedliche Ausstattungen. Kartenmaterial, Plüschtiere, Gebetstexte und Kaugummi sind dabei nur eine Auswahl.

Alle Teams des Landes stellen eine ausnahmslos permanente Einsatzbereitschaft sicher. Da es sich hier um ein reines Ehrenamt handelt, stellt dies eine besondere Leistung dar. Diese ist nur möglich durch ein ernsthaftes Engagement einer nicht zu kleinen Zahl an Mitarbeitenden. Eine Gruppenstärke von zehn bis 15 Mitgliedern ist der Richtwert. Eine Aufwandsentschädigung ist nicht vorgesehen, eine Erstattung der Sachaufwendungen (Kilometerleistungen) wird angestrebt. Allerdings tra-

gen die Landkreise die Kosten für Ausstattung und Ausbildung.

Da Notfallseelsorge/Krisenintervention und Einsatznachsorge auch die Belastungsfähigkeit der seelsorgerisch helfenden Kräfte stark beanspruchen kann, ist für jedes Team eine Möglichkeit zur Supervision vorgesehen. Schwer ist es, auch hierfür ehrenamtliche, d. h. kostenlos arbeitende Fachkräfte zu gewinnen.

Die Mitglieder erklären zu Beginn ihrer Tätigkeit ihre Verschwiegenheit schriftlich. Die Geistlichen haben dazu ein Zeugnisverweigerungsrecht. Besonders für Anforderungen im Bereich der Strafverfolgungsbehörden kann dies für Nichtgeistliche problematisch werden. Eine rechtlich zufriedenstellende Lösung steht noch aus.

Alle Teammitglieder arbeiten ohne zeitliche Verpflichtung. Sollten sich Gründe ergeben, die für den Einzelnen ein Ende seiner Mitarbeit nahelegen, darf es kein Hindernis dafür geben. Die Zuwendung zu Menschen in der Not kann nur ganz freiwillig und ohne jeden Druck geschehen. Jede Art von Fremdbestimmung ist hier in jedem Fall kontraproduktiv.

Der Weg

Im Laufe der Jahre hat sich im Land Brandenburg ein praktikabler Weg abgezeichnet, ein solches Notfallseelsorge/Kriseninterventions-Team aufzubauen. Wichtig ist dazu eine koordinierende Stelle, die die vielfältigen Aktivitäten anregt und abstimmt. Diese Aufgabe nimmt in Brandenburg der „Landesnotfallseelsorger“ (ORB-Fernsehen) wahr. Der von der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zu 50 Prozent vom Pfarramt für den Dienst in der Notfallseelsorge/Krisenintervention freigestellte Pfarrer (z. B. der Autor dieses Beitrages), sichert im Auftrag des Innenministeriums den geordneten Aufbau

und das effektive Funktionieren der Arbeitsgruppen in den Landkreisen ab. Lag in der ersten Phase das Augenmerk darauf, in jedem Viertel des Flächenlandes wenigstens für den Katastrophenfall eine erste Antwort auf die Anforderung nach seelsorgerischer Begleitung und psychologischer Betreuung (First-Responder-Teams) sicherzustellen, so geht es nun in der zweiten Phase um die flächendeckende Versorgung auf der Ebene der Landkreise. Noch im Jahr 2000 können ca. 80 Prozent der Landkreise und kreisfreien Städte mit einem solchen System arbeiten.

Die zweite Phase ist die eigentlich interessante für mögliche Nachnutzer des „Brandenburger Weges“. Am Beginn der Arbeit stehen sondierende Gespräche mit den politisch Verantwortlichen. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, hier mit der Information des Landrats bzw. der Dezernenten zu beginnen. Die grundsätzliche Übereinstimmung zum Aufbau der Gruppe sollte zur „Elefantenrunde“ führen. Hier sind alle im Großschadensfall wesentlich Handelnden mit ihren Entscheidungsträgern vertreten (Landkreis mit KatS-Leitern, Gesundheits- und Sozialbehörde, Feuerwehr, Leistungsanbieter des Rettungsdienstes, Polizei, ggfs THW, DLRG u. a.). Diese Runde stimmt den Bedarf und die Möglichkeiten der Realisierung ab. Nach diesem Schritt beginnt die Suche nach Mitarbeitenden. Es hat sich als klug gezeigt, in den Mitarbeiterkonventen der christlichen Kirchen zu beginnen. In der Regel ist hier ein Pool zu finden, der durch geeignete Kräfte aus dem Bereich Gesundheit der Behörden (Psychologen, Sozialarbeiter) und vor allem aus dem Rettungsdienst mitgefüllt wird. In Brandenburg wird Wert auf gemischte Teams gelegt. Die gegenseitige Teilhabe an den Berufsfeldern und entsprechenden Einsatzerfahrungen ist nicht zu unterschätzen. Die Mitarbeitenden sollten al-

Die Notfallseelsorge kümmert sich auch um die Einsatzkräfte.



le bereit sein, sich für ihre besondere Aufgabe weiterzubilden. Dazu hat das Land Brandenburg einen speziellen Lehrgang („Seelsorge in Krisen und Katastrophensituationen“) eingerichtet, der eine Woche theoretische und praktische Unterweisung an der Landesrettungsschule Bad Saarow beinhaltet. Im Laufe des Lehrgangs finden hier auch Gespräche statt, die eine mangelnde Eignung ausschließen sollen. Danach sind meist noch zwei oder drei konstituierende Sitzungen in dem entstehenden Team nötig, die die künftige Arbeitstruktur festlegen. Parallel dazu sollten Besuche in Rettungs-, Feuerwehr-, und Polizeiwachen organisiert werden, die neben der Vermittlung von eigenen einsatzspezifischen Kenntnissen auch dem gegenseitigen Kennenlernen dienen. Erst nach Klärung aller Fragen erklärt das Team seine Dienstbereitschaft und steht danach für eine Alarmierung durch die betreffende Leitstelle bereit.

Notfallseelsorge/Kriseninterventionsgruppen in Brandenburg wollen auch den Einsatzkräften zur Seite stehen, wenn diese für sich selbst Betreuungsbedarf reklamieren. Das aber hat im Großschadensfall seine natürlichen Grenzen. Deshalb ist im Land Brandenburg konsequent die dritte Phase zum möglichst effektiven Schutz vor posttraumatischen Belastungsreaktionen (PTSD) realisiert worden. Seit 1999 hat Brandenburg als erstes (und noch einziges) der neuen Bundesländer ein eige-

nes, natürlich ehrenamtliches Einsatznachsorgeteam. In diesem Team arbeiten psychosoziale Fachkräfte (Theologen, Psychologen, Soziologen), die selbst Einsatz Erfahrungen bei Feuerwehren, Rettungsdiensten und der Polizei haben, mit Einsatzkräften dieser Institutionen, die nach der international anerkannten Methode des CISM (critical incident stress management) als sogenannte Peers ausgebildet sind, zusammen. Nach schwerwiegenden Ereignissen kann das ENT-Brandenburg über die Leitstelle Potsdam alarmiert werden.

Erfahrungen

Bisher kann in Brandenburg von ausschließlich guten Erfahrungen berichtet werden. Die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst, Polizei und BGS sowie Katastrophenschutz nehmen dieses Instrument zur Entlastung ihrer Arbeit immer selbstverständlicher an. Entsprechend des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz schwanken die Zahlen der Anforderungen. Das älteste Team (seit 1994) wird inzwischen zu ca. ein bis zwei Einsätzen pro Woche gerufen, der Landesdurchschnitt liegt bei ein bis zwei Anforderungen pro Monat. Gebraucht werden die seelsorgerisch Helfenden nicht nur für den brandenburgisch berüchtigten Verkehrsunfall. Zu der Betreuung von unverletzt Beteiligten in diesem Zusammenhang gehört häufig das Begleiten der Poli-

zeibeamten beim Überbringen einer Todesnachricht. Weiter werden Seelsorger gerufen, wenn Reanimationen erfolglos abgebrochen werden müssen, hier besonders, wenn Kinder oder Jugendliche betroffen sind. Suizide, angedroht oder vollzogen, sind häufige Einsatzgründe. Wohnungsbrände, Badeunfälle, Straftaten u. a. gehören ebenso zu den Indikationen. Leider mussten im Land Brandenburg auch schon größere Schadenslagen bewältigt werden, in denen auch die Notfallseelsorge/Krisenintervention zum Einsatz kam. Die Oderflut 1997, die Kesselwagenexplosion im gleichen Jahr, das Schulbusunglück in Altlandsberg 1999 und ein Beinaheabsturz im Jahr 2000 gehören zu den besonders beanspruchenden Anforderungen.

Rasant entwickelt sich die Akzeptanz des Einsatznachsorgeteams von Brandenburg. Wurde 1999 noch viermal um Hilfe bei der Bewältigung von belastenden Erfahrungen gebeten, so gab es allein in der ersten Hälfte dieses Jahres sieben Anforderungen. Schwere Verkehrsunfälle mit Kindern, mit hinzukommenden Angehörigen oder mit den Rettungskräften nahestehenden Opfern bildeten dabei den Schwerpunkt des Bemühens um Bewältigung.

Mit viel Engagement und relativ wenig Geld konnte im Land Brandenburg ein effektives Einsatzmittel aufgebaut werden, das die Rettungskette an einem bisher wenig beachteten Punkt optimiert. Im Interesse der akut Betroffenen und der Einsatzkräfte ist die Unterstützung bei psychisch belastenden Einsätzen auf ein qualitativ hohes Niveau gebracht, das eine verlässliche Betreuung Betroffener zusichert. Damit könnte Brandenburg in der sich abzeichnenden Unübersichtlichkeit entsprechender Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland eine deutliche Orientierungshilfe bieten.

Öffentlichkeitsarbeit – Schwerpunkt im Katastrophenschutz

Von Oberregierungsrat Dieter Franke, Bundesamt für Zivilschutz

„Die Medien werden durch ihre Berichterstattung und ihre Präsenz selbst Teil des Ereignisses.“ Mit diesem nüchternen Satz charakterisiert Kai Thäsler, sendeverantwortlicher Chef vom Dienst beim Nachrichtensender n-tv, die Wirkung der Medien bei Großschadensereignissen und Katastrophen.¹

Medien und Katastrophenschutz

Medien, das ist heute eine Sammelbezeichnung für schreibende, fotografierende, filmende, videografierende, interviewende und dokumentierende Beobachter und Berichterstatter. Der Gegensatz könnte kaum größer sein. Hier die meist ehrenamtliche Einsatzkraft, bemüht um das Leben der Unfallopfer, mit technischen oder organisatorischen Problemen kämpfend – dort der tatsächlich oder scheinbar professionelle Reporter mit hochwertigem technischen Equipment, schon mit der zweiten Frage nach Ursache und Fehlern forschend.

Spätestens seit dem Flugzeugabsturz 1986 auf die Stadt Remscheid ist das Problem der Medien in der Diskussion. Privatisierung und Regionalisierung bei Radio und Fernsehen und damit einhergehende Konkurrenz sorgten dafür, dass sich an der Schadenstelle zeitweise mehr Medienvertreter als Einsatzkräfte tummelten. Die Strategie der meisten Einsatzleiter bestand aus dem – häufig vergeblichen – Versuch, Reporter und Fotografen auszusperrten und ihnen Informationen und Interviews zu enthalten. Dass dies den

Verdacht des Verschleierns oder Vertuschens nahelegte, wurde nicht verstanden. Und dass in der Konsequenz dann die für die Medienarbeit benötigten Stichworte aus anderen und häufig weniger kompetenten Quellen geschöpft wurden, wurde als unfreundlicher Akt empfunden, der alle Vorurteile bestätigte.

Das Sachgebiet S5

Es bedurfte einiger Jahre, bis sich das gegenseitige Verständnis und vielleicht auch das für die eigenen Aufgaben soweit sortiert hatte, dass das einleitende Zitat als Beschreibung eines normalen Zustandes gesehen werden konnte. So konstatiert Thäsler: „Eschede hat gezeigt, dass ein faires Miteinander möglich ist, damit alle – Helfer, Journalisten und Öffentlichkeitsarbeiter – ihren Job gut machen können.“²

Die neue Führungsvorschrift der Feuerwehren, die Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 „Führung und Leitung im Einsatz“, zeigt neben den vier klassischen Stabsbereichen jetzt zwei weitere. Als S5 tritt das Sachgebiet „Presse und Medienarbeit“ hinzu, als S6 der Bereich „Information und Kommunikation“. Auch wenn auf den ersten Blick ähnliche Aufgaben angesprochen scheinen, so macht doch ihre detaillierte Aufzählung deutlich, wo die Unterschiede liegen. Der S6 stellt die Weiterentwicklung des Fernmeldesachbearbeiters dar. Er befasst sich

mit den technischen Komponenten von Datenverarbeitung und -übertragung.

Für den S5 listet die FwDV 100 auf:

Presse- und Medieninformationen

- Sammeln, auswählen und aufbereiten von Informationen aus dem Einsatz
- Erfassen, dokumentieren und auswerten der Presse- und Medienlage
- Erstellen von Presse- und Medieninformationen

Presse- und Medienbetreuung

- Informieren, führen und unterbringen der Presse- und Medienvertreterinnen und -vertreter
- Vorbereiten und durchführen von Presse- und Medienkonferenzen

Presse- und Medienkoordination

- Bündeln, abstimmen und steuern der Presse- und Medienarbeit, zum Beispiel mit den Pressesprecherinnen und -sprechern von anderen beteiligten Behörden, betroffenen Betrieben und insbesondere der Polizei
- Halten des ständigen Kontakts mit Presse und Medien

Presse- und Medien-einbindung in die Schadenbekämpfung

- Veranlassen und betreuen von Informationstelefonen
- Veranlassen von Warn- und Suchhinweisen für die Bevölkerung

1) In „Die Katastrophe von Eschede“, E. Hüls u. H.-J. Oestern (Herausg.), Springer-Verlag Berlin, Heidelberg, New York 1999, Seite 147

2) ebenda Seite 149

Die Vorschrift der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, THW-DV 1-100 „Führung und Einsatz“, umschreibt die Öffentlichkeitsarbeit mit weiteren Zielen. So dient sie u. a. dazu:

- Informationsverpflichtungen zu erfüllen,
- Verständnis, Akzeptanz und Vertrauen zu fördern und
- Transparenz zu schaffen.

Sehr deutlich hebt auch das sächsische Innenministerium die Bedeutung einer professionellen Medienarbeit hervor.³ Es wird festgestellt, dass sich der Umfang des Sachgebietes S5 (in Sachsen als „Medien- und Öffentlichkeitsarbeit“ bezeichnet) wesentlich durch die Medien- und Öffentlichkeitswirksamkeit der Katastrophe bestimmt. Hieraus leitet sich die Aufforderung an die übrigen Organisationseinheiten der Behörde ab, den Bereich S5 automatisch über Lageentwicklungen, Maßnahmen und Absichten zu informieren. Außerdem ist das Aufgabengebiet S5 „mit Personal, Informations- und Kommunikationsmitteln, Fahrzeugen, erforderlichenfalls auch mit Lufttransportmitteln so auszustatten, dass es das Informationsbedürfnis der Medien und Öffentlichkeit befriedigen kann.“⁴

Der S5 hat offensiv zu agieren. Das macht eine entsprechende Ausstattung erforderlich. Er muss erreichbar und beweglich sein. Die sächsische Richtlinie führt ferner die Dislozierung der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit an. Neben dem unmittelbaren Einsatzgebiet sind „solche Stellen vor Ort, die von besonderem öffentlichen Interesse sind, zum Beispiel die Brennpunkte des Geschehens, Notaufnahmestellen und logistische Einrichtungen“⁵ zu berücksichtigen.

Dies bestätigt Joachim Lindenberger, der als Kriminalhauptkommissar der Polizeiinspektion Celle die Öffentlichkeitsarbeit beim ICE-Unfall in Eschede 1998 steuerte.

Dort waren unter der Koordination des (damals noch nicht so bezeichneten) S5 Presse-Außenstellen u. a. bei den beiden Einsatzabschnitten, bei den Verletzensammelstellen, der Polizeiinspektion Celle und der medizinischen Hochschule Hannover eingerichtet. Dabei versteht es sich von selbst, dass alle Sprecher auf dem gleichen und aktuellen Informationsstand zu halten sind.⁶

Anforderungen an die Arbeit

Die Frage, warum die früher als ein Stichwort neben anderen beim S1 oder S2 angesiedelte Pressearbeit zu einem eigenen Sachgebiet erhoben wurde, lässt sich beantworten, wenn die besonderen Anforderungen, die heute an sie zu stellen sind, einmal herausgearbeitet werden. Auch hierzu bietet sich ein Zitat aus der Richtlinie des sächsischen Staatsministeriums an:

„Medien- und Öffentlichkeitsarbeit ist offensiv, zeitnah, publikumsbezogen, sachgerecht, allgemeinverständlich und kontinuierlich zu führen. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit muss mit einheitlicher Sprache sprechen. Widersprüchliche, zeitverzögerte, zurückhaltende, unsachliche oder fachsprachliche und damit unverständliche Öffentlichkeitsarbeit ist geeignet, das Vertrauen in das Handeln der Katastrophenschutzbehörde zu untergraben.“⁷

Das Sachgebiet S5 erfährt damit auch vom Selbstverständnis her die gleiche Bedeutung wie z. B. das Gebiet S3. Von der qualifizierten Umsetzung der Aufgabe Me-

dien- und Öffentlichkeitsarbeit hängt der Einsatzerfolg genau so ab wie vom richtigen Einsatz der Kräfte. Denn über eine gute Medien- und Öffentlichkeitsarbeit werden die Journalisten gesteuert. Sie bekommen ihre Informationen durch regelmäßige Pressekonferenzen, sie erhalten die Möglichkeit, in einem ansonsten abgesperrten Einsatzgebiet Foto- und Filmaufnahmen zu machen und ihnen werden Interviewpartner vermittelt, soweit die Rettungsarbeiten dies zulassen.

Konsequenz aus dem Beschriebenen ist ein professioneller Pressesprecher, der gleichzeitig die Sprache des Katastrophenschutzes beherrscht. Da diese Kombination eher die Ausnahme sein wird, stellt sich die Frage, ob leichter einem Medienprofi das KatS-spezifische Wissen zu vermitteln oder ein gestandener Katastrophenschützer zum Öffentlichkeitsarbeiter fortzubilden ist. Der eine Weg schließt den anderen nicht aus. Der Aufgabenbereich S5 ist, wie oben dargestellt, kein Ein-Mann-Unternehmen. Er kann nur verantwortlich wahrgenommen werden, wenn im Alltag die Grundlagen geschaffen werden. Die Kontakte mindestens zu den lokalen und regionalen Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fernsehen wird nur der hauptamtliche Pressesprecher der Katastrophenschutzbehörde herstellen und pflegen können. Die organisatorischen Vorkehrungen in der Verwaltung wie die Erstellung von Verteilern, die Ausstattung mit Kommunikationstechnik, die Rekrutierung von personeller Verstärkung usw. sind ebenfalls auch nur von innen her zu regeln.

Der für den Katastrophenschutz Verantwortliche sollte daher darauf achten, dass der Pressesprecher in die Besprechungen und Übungen der Katastrophenschutzleitung eingebunden wird. Zwar fällt es meist schwer, das Zusammenspiel mit den Medien realistisch in Übungen einzu-

3) Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Führung im Katastrophenschutz vom 27. Dezember 1999 (SächsABl. SDr. S. S2)

4) ebenda Punkt 5.7.1.4

5) ebenda Punkt 5.7.1.5

6) siehe hierzu auch 1), Seite 143 ff

7) siehe 3), Punkt 5.7.3.2

bauen, trotzdem gehört es mit all seinen Facetten dazu. Das bedeutet, dass nicht nur die Erstellung von Pressemitteilungen und die Anforderungen im Zusammenhang mit der Organisation von Pressekonferenzen als Übungsbeitrag des S5 zu berücksichtigen sind. Vielmehr haben auch andere Mitglieder des Führungsstabes der Katastrophenschutzbehörde ihre Beiträge zu liefern. Dies betrifft den Behördenleiter ebenso wie den Leiter des Stabes. Sie haben zu entscheiden, ggf. nach Beratung mit dem S5, welche Informationen zu welchem Zeitpunkt den Medienvertretern bzw. der betroffenen Öffentlichkeit übermittelt werden sollen. Der Aufgabenbereich S2 liefert dazu die aktuellen und allgemein verständlichen Lagebilder, der S1 trägt als Statistikführer konkrete Einsatzzahlen bei. Diese Zuarbeit für den S5 bedarf ebenso der Übung wie ihre Umsetzung nach draußen.

Journalistische Selektion

Bundeskanzler Kohl auf dem Oderdeich. Dieses Bild aus den Sommertagen des Jahres 1997 beschreibt die Wechselwirkung zwischen Katastrophenschutz und Öffentlichkeit über den Journalisten als Transmitter sehr anschaulich. Journalisten wählen die Ereignisse und von diesen die Sequenzen, über die sie berichten wollen, selber aus. Dabei werden bestimmte Maßstäbe angelegt. Einer davon heißt Aktualität.

Die Aktualität eines Ereignisses bestimmt sich aus seinem Informationswert und seiner Bedeutung. Was neu ist, ggf. sogar spektakulär, was von tatsächlicher oder subjektiv empfundener Wichtigkeit ist, das gelangt an die exponierten Stellen der Berichterstattung. Der subjektive Charakter wird dabei insbesondere durch die Zielgruppe, den Leser oder den Zuschauer, bestimmt. Schließlich lässt sich das am

besten verkaufen, was auch nachgefragt wird. Je nach Ausrichtung des Mediums spielen Faktoren wie Prominenz, Konfliktträchtigkeit, Mitleid oder Sachinformation eine ausschlaggebende Rolle.

Das Beispiel vom Oderhochwasser macht sowohl dieses Auswahlverfahren des Journalisten als auch die dadurch zu erzielende Wirkung auf die Öffentlichkeit deutlich. Der Einsatz des Bundeskanzlers, verknüpft mit dem Hinweis auf die Not der Betroffenen und die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern sorgte für eine Spendenflut ohnegleichen. Prominenz als Aufmacher, gepaart mit Betroffenheit oder zumindest Mitgefühl beim Leser bzw. Zuschauer waren die ideale Mischung dieser Nachricht. Der Landrat eines betroffenen Kreises, an gleicher Stelle fotografiert, wäre nur interessant gewesen, wenn die Oder im Hintergrund dramatische Wellen aufgewiesen hätte. Und selbst dann dürfte bezweifelt werden, ob sich die Spendenkonten vergleichbar entwickelt hätten.

Die Auswahl der Nachrichten durch die verantwortlichen Mitglieder des Katastrophenschutzstabes und die Aufbereitung durch den S5 bestimmen wesentlich die Wahrscheinlichkeit, ob und wo diese Nachricht ihren Platz in den Medien findet. Die Wirkung auf den Empfänger kann jedoch nicht definitiv gesteuert werden. Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinne beeinflusst aber nachhaltig die Informationsbasis, auf der sich die Öffentlichkeit ihre Meinung bildet.

Konsequenzen für die Tätigkeit als S5

Gute Öffentlichkeitsarbeit muss flexibel auf die unterschiedlichen Katastrophensituationen und -entwicklungen reagieren. Sie trägt maßgeblich zur Glaubwürdigkeit der Katastrophenschutzbehörde und damit zum Einsatzerfolg bei.

Mit schneller und kontinuierlicher Information wird den Bedürfnissen der Journalisten Rechnung getragen. Andernfalls wenden sie sich alternativen Informationsquellen zu, die nicht dem Einfluss der Behörde unterliegen. Verzögerte oder unvollständige Unterrichtung lässt sich nie aufrecht erhalten. Allein der Eindruck einer solchen Informationsmanipulation führt zu Misstrauen und Glaubwürdigkeitsverlust.

Öffentlichkeitsarbeiter und Journalisten bearbeiten eine komplexe Materie aus unterschiedlichen Perspektiven. Im ersten Fall sind die Interessen der Behörde, im zweiten Fall die der Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass letztere meist über den kommerziellen Wege des Mediums erreicht und beeinflusst werden. Beiden Seiten ist bei der Umsetzung ihres Auftrages primär eine konstruktive Absicht zu unterstellen. Kritisches Hinterfragen und die Darstellung kontroverser Meinungen gehören zum selbstverständlichen Handwerk des Journalisten. Über Hintergrundgespräche, zu denen auch Experten des Katastrophenschutzes hinzugezogen werden können, lassen sich ein umfassendes Situationsverständnis vermitteln und Konfliktfelder vermeiden oder ausräumen.⁸

Thäsler bringt dieses nicht partnerschaftliche sondern zweckverpflichtete Miteinander auf den Punkt: „In Krisensituationen sollten Öffentlichkeitsarbeit und Medien Hand in Hand arbeiten: Die einen fragen Informationen nach, die anderen liefern sie.“⁹ So einfach kann das sein.

8) Siehe hierzu auch Dr. Matthias Kohring: „Arbeitsmaterial zum Seminar ‚Öffentlichkeitsarbeit in der Katastrophe, der Krise und im Zivilschutzfall‘“ der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im Bundesamt für Zivilschutz

9) siehe hierzu 1), Seite 148

Das Geheimnis im Schauinsland

Der „Zentrale Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland“ öffnete seine Pforten

Von Paul Claes

Wanderern und Naturfreunden ist der 1.284 Meter hohe Schauinsland im Schwarzwald sicher ein Begriff. Die wenigsten von ihnen werden jedoch wissen, dass sich tief unten im Berg eine außergewöhnliche Einrichtung befindet, die seit nunmehr 25 Jahren besteht.

Zentraler Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland? Kulturgutschutz? Begriffe, die Außenstehenden auch nicht weiterhelfen. Und dennoch ist dieser Ort von derartiger Bedeutung, dass er unter Sonder-schutz der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten steht. Ein Schutz, der in Europa nur zwei Objekten zuerkannt wurde: Der Zentralbibliothek in Sarajevo und eben dem Zentralen Bergungsort im Schwarzwald.

Von Rätseln umgeben

Seit 25 Jahre herrscht in dem ehemaligen Bergwerkstollen in Oberried nahe Freiburg regelmäßig geschäftiges Treiben. Rätselhaftes Metallzylinder werden angeliefert und verschwinden im Berg. Wen wundert da, dass schnell Gerüchte über Munitionseinlagerungen oder über eine geheime Befehlsstelle aufkamen?

Der tatsächliche Sachverhalt erweist sich zwar keinesfalls als annähernd spektakulär, aber dennoch nicht weniger interessant. Davon konnten sich Besucher am Wochenende, 7./8. Oktober, selbst überzeugen. Vordem bot sich nur wenigen Menschen die Möglichkeit, die größte europäische Einrichtung dieser Art zu besichtigen.

Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS), im Rahmen sei-

ner Aufgabenerfüllung für den Kulturgutschutz und damit auch für den Oberrieder Stollen zuständig, nahm die regionale „Alemannische Woche“ zum Anlaß, die Pforten zum Stollen zu öffnen.

Neben der verständlichen Neugier war es auch ein freundlich gestimmter Petrus, der dem Stollen zu einem unerwarteten Besucherandrang verhalf. Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ mischte sich unter die Besucher und sah sich um.

Attraktiver Rahmen

Integriert in den Oberrieder Markttag mit Bauernmarkt, Viehabtrieb und Kunsthandwerkerschau ist das BZS mit einem Infostand zum Thema Kulturgutschutz präsent. Hier können die Besucher anhand von Schautafeln und Informationsmaterial oder auch im persönlichen Gespräch mit den BZS-Mitarbeitern das Thema näher kennenlernen.

Hier erfahren sie auch Einzelheiten über die bereits angesprochene Haager Konvention. In dem Vertragswerk von 1954, das von der Bundesrepu-

blik neben mehr als 90 anderen Staaten ratifiziert worden ist, verpflichten sich die Vertragsparteien zur „Sicherung und Respektierung“ von „beweglichem oder unbeweglichem Gut, das für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung ist“.

Außerdem verpflichten sich die Vertragsparteien, schon in Friedenszeiten die Sicherung des Kulturguts auf ihrem Gebiet gegen die Folgen eines bewaffneten Konflikts vorzubereiten. Dieser Verpflichtung ist die Bundesrepublik mit der Einrichtung des Zentralen Bergungsorts in Oberried gefolgt.

Langzeitspeichermedium Mikrofilm

Was aber wird im Stollen gelagert? Kunstwerke? Bücher? Dokumente? Etwas erstaunt erfahren die Besucher: Mikrofilme. Seit 1960 wird die Mikroverfilmung von Archivalien als eine der Maßnahmen der Konvention durchgeführt. Archivalien, also Archivgut des Bundes und der Länder, sind schriftliche oder grafische Zeugnisse der deutschen Kultur oder Geschichte, die nur in

Am Infostand des BZS werden die Besucher auf den Stollen „eingestimmt“.





Das Kennzeichen der Haager Konvention in dreifacher Ausführung weist auf die besondere Bedeutung des Bergungsortes hin.



Über 1.300 Edelstahlbehälter sind - teilweise zweilagig - im Stollen untergebracht.

(Fotos: Claes)

einem einzigen Exemplar als Original existieren. Die Vernichtung eines solchen Unikats an seinem jeweiligen Standort, sei es durch bewaffnete Konflikte oder Naturkatastrophen, würde einen unwiederbringlichen Verlust bedeuten.

Aus diesem Grund nutzt das BZS die Mikroverfilmung als technisch einfache und wirtschaftliche Möglichkeit, schützenswertes Archivgut langfristig zu sichern. Das Archivgut ist hierzu in sogenannte Dringlichkeitsstufen eingeteilt. Zur Zeit wird ausschließlich Archivgut der höchsten Dringlichkeitsstufe sicherungsverfilmt. Nach Entwicklung und Qualitätskontrolle werden die Filme in Edelstahlbehältern luftdicht eingeschlossen und in Oberried gelagert.

Auf zum Stollen!

Derart umfassend informiert, will die überwiegende Zahl der Besucher Kulturgutschutz nun „live“ erleben. Mit dem in unmittelbarer Nähe eingerichteten Pendelbus geht

es problemlos zum Stollen. Da stehen sie nun vor der geheimnisumwitterten Röhre und lauschen der Einführung von BZS-Referatsleiter Guntram Müllenbach und seinem Mitarbeiter Roland Stachowiak.

Die Erwähnung, daß es sich hier um den Teil eines ehemaligen Silberbergwerks handelt, läßt besonders die Kleinen unruhig werden. „Vielleicht finden wir noch einen Schatz“, ist da zu hören.

Es wird ungemütlich

Dann, auf dem Weg im Hauptstollen zum eigentlichen Bergungsort, immerhin 450 Meter weit in den Berg hinein, muß so mancher leicht bekleidete Mitbürger feststellen, dass die Temperatur „drinnen“ von der Temperatur „draußen“ deutlich abweicht. Denn sommers wie winters herrscht hier eine Temperatur von 8 bis 12 Grad Celsius. Die relative Luftfeuchtigkeit beträgt durchschnittlich 75 Prozent. Werte, die für manche Gänsehaut sorgen.

Nach fast einem halben Kilometer im gut beleuchteten und belüfteten Hauptstollen heißt es, links abzubiegen. Nach einem kurzen Querstollen öffnen sich rechts und links, parallel zum Hauptstollen und durch Drucktüren abgesichert, die beiden je 50 Meter langen, 3 Meter hohen und 3,4 Meter breiten Lagerstollen.

Daten im Millionenbereich

Von den Besuchern neugierig betrachtet, stehen die silbernen Edelstahlbehälter hier in Reih und Glied. Über 1.300 Stück an der Zahl, teilweise in doppelstöckigen Regalen gelagert. Die Besuchergruppen werden stets von einem BZS-Mitarbeiter begleitet, der auch hier Rede und Antwort steht. So erfahren sie, dass vor ihnen über 15 Millionen Meter Mikrofilm mit rund 600 Millionen Aufnahmen stehen.

Der Hinweis, dass sich in den Behältern beispielsweise die Sicherungsverfilmungen des Vertragstextes des Westfälischen Friedens nach dem Dreißigjährigen Krieg von 1648, die Krönungsurkunde Ottos des Großen von 936 oder die Baupläne des Kölner Domes befinden, läßt manchen die überragende Bedeutung dieses Ortes erkennen. Kein Wunder, dass sich eine Spur von Ehrfurcht einstellt.

500 Jahre Lagerfähigkeit

In den luftdichten Behältern wird durch vorherige Klimatisierung ein staub- und schadstoffreies Mikroklima erzeugt, das dem Filmmaterial eine Lagerfähigkeit von mindestens 500 Jahren ohne Informationsverlust garantiert. 200 Meter Granitfels über dem Stollen schaffen die dafür notwendige äußere Sicherheit. Und nicht zuletzt steht der nach der Patronin der Bergleute benannte Stollen unter dem Schutz der Heiligen Barbara. Drei gute Omen, auch in fernen Zeiten Kunde geben zu können von einer reichhaltigen Kultur in Mitteleuropa.

Ein Schatz aus Papier

Kulturgutschutz: Zettelarchiv des Thesaurus linguae Latinae jetzt gesichert

Von Dr. Dietfried Krömer

Zehn Millionen handschriftlicher Materialzettel sind der eigentliche Schatz des „Schatzhauses der lateinischen Sprache“, des Thesaurus linguae Latinae – so heißt das maßgebliche Lexikon des antiken Lateins. Seit 1894 wird daran in München gearbeitet, vor genau 100 Jahren erschien das erste von bis heute 150 Heften. 25 Akademien aus 18 Ländern und drei Kontinenten (von Norwegen bis Japan) tragen das gewaltige Unternehmen, das endlich eine der Grundlagen unserer Kultur, die lateinischen Texte des Altertums, zuverlässig erschließt. Dieses Zettelarchiv (s. Abb. 1), zu dem auch im Zeitalter des Computers Gelehrte aus aller Welt pilgern, konnte inzwischen durch das Bundesamt für Zivilschutz verfilmt werden – die Mikrofilme lagern sicher im Zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland in Oberried bei Freiburg i.B.

Das Problem

Lateinische Wörterbücher gibt es seit der Antike; und auch heute kann man welche in jeder Buchhandlung kaufen. Allerdings sind sie alle letztlich unzuverlässig, weil sie unvollständig sind – weder verzeichnen sie alle existierenden lateinischen Wörter noch alle ihre Bedeutungen. Ein Grund für diese etwas verblüffende Tatsache: All diese Lexika basieren auf den „klassischen“ Autoren, den Dichtern, Rednern, Geschichtsschreibern, die seit Jahrhunderten in der Schule gelesen werden, und vernachlässigen andere Texte, z. B. Mediziner, Juristen, Kirchenväter.

Der Weg zu einem wirklich zuverlässigen, vollständigen Lexikon des antiken Lateins kann also nur folgender sein: Man arbeitet die gesamte erhaltene antike lateinische Literatur systematisch durch, sammelt die Belege für die einzelnen Wörter, überprüft sie, vergleicht sie und stellt das Ergebnis zusammen.

Erst mit einem auf diese Weise entstandenen lateinischen Lexikon können wir hoffen, lateinische Texte, die uns nicht auf Anhieb verständlich sind, zu verstehen; wir können dann auch eher entscheiden, ob ein antiker Autor an einer bestimmten Stelle überhaupt so geschrieben haben kann, wie es uns die mittelalterlichen Handschriften überliefern; wir können dann auch eher beurteilen, ob der jeweilige antike Autor ein guter oder weniger guter Lateiner war, ob er einfaches, klares Latein geschrieben hat oder eigenwillig, präntiös

formuliert hat; wir können dann auch eher überblicken, wie sich ein lateinisches Wort in den 800 bis 1000 Jahren antiken Lateins (von den ersten Anfängen bis ca. 600 n. Chr.) entwickelt hat, was dabei konstant geblieben ist (im Vergleich zum Deutschen erstaunlich viel), was sich verändert hat; wir können dann geradezu die Biographie, die Lebensgeschichte eines Wortes verfolgen.

Gründung vor 100 Jahren

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch war ein solches vollständiges historisches Lexikon des antiken Lateins nur ein Wunschtraum. Seine Realisierung begann erst 1893 mit dem Entschluß der damaligen fünf deutschsprachigen Akademien, als erstes Gemeinschaftsprojekt den Thesaurus linguae Latinae zu schaffen; 1894 wurde in Göttingen und München mit der praktischen



Abb. 1: Ein Blick in das legendäre Zettelarchiv des Thesaurus linguae Latinae.

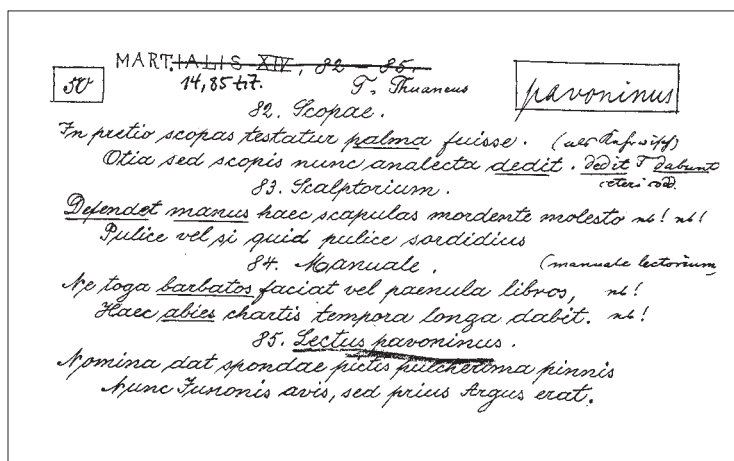


Abb. 2: Einer von ca. 10 Millionen Materialzetteln (mechanische Verzettlung).

Arbeit begonnen – der Materialsammlung.

Sie war 1899 ziemlich programmgemäß so weit gediehen, daß in München (seither Sitz des Unternehmens) die eigentliche Artikelarbeit aufgenommen werden konnte. Der erste Faszikel erschien 1900 in Leipzig, wo bis heute 150 Lieferungen herausgekommen sind. Damit liegen ca. zwei Drittel des Gesamtwerks vor (A – M, O, Teile von P).

Allerdings zeigte sich schon sehr bald, daß man auch bei diesem wissenschaftlichen Großprojekt die Schwierigkeiten des Unternehmens unterschätzt hatte (ursprünglich waren 15 Jahre für die Ausarbeitung angesetzt!). Gestiegene wissenschaftliche Ansprüche taten ein übriges, und die Katastrophen unseres Jahrhunderts gefährdeten den Thesaurus sogar in seiner Existenz. Die internationale Antwort darauf war die 1949 erfolgte Gründung der Internationalen Thesaurus-Kommission. In ihr sind inzwischen 25 deutsche und ausländische Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften als Träger des Unternehmens vertreten.

Materialsammlung

Dem scheinbar unlösbaren Dilemma für den neu zu schaffenden Thesaurus, die gesamte schriftliche Hinterlassenschaft der lateinischen Antike systematisch und zuverlässig auszu-

werten, ohne in einer schier unendlichen Materialflut unterzugehen, begegneten die Gründerväter des Unternehmens mit einer beinahe genialen Entscheidung: Nur die älteren Texte (bis zur zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts n. Chr.) wurden vollständig Wort für Wort mechanisch verzettelt (Beispiel eines solchen Materialzettels s. Abb. 2); die jüngeren Texte dagegen wurden nur exzerpiert, d. h., sie wurden zwar auch alle durchgearbeitet, Materialzettel aber wurden nur für die Wörter bzw. Stellen angelegt, die aus irgendeinem Grund auffällig, nicht dem reich dokumentierten Sprachgebrauch der früheren Zeit entsprechend erschienen.

Arbeitsablauf

Von den Materialzetteln bis zum gedruckten Thesaurus-Artikel ist ein weiter Weg, der über mehrere Prüfinstanzen führt.

Der Thesaurus-Mitarbeiter (er hat in der Regel sein Studium mit dem Erwerb des Doktor-Titels abgeschlossen) erhält das Zettelmaterial für das von ihm zu bearbeitende Wort rechtzeitig vor dem geplanten Erscheinungstermin der entsprechenden Lieferung des Wörterbuchs („rechtzeitig“ ist natürlich eine Variable, die von ein paar Monaten bis zu mehreren Jahren reichen kann; denn auch der Umfang des

Materials für die einzelnen Wörter variiert ja stark, von einem einzigen Zettel bis zu den ca. 80 Kästen à ca. 1200 Zettel für das Wort in). Dieses Material hat der Bearbeiter nun durchzuarbeiten, d. h. Zettel für Zettel an der jeweils maßgeblichen Textausgabe zu überprüfen, die jeweilige Passage für sich zu übersetzen und sich aus dem Textzusammenhang klarzumachen, in welcher Bedeutung das Wort an der Stelle gebraucht wird, wie es konstruiert ist usw. Auf diese Weise von Stelle zu Stelle fortschreitend, stellt er Ähnliches zusammen, grenzt einen Gebrauch gegen den anderen ab; so formt sich bei ihm dann allmählich ein Bild von den verschiedenen Nuancen und vom verschiedenen Gebrauch dieses Wortes. Dieses Bild versucht er dann durch gezielte Untersuchungen zu präzisieren; er zieht Spezialliteratur heran, vergleicht den Befund ähnlicher Wörter, berücksichtigt den Gesichtspunkt der historischen Entwicklung des Wortes. So entsteht schließlich ein Artikel in lateinischer Sprache, der dieses Bild möglichst präzise wiedergibt und die einzelnen Züge mit Stellen aus der antiken Literatur belegt.

In einem weiteren Arbeitsgang werden die Abschnitte über die Herkunft des Wortes, seine Etymologie, und sein Nachleben in den modernen Nachfolge-Sprachen des Lateinischen (Französisch, Italienisch usw.) eingefügt, beide von Spezialisten außerhalb des Instituts erarbeitet. Schließlich geht das Manuskript an ca. 15 Gelehrte überall in der Welt, die als sogenannte Fahnenleser die Mühe auf sich nehmen, die Thesaurus-Artikel vor der Drucklegung durchzulesen und zu korrigieren. Zu diesen Fahnenlesern gehören neben Philologen im engeren Sinn auch Spezialisten für römisches Recht, antike Medizin und dgl.; sie können mit ihrem Spezialwissen manches zu-rechtrücken, was die Thesaurus-Mitarbeiter, die ja keine Allround-Talente sein können,

übersehen haben. Erst wenn die Anmerkungen der Fahnener Leser überprüft und ggf. eingearbeitet sind, ist der Artikel endlich druckfertig.

Der fertige Artikel

Wer zum ersten Mal einen Thesaurus-Band aufschlägt, wird angesichts der Fülle von Abkürzungen, Zahlen, Klammern, Schriftarten, die auf ihn einströmen, sicher eine Art Schwellenangst empfinden, auch wenn er des Lateinischen mächtig ist. Wenn er sich aber nicht schrecken läßt, sondern sich ein wenig einliest, wird er schnell feststellen, daß hier ein ganz außerordentlicher Reichtum an Information bereitliegt.

Der Hauptteil eines Thesaurus-Artikels beginnt, wenn möglich, damit, daß eine Grundbedeutung des Wortes angegeben wird (auch das natürlich in lateinischer Sprache), die allen Spezialbedeutungen und allem speziellen Gebrauch zugrunde liegt. Auf diese Grundbedeutung folgen dann die einzelnen Abschnitte, die den verschiedenen Bedeutungen, Nuancen, Verwendungsbereichen, grammatikalischen Konstruktionen usw. gewidmet sind.

Für die Reihenfolge dieser Abschnitte gibt es zwei Grundregeln, die soweit wie möglich befolgt werden. Zum einen bemüht sich der Thesaurus, den Artikel nicht ahistorisch zu gliedern, d. h., man versucht, mit dem Abschnitt zu beginnen, der die ursprüngliche Bedeutung dokumentiert (so sie festgestellt werden kann) bzw. für den es die ältesten Belege gibt.

Viel wichtiger ist die zweite Grundregel: Der Thesaurus lehnt es ab, die einzelnen Abschnitte einfach aneinanderzureihen und fortlaufend zu zählen, wie es vielfach die Wörterbücher der Barockzeit getan haben; er bemüht sich vielmehr um eine hierarchische Gliederung der Abschnitte, und zwar nach dem Prinzip der Dichotomie, d. h., es wer-

den (wenn möglich und sinnvoll) auf jeder Gliederungsebene zwei Abschnitte einander gegenübergestellt, deren Gesichtspunkte einen Gegensatz bilden, beispielsweise „gebraucht von Lebewesen“ abgesetzt gegen „gebraucht von unbelebten Gegenständen“. Dieses Prinzip, das freilich nie zu Tode geritten wird, wirkt auch bei großen Artikeln als ein zuverlässiges Leitsystem, das den Benutzer rasch von Stufe zu Stufe bis zu dem ihn interessierenden Abschnitt leitet, in dem er dann auch die Belege aus den antiken Texten findet.

Diese Belege werden jeweils in chronologischer Reihenfolge geboten, mit genauer Fundstelle, damit sie jeder Interessierte notfalls in den Textausgaben nachschlagen und überprüfen kann; sie werden aber trotzdem normalerweise so weit ausgeschrieben, daß sich das Nachschlagen in vielen Fällen erübrigt.

Jeder Thesaurus-Artikel hat aber auch eine Art Einleitung, den sogenannten Artikelkopf, der eine Zusammenstellung allgemeiner Informationen über das jeweilige Wort bietet. Gleich das erste typographische Zeichen vieler Artikel, der etwas seltsame Stern vor dem Stichwort (im Typographenjargon „Zigarre“ genannt), zeigt an, daß in diesem Artikel nicht alle Belegstellen erwähnt werden, die im Zettelarchiv vorhanden sind (im Hauptteil wird dann durch ein ausgeklügeltes Hinweissystem angezeigt, wo etwas weggelassen worden ist). Es folgen Angaben über die Herkunft des Wortes (seine Etymologie), daneben die antiken (oft etwas krausen) Vorstellungen zu diesem Thema. Großen Raum nehmen die Informationen über die Schreibung des Wortes auf den antiken Überlieferungsträgern (insbesondere in den Inschriften) ein; zusammengestellt wird ferner u. a., was die Antike über die Bedeutung des Wortes zu sagen wußte, wo das Wort überall vorkommt (oder auch fehlt), sowie in welcher Weise es in

den romanischen Sprachen weiterlebt.

Wozu?

Daß ein solcherart gestalteter Thesaurus-Artikel für den Fachphilologen eine unschätzbare Hilfe ist, braucht nicht besonders herausgestellt zu werden, ganz gleich, ob es gilt, eine bestimmte Textpassage zu verstehen, oder ob beispielsweise ein antikes Zitat zu identifizieren ist. Aber auch der Vertreter mancher Nachbardisziplin greift oft genug mit Gewinn für seine eigene Arbeit zum Thesaurus. Der Romanist wird anhand des Artikels parabola besser verstehen, wieso dieses Wort, das ursprünglich „Vergleich, Gleichnis“ heißt, als parole, parola, palabra im Romanischen die Bedeutung „Wort“ hat; der Kirchenhistoriker kann im Artikel papa verfolgen, wie sich dieses Wort in Richtung „Papst“ entwickelt; der naturgeschichtlich Interessierte findet im Artikel pavo (Pfau) alles zusammengestellt, was es aus der lateinischen Antike über diesen Vogel zu berichten gibt; und dem Rechtshistoriker wird im Artikel iuro so übersichtlich wie sonst wohl nirgends zusammengestellt, wobei die alten Römer geschworen haben.

Etwas marktschreierisch, aber nicht unrealistisch kann man den Thesaurus geradezu als philologisches Universalwerkzeug bezeichnen: er ist nicht nur ein Wörterbuch, sondern eignet sich auch als

- Kommentar zu einzelnen Stellen der antiken Literatur
- Grammatik
- etymologisches Wörterbuch
- Nachschlagewerk für das Nachleben des antiken Lateins in den romanischen Sprachen
- Konversationslexikon für die Antike.

Nur einen wirklichen Mangel hat er (noch): Er liegt noch nicht für das ganze Alphabet vor.

Radioaktivität und Strahlenwirkung

Ein wichtiges Kapitel des ABC-Schutzes transparent gemacht

Von Dr. med. Stefan Schulz, Bernstadt

Kaum eine andere Umweltgefahr sensibilisiert und verunsichert die Menschen so sehr wie radioaktive Strahlung. Ob Atomwaffentests, Castortransporte oder der sich am 26. April 2000 zum vierzehnten Mal jährende Zwischenfall im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl; eines ist allen Ereignissen gemein: Die komplexe und schwer verständliche Materie, eine Vielzahl verschiedener Maß- und Maßeinheiten sowie oft reißerisch aufgemachte Presseartikel sorgen in der Bevölkerung für Verunsicherung und schüren Ängste.

Auch für die Einheiten des Katastrophenschutzes stellt der Strahlenschutz eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar. Wenngleich die zu Zeiten des Kalten Krieges sehr konkrete Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten durch die Entspannungspolitik der letzten Jahre in den Hintergrund gerückt ist, zeigt doch der Kraftwerk-Zwischenfall in Tschernobyl, dass radioaktiver Fallout nicht vor Grenzen halt macht. Es müssen auch nicht erst die spektakulären Havarien auftreten; selbst in der täglichen Praxis des Rettungsdienstes können Unfälle in Forschungslaboren oder im Gefahrguttransport das Personal vor Situationen stellen, die fernab aller Routine angesiedelt sind. Leider gilt der ABC-Schutz immer noch als „Spezialität“ der Feuerwehr und der Gefahrgutzüge. Es wird allzu oft übersehen, dass es sich dabei vielmehr um eine Querschnittsaufgabe aller im Katastrophenschutz eingesetzter

Verbände und Organisationen handelt, welche sich von der persönlichen Schutzausrüstung bis hin zur Versorgung kontaminierter erstreckt (Bild 1).

Die folgende Arbeit nimmt zu diesem komplexen Gebiet Stellung und schildert zunächst die physikalischen Grundlagen des Strahlenschutzes; sie möchte damit anhand einer Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse das zur Beurteilung radioaktiver Strahlung und deren Auswirkung notwendige Wissen rekapitulieren. Weiterhin sollen die medizinischen Aspekte radioaktiver Kontaminationen und der akuten Strahlenkrankheit erläutert und notwendige (Schutz-)Maßnahmen dargestellt werden.

Historisches

Schon seit alters her versuchte die Menschheit, zu-

nächst unverständliche Vorgänge in der Natur zu ergründen.

Die griechischen Naturphilosophen Leukipp (5. Jh. v. Chr.) und Demokrit (470-380 v. Chr.) gelangten beispielsweise zu der Erkenntnis, dass alle Materie aus kleinsten, unveränderlichen Teilchen aufgebaut sein muß und prägte damit den Begriff „atomos“, das „Unteilbare“. Sie verwandten dabei „atomos“ natürlich nicht im kernphysikalischen Sinne, sondern vielmehr im philosophischen Kontext, um Naturphänomene wie zum Beispiel unterschiedliche Zustandsformen des Wassers (flüssig, fest und gasförmig) erklären zu können.

Der englische Chemiker Dalton begründete 1803 den naturwissenschaftlichen Atom-begriff. Seiner Theorie nach verfügen Atome verschiedener Elemente auch über verschiedene Atomgewichte, während alle Atome eines Elements das gleiche Gewicht besitzen.

Den Grundstein für die Kernphysik wurde hingegen erst durch die Entdeckung der Röntgenstrahlung durch Wilhelm Conrad Röntgen (1845-1923) im Jahre 1895 gelegt.¹

Henri Becquerel (1852-1908) gelang 1896 der Nachweis, dass Uransalze unsichtbare Strahlung aussenden, die eine Fotoplatte schwärzen und ein geladenes Elektroskop entladen konnten. Er legte ebenfalls dar, dass sich diese Strahlung nicht durch Druck, Temperatur oder chemische Prozesse beeinflussen ließ, sondern eine direkte Eigenschaft des Urans ist.



Bild 1: Die Versorgung kontaminierter Personen ist Teil der Aufgaben im ABC-Schutz. (Foto: Schulz)

Die Eheleute Pierre (1859-1906) und Marie (1867-1934) Curie isolierten im Juli 1898 aus mehreren Tonnen des Uranerzes Pechblende einen stark strahlenden Stoff, den Marie Curie ihrem Heimatland zu Ehren Polonium nannte. Schon ein knappes Jahr später läßt sich aus der Pechblende ein weiteres, dem Barium verwandtes stark strahlendes Element extrahieren; das Radium wurde entdeckt.²

Diese Erkenntnisse zeigten, dass der Atomkern nicht der letzte, unteilbare Baustein der Materie war. Es dauerte jedoch noch über zehn Jahre, bis der britische Physiker Ernest Rutherford (1871-1937) durch den Beschuß einer dünnen Metallfolie mit Alphastrahlen nachwies, dass der größte Teil eines Atoms leer ist und nur ein sehr kleiner Teil des Volumens durch den Atomkern gebildet wird. Dieser macht jedoch nahezu das gesamte Gewicht des Atoms aus. Im Jahre 1919 gelang Rutherford durch Beschuß von Stickstoffkernen mit Alphastrahlen die Isolierung von Protonen. Während

man zunächst von „Kernzertrümmerung“ sprach, setzte sich bei der Wiederholung dieses Experimentes mit anderen Elementen die Erkenntnis durch, dass durch den Einbau des Alphastrahlers in den Kern des beschossenen Elements eine Kernumwandlung stattgefunden haben muß.³

Dem dänischen Physiker Bohr ist das 1913 nach ihm benannte Atommodell zu verdanken, nach dem die Elektronen den zentralen Atomkern auf festgelegten Bahnen umkreisen. Weitere Forschungen um die genaue Zusammensetzung des Atomkerns führten zur Entdeckung des Neutrons 1932 durch Chadwick (1891-1974), nachdem er Beryllium mit Alphastrahlung beschoß. Dass bei dieser Reaktion auch Gamma-Strahlung frei wird, wies der Gießener Physiker Bothe (1891-1957) nach.

Mit der Strahlungsenergie beschäftigte sich die Quantentheorie von Planck; sie erklärt, dass ein Atom Energie nur in kleinen „Portionen“ (Quanten) aufnehmen und abgeben kann. Einstein formulierte 1905 mit seiner Relativitätstheorie, dass Masse und Energie einander äquivalent sind, es sich also um zwei Formen eines gleichen Phänomens handelt. Energie läßt sich demzufolge in Masse umwandeln und umgekehrt.

Nach Chadwicks bahnbrechender Entdeckung der Neutronen ließen sich damit künstliche Isotope herstellen, eine Arbeit, der sich vor allem die beiden deutschen Chemiker Hahn (1879-1968) und Strassmann (1902-1980) sowie die Physikerin Meitner (1878-1968) widmeten.⁴

Ihnen gelang auch 1939 der erste Nachweis einer Kernspaltung. Hahn stellte fest, dass ein Uranatomkern nach Beschuß durch ein Neutron in zwei annähernd gleich große Teile zerfällt; die dabei zusätzlich freiwerdenden Neutronen sind unter bestimmten Bedingungen in der Lage, eine Kettenreaktion in der Spaltung weiterer Kerne auszulösen.

Welche ungeheuerere militärische Relevanz diese Erkenntnis hatte, stellte sich schnell heraus, als Fermi 1941 in den USA den ersten Atomreaktor baute. Die dabei gewonnenen Daten bildeten den Grundstock für die unter der Leitung Oppenheimers gebaute Atombombe. Deren Auswirkungen sind hinlänglich bekannt: Am 06. August 1945 warf der amerikanische B-29-Bomber „Enola Gay“ die erste Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima ab. Von den 300.000 Einwohnern starben 78.150, vermißt wurden 13.983 Menschen, während man 37.424 Verletzte zählte. Drei Tage später folgte der zweite Abwurf auf die Hafenstadt Nagasaki. Die Plutoniumbombe hinterließ ebenfalls ein Bild der Zerstörung, es starben 23.753 Menschen, fast ebenso viele wurden verwundet.⁵

Das nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Wettrennen beider militärischer Blöcke (NATO und Warschauer Block) kennzeichnete das Zeitalter des Kalten Krieges. Mit der Zündung einer russischen Atombombe über Nowaja-Semlja erreichte diese Aufrüstung 1961 mit einer freigesetzten Detonationsenergie von 58 Megatonnen ihren Höhepunkt.⁶

Ein Vergleich zeigt die ungeheuerere Sprengkraft: Während des gesamten Zweiten Weltkrieges zündete man etwa 5 MT Sprengmittel, wovon 1,6 MT auf Deutschland geworfen wurden.⁷

Kein anderes Ereignis überschattete die friedliche Nutzung der Kernenergie so sehr wie der Reaktorunfall des ukrainischen Kernkraftwerkes Tschernobyl am 26. April 1986. Durch eine Fehlbedienung kam es zu einem großen Temperaturanstieg in den Brennelementen, so dass diese schmolzen und durch den hohen Wasserdampfdruck die Druckrohre barsten.⁸

Hierdurch geriet der Moderator Graphit in Brand; die Schornsteinwirkung des Feuers beförderte radioaktive Partikel

1) Röntgen bezeichnete die durch Experimente mit Kathodenstrahlung entdeckten Strahlen zunächst als X-Strahlen (vgl. engl. „X-rays“); er erhielt für seine bahnbrechende Entdeckung 1901 den ersten Nobelpreis für Physik.

2) Die Eheleute Curie sowie Henri Becquerel erhielten gemeinsam für ihre Entdeckungen 1903 den Nobelpreis für Physik, Marie Curie zusätzlich den Nobelpreis für Chemie 1911 (Reindarstellung des Radiums).

3) Rutherford gilt als einer der bedeutendsten Experimentalphysiker dieses Jahrhunderts, er erhielt 1908 den Nobelpreis für Chemie. Einen interessanten Einblick in die Anfänge der Atomphysik vermittelt das in Romanform geschriebene Werk von Braunbek.

4) Hahn, ein früherer Mitarbeiter Rutherfords, war von 1928-1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin. Für die Entdeckung der Kernspaltung erhielt er nach dem Zweiten Weltkrieg den Chemie-Nobelpreis für das Jahr 1944. Lise Meitner leitete die radiophysikalische Abteilung in diesem Institut, bis sie 1938 emigrieren mußte.

5) Zahlen entnommen aus BVS: Atomsprengkörper (Info Nr. 8), S. 8. Zur Entwicklung und Wirkungsweise von Kernwaffen siehe auch Bühl, A.: Atomwaffen, sowie Glasstone, S., Leutz, H.: Die Wirkung der Kernwaffen. Letzteres geht vor allem auf die A-Bomben-Versuche der Amerikaner ein.

6) Bühl, A., a.a.O., S. 119.

7) BVS, Atomsprengkörper, a.a.O., S.9.

8) Zum Unfallhergang sowie zu den mittel- und langfristigen Folgen siehe auch Informationskreis Kernenergie (Hrsg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl.

in Höhen von ein bis zwei Kilometern und verteilte sie über weite Gebiete. Zunächst erreichte die radioaktive Wolke Skandinavien und am Folgetag durch eine Änderung der Windrichtung auch Süddeutschland; es entstand hinsichtlich der Strahlenbelastung ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Bedingt durch die teilweise unseriöse und auf Sensationen ausgerichtete Medienberichterstattung kam es zu einer erheblichen Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung. Die in einigen Bundesländern unterschiedlich festgelegten Grenzwerte für die maximale Aktivitätskonzentration in Frischmilch und Blattgemüse verstärkte diese Verwirrung und trug in nicht unerheblichem Maße zum Glaubwürdigkeitsverlust offizieller Verlautbarungen mit bei.⁹

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass vor allem in Südbayern die Strahlenbelastung erheblich zunahm. Über die Auswirkungen der zusätzlichen Strahlenexposition auf den Menschen soll deshalb im zweiten Teil dieser Arbeit eingegangen werden.

Grundlagen des Strahlenschutzes

Die meisten in der Natur vorkommenden Atomkerne sind stabil, die Kernbestandteile (Protonen und Neutronen) werden durch sogenannte Kernbindungskräfte zusammengehalten. Insbesondere schwere Atomkerne (Atome mit hoher Ordnungszahl) verfügen jedoch häufig nicht über ausreichende Kernbindungskräfte, so dass sie spontan zerfallen. Dies trifft auf

⁹ Für die Belastung der Milch mit Jod lag 1986 z. B. der internationale Grenzwert bei 3.700 Bq/l, in Deutschland galten 500 Bq/l und in Hessen gar 20 Bq/l. Dieser Wert liegt unter der natürlichen Aktivität der Milch. Für die Vernichtung von Futter- und Lebensmitteln mußte der deutsche Steuerzahler allein 452 Mio. DM aufwenden. Ebd., S. 29.

¹⁰ Ein didaktisch gut aufbereiteter Überblick über die Grundlagen des Strahlenschutzes findet sich in Volkner, M.: Kernenergie-Basiswissen, S. 12 ff und ders., Radioaktivität und Strahlenschutz, S. 8 ff. Siehe ebenso BVS, Strahlenschutz im Selbstschutz, S. 10 ff.

Bild 2: Modell zur Entstehung von Alphastrahlen.

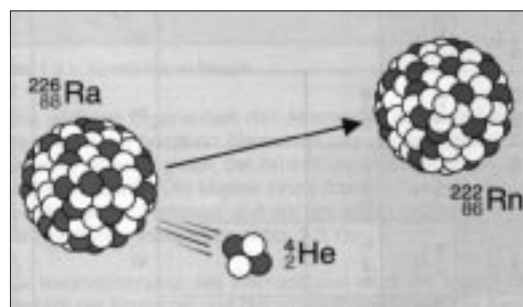
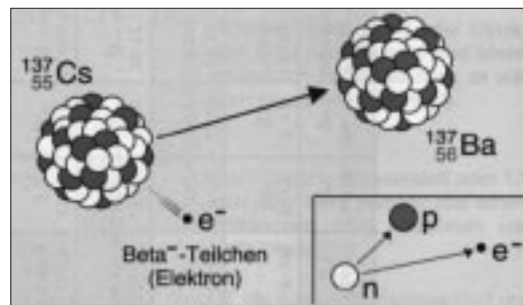


Bild 3: Modell zur Entstehung von Beta(-)-Strahlen.



(Abbildungen aus: Volkner, Radioaktivität und Strahlenschutz)

Atomkerne mit mehr als 82 Protonen zu. Hierdurch entsteht radioaktive Strahlung, je nach Vorkommen spricht man von natürlicher oder künstlicher Radioaktivität. Der Kern strebt somit einen Zustand an, der energetisch stabiler ist.¹⁰

Es werden prinzipiell zwei Arten des radioaktiven Zerfalls unterschieden, der Alpha- und der Beta-Zerfall. Gemeinsam ist beiden, dass es sich um Teilchenstrahlung, sogenannte „Korpuskularstrahlung“ handelt. Häufig entsteht beim Zerfall von Atomkernen noch eine energiereiche elektromagnetische Wellenstrahlung, die Gammastrahlung.

Wie bereits oben dargestellt, beschrieb Marie Curie zuerst den Vorgang des *Alphazerfalls* beim Element Radium. Hierbei nimmt die Kernladungszahl des Radiums durch das Aussenden eines Alphateilchens um 4 Nucleonen (2 Protonen und 2 Neutronen) ab; es entsteht dabei ein neues Element, das Edelgas Radon. Auch dieses ist instabil und wandelt sich weiter über eine Zerfallsreihe (immer unter Aussendung zweier Protonen und zweier Neutronen) über Zwischenstufen in das stabile Element Blei um. Alphateilchen sind dabei mit dem zweifach positiv geladenen Atomkern des Edelgases Helium

identisch; dieses Gas kann beispielsweise bei alphastrahlenden Substanzen nachgewiesen werden, die in geschlossenen Behältern gelagert werden. Aufgrund ihrer hohen Masse werden Alphateilchen kaum in ihrer Bahn abgelenkt und verfügen somit nur über eine geringe Streuung. Obwohl sie durch ein Blatt Papier fast vollständig abgeschirmt werden können, darf ihre biologische Wirksamkeit vor allem bei Inkorporation keinesfalls unterschätzt werden (Bild 2: Entstehung von Alphastrahlen).

Beim *Betazerfall* entsteht durch Umwandlung eines Neutrons ein Proton und ein Elektron; letzteres bildet die Betastrahlung im eigentlichen Sinne (Bild 3). Da der Kern nun ein Proton mehr enthält, nimmt bei gleicher Massezahl die Ordnungszahl um eins zu; es entsteht ein neues Element. Da Elektronen definitionsgemäß eine negative Ladung tragen, bezeichnet man diese Strahlung als Beta(-)-Strahlen. Ein Sonderfall liegt vor, wenn sich ein Proton in ein Neutron und ein positives Elektron (sog. Positron) umwandelt. Dann entsteht ein neues Element mit gleicher Masse-, aber um eins reduzierter Ordnungszahl. Die Positronenstrahlung wird deshalb auch Beta(+)-Strahlung genannt. Im Gegen-

satz zur Alphastrahlung wird die Betastrahlung aufgrund ihrer geringen Masse verstärkt abgelenkt, streut also wesentlich stärker. Sie ist außerdem in der Lage, Atome und Moleküle in eine erhöhte chemische Reaktionsbereitschaft zu versetzen. Ihre Durchdringungsfähigkeit ist ebenfalls etwas stärker, sie läßt sich aber beispielsweise durch Aluminiumfolie abschirmen.

Gamma-Strahlung hingegen ist ähnlich der Röntgenstrahlung eine elektromagnetische Wellenstrahlung, die im elektrischen Feld keine Ablenkung erfährt und sich somit elektrisch neutral verhält. Sie tritt häufig im Gefolge der Beta-Strahlung auf und besitzt eine hohe Durchdringungsfähigkeit der Materie. Die hauptsächlichsten Wechselwirkungen zwischen der Gammastrahlung und ihrer durchstrahlten Materie liegen in der Energieabgabe des Gammaquanten begründet. Je nach Energiegehalt können mehrere Prozesse auftreten:

Der *Photoeffekt*: Absorption kleinerer Gammaenergie in der Atomhülle und Abgabe der Energie an ein Hüllenelektron, das das Atom mit nahezu der gleichen Energie verläßt.

Der *Comptoneffekt*: Hierbei ist eine Streuung der strahlenden Gammaquanten die Folge. Es kommt ebenfalls zur Abgabe eines Hüllenelektrons wie beim Photoeffekt. Da dieses Phänomen aber bei mittleren Gammaenergien auftritt, verläßt zusätzlich die restliche Energie als Gammaquant mit niedriger Frequenz das Atom und kann bis zur völligen Absorption zusätzliche Photoeffekte auslösen.

Der *Paarbindungseffekt* tritt bei Energien von mehr als 1,02 Megaelektronenvolt auf. Ein Gammaquant dieses Energiebereichs kann sich beim Zusammenprall mit einem Atom zu einem Elektron-/Positronenpaar umwandeln.

Vollständigkeitshalber sei an dieser Stelle noch die *Röntgenstrahlung* erwähnt, die beim Abbremsen vorher

künstlich beschleunigter Elektronen entsteht. Mit der Höhe der Röhrenspannung (zwischen 20 und 400 kV) läßt sich die Härte und damit die Durchdringungsfähigkeit der Röntgenstrahlung regeln.

Meßgrößen und Maßeinheiten im Strahlenschutz

Wie bereits erwähnt, führen die auf den ersten Blick verwirrenden Maßeinheiten oftmals zu Mißverständnissen; dies gilt vor allem dann, wenn die nicht mehr zugelassenen, aber oftmals auf älteren Meßgeräten noch vorhandenen Einheiten benutzt werden. Zunächst einmal ist deshalb die Klärung dreier wichtiger Begriffe notwendig.

Mit der *Aktivität* eines Stoffes wird der radioaktive Zerfall dieser Substanz pro Zeiteinheit definiert, d.h. wieviele Kernumwandlungen in einer bestimmten Zeit stattfinden. Hierdurch lassen sich mehrere Substanzen hinsichtlich ihrer Radioaktivität vergleichen. Als Zeiteinheit gilt die Sekunde. Demnach ist die *Aktivität* =

$$\frac{\text{Kernumwandlung}}{\text{Zeiteinheit}} \quad [\text{Bq}]$$

Hierzu wurde als Einheit das Becquerel (Bq) eingeführt und gibt damit die Anzahl der Kernumwandlungen pro Sekunde an.

Bis zur Einführung dieser SI-Einheit im Jahre 1986 verwendete man stattdessen die Einheit Curie (Ci). 1 Ci entspricht dabei etwa $3,7 \times 10^{10}$ Bq.

Wichtig ist bei der Beurteilung verschiedener Aktivitäten, dass die Anzahl der Kernumwandlungen mit der Größe der Substanzmenge zunimmt. Deshalb muß immer eine Bezugsgröße (z. B. je Gramm, je Kubikmeter Luft oder je Quadratmeter) mit angegeben sein, da sonst eine Quantifizierung unmöglich ist.

Durch die Dosis gibt man die Wirkung einer bestimmten Strahlenmenge wieder, ent-

weder im kernphysikalisch-chemischen oder biologisch-medizinischen Sinne. Für den ABC-Schutz ist insbesondere die Energiedosis von Bedeutung, die als Maß für die physikalische Strahlenwirkung definiert wurde. Sie gibt von einem durchstrahlten Stoff absorbierte Energie an und wird seit 1986 in Gray (Gy)¹¹ angegeben.

Energiedosis =

$$\frac{\text{absorbierte Strahlenenergie}}{\text{Masse}}$$

Führt man z. B. einer ein Kilogramm schweren Masse eine Energie von einem Joule zu, so ergibt sich hieraus:

$$1 \text{ Gy} = \frac{1 \text{ J}}{1 \text{ kg}}$$

Bisweilen findet man in der Literatur noch die alte Maßeinheit der Energiedosis, die sich aus der englischen Bezeichnung *radiation absorbed dose* „rad“ (rd) herleitet, aber im Sinne der Vereinheitlichung nicht mehr verwendet werden sollte. Für mögliche Umrechnungen gilt deshalb:

$$1 \text{ rd} = 0,01 \text{ Gy} \text{ bzw. } 100 \text{ rd} = 1 \text{ Gy}$$

Leider läßt sich mit der Energiedosis allein noch nicht die biologische Strahlenwirkung beurteilen, da verschiedene Strahlenarten bei gleicher Energiedosis unterschiedliche Wirkungen auf menschliches Gewebe hervorrufen.

Alphastrahlen besitzen trotz ihrer geringeren Durchdringungsfähigkeit eine beispielsweise zwanzigfach höhere biologische Wirksamkeit als Betastrahlen, da sie zu einer wesentlich häufigeren und dichteren Ionisierung des Gewebes führen.

Die *Äquivalenzdosis* berücksichtigt diesen Zusammenhang durch den Qualitätsfaktor Q , der die experimentiell ermittelten Werte mit einrechnet:

$$\text{Äquivalenzdosis} = \text{Energiedosis} \times \text{Qualitätsfaktor}$$

¹¹⁾ Louis Gray, englischer Physiker (1905-1965).

Für Gamma-, Röntgen- und Betastrahlung wurde dieser Faktor mit dem Zahlenwert 1 festgesetzt; hier entsprechen sich Energie- und Äquivalenzdosis also (Tabelle 1).

Maßeinheit für die Äquivalenzdosis ist das Sievert (Sv)¹². Es ersetzt die früher gebräuchliche Einheit rem (roentgen equivalent man). Für die Umrechnung gilt:

$$1 \text{ rem} = 0,01 \text{ Sv}$$

$$\text{bzw. } 100 \text{ rem} = 1 \text{ Sv.}$$

Abgesehen von einer Ganzkörperbestrahlung kommt es sowohl bei externen als auch internen Bestrahlungen (z. B. nach Inkorporation)¹³ zu einer unterschiedlichen Schädigung der Organe und Gewebe, die individuell von der jeweiligen Strahlenempfindlichkeit abhängig ist und teilweise erheblich variieren kann. Die Haut ist hierbei weitaus weniger strahlenempfindlich als die Keimdrüsen oder das rote Knochenmark. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, führte man Wichtungsfaktoren ein, die ein Maß für den Beitrag des bestrahlten Gewebes/Organs an der Strahlenbelastung des gesamten Körpers darstellen. Multipliziert man also die Äquivalenzdosis mit dem Wichtungsfaktor, so erhält man die *Effektivdosis*. Sie wird ebenfalls in Sievert angegeben. Die Summe aller Gewebewichtungsfaktoren ergibt 1; somit gleichen sich bei einer Ganzkörperbestrahlung Effektiv- und Äquivalenzdosis. Anschaulich wird die Effektivdosis durch ein Beispiel:

Eine Person nimmt mit der Nahrung das Jodisotop I-131 auf; dieses schädigt die Schilddrüse mit 200 mSv. Der Wich-

12) Rolf Sievert (1896-1966), schwedischer Physiker.

13) Als Inkorporation bezeichnet man die Aufnahme von Radionukliden in den menschlichen Körper entweder über die Atemwege (Inhalation), den Magen-Darm-Trakt (Ingestion) oder über die Haut (perkutane Resorption).

14) Siehe Anlage VII zur Strahlenschutzverordnung.

15) Ebd., Anlage X.

16) Es werden jeweils die fünf am stärksten betroffenen Organe (z. B. Dickdarm, Milz, Niere, Thymus, Leber) mit jeweils 0,06 gewertet.

Qualitätsfaktor Q¹⁴

Strahlung	Faktor
Röntgenstrahlen	1
Betastrahlen	1
Gammastrahlen	1
Neutronen	10
Alphastrahlen	20

Gewebewichtungsfaktor W¹⁵

Organ	Faktor
Keimdrüsen	0,25
Brust	0,15
rotes Knochenmark	0,12
Lunge	0,12
Schilddrüse	0,03
Knochenoberfläche	0,03
übrige Organe ¹⁶	0,30

Tabelle 1: Qualitäts- und Strahlenwichtungsfaktoren.

tungsfaktor des Schilddrüsengewebes beträgt 0,03. Daraus errechnet sich die Effektivdosis: $He = 200 \text{ mSv} \times 0,03 = 6 \text{ mSv}$. Eine Ganzkörperbestrahlung mit 6 mSv ergäbe also das gleiche Risiko.

Wenn die gleiche Äquivalenzdosis von 200 mSv anstatt auf die Schilddrüse beispielsweise auf die Keimdrüsen (Wichtungsfaktor 0,25) wirken würde, betrüge die Effektivdosis 50 mSv!

Es ist also offensichtlich, dass die einzelnen Organe eine ganz unterschiedliche Strah-

lenempfindlichkeit besitzen; durch die Effektivdosis gelingt die Berücksichtigung zur Abschätzung des Gesamtrisikos. Bild 4 verdeutlicht die Zusammenhänge nochmals.

Allen oben dargestellten Dosisbegriffen ist gemein, dass sie die Energieaufnahme absolut, d.h. ohne Zeiteinheit beschreiben. Um insbesondere für den Strahlenschutz eine zeitliche Vorhersage treffen zu können, welche Dosis z. B. innerhalb einer Stunde aufgenommen sein wird, führte man den Terminus „*Dosisleistung*“ ein. Dieser beschreibt folglich die Strahldosis je Zeiteinheit und wird für die Energiedosis in Gray (Gy)/h und für die Äquivalenz-/Effektivdosis in Sievert (Sv)/h angegeben. Zum Auseinanderhalten der Begriffe Dosis und Dosisleistung dient ein simpler Vergleich zwischen Fahrtstrecke und Geschwindigkeit bei einem Autotachometer: Die insgesamt zurückgelegte Fahrstrecke wird vom Kilometerzähler angezeigt; er berücksichtigt dabei nicht, ob diese Entfernung in einem Tag, einem Monat oder einem Jahr bewältigt wurde. So bezieht sich auch die Dosis auf die insgesamt aufgenommene Strahlendosis.

Der Geschwindigkeitsanzeiger gibt hingegen eine Momentaufnahme wieder. Wenn die während des Ablesezeitpunktes angezeigte Geschwindigkeit von 50 km/h konstant über eine Stunde beibehalten wird, legt das Fahrzeug nach einer Stunde eben genau diese Strecke zurück. Für die Dosisleistung gilt sinngemäß: Wirken zu einem Meßzeitpunkt 5 Sv/h (= Dosisleistung) unverändert eine Stunde auf den Menschen ein, nimmt dieser innerhalb einer Stunde eine Dosis von 5 Sv auf.

Nachdem die physikalischen Grundlagen des Strahlenschutzes beschrieben wurde, geht der zweite Teil der Arbeit (Heft 1/01) auf die biologischen Auswirkungen radioaktiver Strahlung ein.

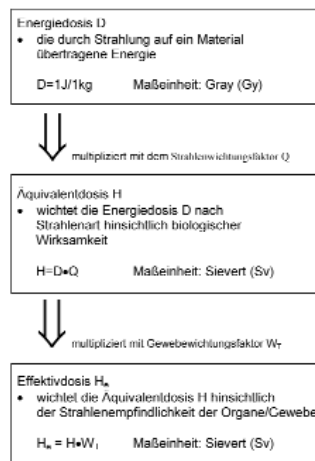


Bild 4: Zusammenhang verschiedener Dosisbegriffe zur Ermittlung des Strahlenrisikos.

Die Sirene am Handgelenk

Neue Möglichkeiten zur Warnung der Bevölkerung

Von Oberregierungsrat Dieter Franke, Bundesamt für Zivilschutz

Nach rund 18monatiger Arbeit wurde dem Bundesministerium des Innern im Frühjahr der Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Technologische Möglichkeiten einer möglichst frühzeitigen Warnung der Bevölkerung“ vorgelegt. Neben dem rund 600 Seiten starken Hauptbericht wurde eine Kurzfassung erstellt, die das Bundesamt für Zivilschutz in Kürze als Broschüre veröffentlichen wird.

Keine großflächige Warnung mehr möglich

Viele werden sie inzwischen vergessen haben: die regelmäßigen Sirenenproben mit ihren verschiedenen Alarmzeichen zur Warnung und Entwarnung. Beide deutschen Teilstaaten hatten umfangreiche Systeme aufgebaut, um ihre Bevölkerung vor Gefahren warnen zu können. Erste Priorität kam dabei den Sirenen zu. Sie sollten zum einen durch den jeweiligen Ton eine bestimmte Warnung übermitteln und zum anderen die Bürger veranlassen, ihre Rundfunkgeräte einzuschalten, um dort weitere Informationen zu entnehmen.

Bis 1992 standen rund 87.000 Sirenen zur Verfügung, mit denen circa 80 % der Bevölkerung erreicht werden konnten. Dann fiel angesichts der Entspannung in Europa die Entscheidung, dieses in der Unterhaltung teure Instrument aufzugeben. Bis heute hat sich der Bestand auf knapp 40.000 Sirenen reduziert, von denen jedoch nur rund 15.000 in der Lage sind, neben dem sogenannten Feuerwehralarm noch ein zweites Signal zur Alarmierung der Bevölkerung auszu-

strahlen. So können nur noch circa 16 % der Einwohner mittels Sirene auf dringende Rundfunkdurchsagen hingewiesen werden. Zudem ist die Auslösung nur lokal bzw. regional und nicht mehr großflächig möglich. Diverse Schadensereignisse der letzten Jahre wie Hochwasser oder Schadstofffreisetzungen haben gezeigt, dass ohne den Weckeffekt der Sirene die Radiowarnung nur einen geringen Teil der Betroffenen erreicht.

Das Zivilschutzgesetz vom 25. März 1997 schreibt in § 1 Abs. 2 die Warnung der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren des Verteidigungsfall es unverändert als Aufgabe im Rahmen des Zivilschutzes fest. Der § 6 ZSG regelt, dass die Umsetzung mit den Warnmitteln erfolgt, die seitens der Länder für den Katastrophenschutz vorgehalten werden. Allerdings hat der Bund gegebenenfalls für eine Ergänzung zu sorgen.

Anforderungen

Das Forschungsprojekt verfolgte nun das Ziel, Alternati-

ven zu finden und zu bewerten, die:

- vorhandene, moderne Technologien mitbenutzen oder auf ihnen aufgebaut werden können,
- sowohl bei einem lokalen Schadensereignis wie auch bei einer räumlich ausgedehnten Katastrophe oder im Verteidigungsfall angewendet werden können,
- ohne Vorlaufzeiten verfügbar sind,
- die Funktionen der Alarmierung, Warnung und Information beinhalten.

Zur Bewertung verschiedener möglicher Warnsysteme galt es, ein Anforderungsprofil zu erstellen. Neben der Zuverlässigkeit des Systems, der Laufzeit einer Warnung bis hin zum Bürger oder der Missbrauchssicherheit war dabei zum Beispiel auch zu klären, wo sich der Bürger wann aufhält. Jeder kann leicht anhand seines eigenen Tagesablaufs nachvollziehen, wie sich seine Erreichbarkeit verändert.

Insgesamt sind vier Phasen zu unterscheiden (s. unten).

Phase Aufenthaltsort

- | Phase | Aufenthaltsort |
|-------|--|
| 1 | Privaträume oder ähnlich individuelle Räume wie zum Beispiel in kleineren Betrieben, Büros oder Verwaltungen |
| 2 | Größere Firmen, Verwaltungen oder ähnliche Einrichtungen, die über interne Informationssysteme verfügen. Ebenso entsprechende öffentliche Verkehrsmittel, Versammlungsstätten usw. |
| 3 | Individualverkehr in privaten oder geschäftlichen/dienstlichen Fahrzeugen mit Radio oder Funkeinrichtungen |
| 4 | Im Freien oder in Verkehrsmitteln ohne Radio |

Aus Statistiken lässt sich ermitteln, dass zum Beispiel um 6.00 Uhr circa 90 % der Bevölkerung der Aufenthaltsphase 1 zugeordnet werden können, circa 4 % der Phase 2 und der Rest den übrigen beiden Phasen. Zwischen 9.00 und 16.00 Uhr pendeln die Phasen 1 und 2 um 35 bis 45 %. In dieser Zeit erreicht auch die ungünstige Phase 4 bis zu 15 %. Bis kurz nach Mitternacht dauert es, bis die Aufenthaltskurven dann langsam wieder in die Bereiche zurückkehren, die sie als Ruhephase bis gegen 6.00 Uhr relativ konstant beibehalten.

Im Tagesmittel gelten die Werte der Tabelle (s. oben rechts).

Weniger problematisch stellt sich die Frage nach den Auslöseberechtigten dar. Hierzu geben die Landesgesetze für die Bereiche Polizei, Brandschutz, Katastrophenschutz oder Ordnungsbehörden Auskunft. Analog lassen sich damit auch auslösende Stellen verifizieren, die permanent besetzt sind. So etwa die Leitstellen von Polizei und Feuerwehr oder die Lagezentren auf Landes- und Bundesebene.

Mögliche Alarmierungs- und Warnmedien

Auch heute existieren bereits viele verschiedene Medien, die als Informationsträger für die amtlichen Alarmierungs- und Warnmeldungen genutzt werden könnten. Es bedarf meist nur einer ohne große Probleme zu realisierenden technischen Ergänzung. Die Kosten hierfür, die teilweise auch mit darüber entscheiden, in welcher Zeit ein solches Gerät die ausreichende Verbreitung finden könnte, werden letztendlich den Nutznießer, sprich den einzelnen Bürger treffen.

Über unterschiedliche Kabelnetze sowie drahtlos können angesprochen werden:

Telefon, Fax, Internet, Rundfunk-/Fernsehempfänger, Funktelefon (Handy), Autoradio, Funkuhren, Funkarm-

Aufenthalt in	Tagesmittelwert	Schwankungsbereich
Phase 1	64 %	35 und 95 %
Phase 2	20 %	fast 0 und 43 %
Phase 3	5 %	fast 0 und 12 %
Phase 4	7 %	fast 0 und 15 %
Ausland	4 %	

banduhren, Autouhren, Hand-sprechfunkgeräte, Funkmeldeempfänger. Dabei muss auch daran gedacht werden, dass geschlossene Datennetze (Verwaltungsnetze o. ä.) existieren, Ver- und Entsorgungsnetze Verbindungssysteme darstellen oder bereits heute Steuerungen über Stromversorgungsnetze laufen.

Bei der Bewertung kristallisierten sich schließlich deutliche Unterschiede heraus. Relativ einfach lassen sich die derzeit nur auf das Feuerwehrsignal beschränkten Sirenen aufrüsten, um ein zusätzliches Warnsignal für die Bevölkerung abzustrahlen. Technisch einfach wäre es auch, mit zusätzlichen elektronischen Sirenen die vorhandenen Lücken zu füllen. Allerdings müssten dafür beachtliche finanzielle Mittel eingesetzt werden. Da-

her beschränkt sich dieses System von allein auf Gebiete mit besonderer Gefährdung etwa durch industrielle Anlagen oder Hochwasser.

Anders stellt sich das Bild für die mögliche Nutzung von Rundfunk und Fernsehen dar. Bereits vor rund zehn Jahren wurde WARI, das Warn-Rundfunk-Informationssystem entwickelt. Dieses grundsätzlich vom Verkehrswarnfunk her bekannte Prinzip könnte unter Berücksichtigung des heute technisch Machbaren kostengünstig weiterentwickelt und innerhalb kurzer Zeit eine wesentliche Komponente im Gesamtkonzept der Warn- und Informationstechnik werden.

Die intensivste Vernetzung besteht heute im Bereich der Telekommunikation. Dabei haben jedoch gerade die in quasi jedem Haushalt und in



Der Bestand an Sirenen hat sich von 87.000 auf 40.000 Exemplare reduziert.



Die Alarmierung per Funkuhr ist eine denkbare Alternative.

jedem Betrieb befindlichen Telefone den Nachteil, dass sie nur selektiv und nicht kollektiv angesprochen werden können. Dieses sieht bei den Funktelefonen, den Handys, anders aus. Hier besteht grundsätzlich die Möglichkeit, eine Information einer regional ausgewählten Gruppe parallel zukommen zu lassen. Teilweise lässt sich dabei zudem ein Teil der Bevölkerung erreichen, der zu der Zeit nicht über den Rundfunk angesprochen werden würde.

Als weitere Variante für eine Parallelinformation, die sowohl lokal wie auch großflächig erfolgen kann, bietet sich die Mitnutzung der Übertragung der Funkzeit an. Technisch realisieren lässt sich dies für stationäre Empfänger ebenso wie für mobile Empfänger, also die moderne Armbanduhr. Zu diskutieren wäre hier noch die Frage der ausreichenden Energieversorgung und der Art der Nachrichtendarstellung. Bei digitaler Zeitanzeige wäre das Display entsprechend groß auszulegen. Unter Berücksichtigung der zunehmenden Ausstattung mit funkgesteuerten Uhren als statio-

näre Einheit, als Teil anderer elektrischer Geräte oder als mobiler Empfänger und der gleichzeitig extrem kostengünstig gewordenen Anschaffung ist dieser Alarmierungs- und Warnmöglichkeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Das mögliche Gesamtkonzept

Die zukünftige Warnung der Bevölkerung kann nach den heutigen Erkenntnissen nicht mehr nur mit dem Rückgriff auf ein Medium zufriedenstellend erfüllt werden. Neben der Nachrüstung der vorhandenen Sirenen und der Ergänzung mit elektronischen Sirenen in besonders zu definierenden Bereichen kommt unverändert der textlichen Information mittels Rundfunk besondere Bedeutung bei. Als Alarmierungs-, Warn- und Informationsmittel sind darüber hinaus Funktelefone und Funkuhren einzubeziehen. Die dafür notwendigen Techniken sind teils vorhanden, teils unproblematisch und in vertretbarer Kosten-Nutzen-Relation zu entwickeln.

Neben der Frage, wie die Information von einem Sender zum Bürger kommt, hat das Forschungsprojekt sich auch einem zweiten Problem gewidmet. Zu klären war nämlich auch, wie der Warnauftrag vom Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- oder Regionalebene zum Sender, also der Sirenensteuerung, dem Rundfunk, dem Netzbetreiber oder dem Zeitsignalleiter kommt. Auch hierzu wurden mit Rückgriff auf bestehende Netze Varianten aufgezeigt.

Wenn Bund und Länder den Weg gemeinsam beschreiten wollen, könnte im Jahre 2010 wieder ein Großteil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland vor Gefahren zeitnah gewarnt und über situationskonformes Verhalten informiert werden. Sowohl für die öffentlichen Kassen als auch für den einzelnen Bürger erscheinen die für diesen Sicherheitsstandard erforderlichen Aufwendungen vertretbar und vor allem sinnvoll angelegt.

Um Sie zu bestehlen,
machen Trickdiebe auch
„Hausbesuche“.

**Wer Blumen
sprechen
läßt, ist
nicht immer
ein Rosen-
kavalier...**

Lassen Sie grundsätzlich
keine Fremden
in Ihre Wohnung!



Wir wollen,
daß Sie sicher leben.
Ihre Polizei.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Advent, Advent ...

Insbesondere in der Weihnachtszeit ist die Gefahr besonders hoch, dass in der Wohnung Feuer ausbricht. Es ist deshalb in dieser besinnlichen Zeit besondere Vorsicht geboten.

Bei brennenden Kerzen darf aus Sicherheitsgründen der Raum nicht verlassen werden, denn trockene Tannenzweige und Adventskränze fangen sehr schnell Feuer. Ein Weihnachtsbaum, den echte Kerzen erleuchten, sollte zugfrei und mit ausreichendem Abstand von Gardinen und Dekomaterialien aufgestellt werden.

Beim Fondue ist besonders auf den Brenner zu achten, der Brennstoff sollte stets dosiert verwendet werden. Das Fonduegerät auf eine nicht brennbare Unterlage stellen. Der Spiritusbrenner darf nur nachgefüllt werden, wenn er erkaltet ist.

Brandgefahren lassen sich im Haus und in der Wohnung nie absolut ausschalten. Was bleibt ist die Möglichkeit, Brandrisiken zu minimieren. Viele Brände können bereits in der Entstehungsphase mit einem Feuerlöscher erfolgreich bekämpft werden. Feuerlöscher gehören an einen festen, jederzeit zugänglichen Platz,



den alle Familienmitglieder kennen sollten.

Gloria-Werke
Postfach 1160, 59321 Wadersloh

Notruf aus dem Wald

Der Waldarbeiter übt einen der gefährlichsten Berufe aus: Rund 850 Männer verunglücken allein in Bayerns Forsten pro Jahr. Es vergeht dann viel Zeit, bis die Rettungsleitstelle alarmiert wird. Die Rettungskräfte brauchen lange, bis sie den meist schwer Verletzten finden. Gründe dafür sind Verständigungsfehler per Sprechfunk und mangelnde Reichweiten der Handfunkgeräte vor Ort.

Ein neuer Forst-Notruf-Koffer sorgt hier für Abhilfe. Das Gerät sendet Notrufe per Datenfunk an die Zentrale und übermittelt dabei die geografischen Koordinaten der Notfallstelle. Gleichzeitig baut es eine leistungsfähige Sprachverbindung zwischen allen Beteiligten auf: Der Verunglückte, seine Kollegen, die Zentrale und die Rettungsleitstelle können über stationäre Funkgeräte sowie Handfunkgeräte während der Rettungsaktion kontinuierlich miteinander kommunizieren. Ausgelöst wird der Notruf über die Handfunkgeräte, mit denen die Waldarbeiter generell den Kontakt zueinander halten.

Dolphin Telecom (Deutschland) GmbH
Josef-Lammerting-Allee 10, 50933 Köln

In den Sack gesteckt

Hochwasser, Regenfälle mit Überschwemmungen und Unwetter verschonten in ihrer starken Intensität und Häufigkeit auch Europa in der jüngsten Vergangenheit nicht. In den betroffenen Regionen ste-



hen die Bewohner häufig vor dem Problem, wichtiges Hab und Gut, Lebensmittel und Kleidung gegen Feuchtigkeit zu schützen und möglichst unversehrt zu transportieren.

Mit der Entwicklung eines speziellen Kunststoffsocks mit verschließbarem Deckel und integriertem Tragegriff können jetzt wichtige Dinge einfach und wasserdicht gelagert bzw. transportiert werden.

Der Katastrophensack hat ein Volumen von 60 Litern, das maximale Füllgewicht beträgt 25 kg. Erste positive Erfahrungen konnten bei Hochwasser bereits gesammelt werden.

Klean-Contor GmbH, Industriestraße 1,
48301 Nottuln

Ein modulares Universalfahrzeug

Ein Highlight der „Inter-schutz“ war die neu entwickelte Fahrzeugreihe OCTOPUS. Das innovative Konzept basiert auf einem neu konstruierten Fahrwerk mit Einzelradaufhängung und Allradlenkung. Die hydropneumatische Einzelradaufhängung erlaubt für jedes der vier Räder einen Niveauegleich auf unebenen Standflächen, so dass der Fahrzeugaufbau auch unter schwierigen Gegebenheiten in einer waagrecht Position gehalten werden kann. Die Allradlen-

kung bringt eine Wendigkeit und Manövrierfähigkeit, mit der enge, verwinkelte Zufahrten zu bewältigen sind, die mit nur einer gelenkten Achse nicht mehr zu meistern wären.

Der 2.000 Liter fassende Wassertank liegt unter der Kabine, der Motor befindet sich auf der Hinterachse. Die Wasserführung ist weitgehend im Rohrrahmen des Fahrzeuges untergebracht. Die Geräte-räume zwischen den Achsen können so ungehindert und durchgängig genutzt werden. Insgesamt werden so ein hoher Fahrkomfort, eine niedrige Bauhöhe und ideale Beladungsmöglichkeiten erreicht. Durch den tief liegenden Schwerpunkt wird ein optimales Fahr- und Seitenneigungsverhalten sowohl mit gefülltem als auch mit leerem Wassertank erreicht.

Für die Konstruktion des Fahrzeugs griff der Hersteller so weit wie möglich auf Serienkomponenten zurück. So kommt als Motorisierung der neue Cursor-8-Motor mit 259 kW (352 PS) zum Einsatz. Beim Fahrerhaus kann zwischen der Einzel- und Doppelkabine für sieben Personen gewählt werden.

Das vorgestellte Fahrzeug vom Typ HULF (Hubarbeits- und Universallöschfahrzeug) kombiniert Löscheinrichtungen mit einer Hubarbeitsbühne mit Drei-Mann-Korb



und einer Arbeitshöhe von 29 Metern. Die Hubarbeitsbühne erreicht höhere Ausladungswerte als bei einer DLK 18-12 CC.

Der Pumpenbedienstand ist an der Fahrzeugfront neben dem Schnellangriff für Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistung angeordnet, eine Seilwinde erfüllt die Forderung an ein klassisches HLF.

IVECO Magirus Brandschutztechnik GmbH, Magirusstraße 16, 89077 Ulm

Akkukraft im Viererpack

Ein neues 24-Volt-Akkusystem besteht aus vier Akku-geräten: Schlagbohrmaschine, Schrauber, Säbelsäge und Lampe. Die Akkupacks und Ladegeräte sind innerhalb dieser Gerätefamilie austauschbar.

Die hohe Spannung des 24-Volt-Systems ermöglicht es, besonders leistungsstarke Akku-geräte zu bauen und die Akkutechnik in neuen Werkzeugen zu nutzen, die bisher nur mit Netzstrom betrieben werden konnten. Hinzu kommt, dass die größere Energiereserve des 24-Volt-Akkus längere Arbeitszeiten pro Ladung erlaubt.

Mit dem GSB 24 VE-2 stellt sich ein Akku-Schlagbohrer vor, der durch ein verbessertes Schlagwerk und hohe Drehzahlen beim Bohren in Mauerwerk einen schnellen Arbeitsfortschritt ermöglicht.

Im gleichen Design wie der GSB 24 VE-2 präsentiert sich der Akku-Bohrschrauber GSR 24 VE-2. Durch seine hohe Leistungsreserve eignet er sich für alle Schraub- und Bohrarbeiten, für die besonders viel Kraft und Ausdauer erforderlich sind.

Die Akku-Säbelsäge GSA 24 VE ist eine Weltneuheit. Als erste Säbelsäge ist sie mit zwei-stufig einstellbarem Hub ausgestattet. Per Schalter lässt sich die Hublänge von 19 auf 32 Millimeter umschalten. Der kurze Hub ermöglicht vibrationsarmes Sägen und größte Präzision.

Die neue Akku-Lampe GLI 24 sorgt für genügend Licht am Arbeitsplatz. Optimale Helligkeit liefert eine Xenon-Birne. Mit dem drehbaren Kopf lässt sich das Licht immer auf die zu beleuchtende Arbeitsstelle ausrichten.



Robert Bosch GmbH, Postfach 106050, 70049 Stuttgart

Lehren aus „Herbst 99“

Übungsauswertung zeigt auch Schwachpunkte auf

Unter dem Namen „Herbst 99“ probten - wie bereits berichtet - am 15. Oktober des vergangenen Jahres 1.000 Helfer mit mehr als 250 Einsatzfahrzeugen den Ernstfall. Schauplatz der Katastrophenschutzübung mit 150 Verletztendarstellern war der Flughafen Leipzig/Halle. Der länderübergreifenden Übung mit dem Ziel der Koordination der Zusammenarbeit ging eine Stabsrahmenübung voraus.

Übungsteilnehmer im Regierungsbezirk Leipzig (Sachsen) waren drei untere Katastrophenschutzbehörden, die Stadt Leipzig sowie die Landkreise Delitzsch und Leipziger Land. Vom Regierungsbezirk Halle des Landes Sachsen-Anhalt nahmen die Stadt Halle, der Saalkreis und die Landkreise Merseburg-Querfurt und Weißenfels teil.

Der jetzt vorliegende Erfahrungsbericht zieht aus der Vorbereitung und Durchführung der Übung zwölf Schlussfolgerungen:

1. Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Führung im Katastrophenschutz hat sich in der Übung bewährt und ist umzusetzen. Die festgelegten Führungsebenen sind zweckmäßig.

2. Die im Rahmen der Gemeindegebietsreform erforderliche Anpassung der besonderen Alarm- und Einsatzpläne ist weiterhin kontinuierlich mit allen Partnern abzustimmen.

3. Zur Gewährleistung der Führung bei einer Übung dieses Ausmaßes wurde die Bedeutung der länderübergreifenden Zusammenarbeit und Zuständigkeit beim Einsatz von Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Polizei sowie auch in der Kommuni-

kation deutlich, unabhängig davon, dass die unmittelbare Nachbarschaftshilfe im wesentlichen abgestimmt und gewährleistet ist.

4. Alle mit der Umsetzung der in den vorbereiteten Einsatzdokumenten (Alarm- und Einsatzpläne) eindeutig festgelegten Schritte zur Alarmierung/Benachrichtigung befaßten Mitarbeiter sind periodisch zu schulen.

5. Mit der Führung eines punktuellen Ereignisses dieser Art und besonderen Umfangs ist ein Landkreis nicht überfordert. Die Ausbildung und Qualifizierung der Mitglieder des Katastrophenschutzstabes ist bezüglich der Anforderungen darauf auszurichten. Die TEL ist zweckmäßig in Doppelbesetzung mit mehreren Technischen Einsatzleitern vorzubereiten.

6. Ein Schwerpunkt bildet die Sicherstellung der Information und Kommunikation. Probleme traten hier sowohl im Stabsübungsteil zwischen TEL und Katastrophenschutzstab als auch im Vollübungsteil auf. Hauptursachen waren Führungsprobleme und mangelhafte Beherrschung der zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel.

7. Die Technischen Einsatzleitungen und besonders die Einsatzabschnittsleiter sind in der Führung von Einsatzmaßnahmen am Schadensort weiter auszubilden. Besonderer Wert bei dieser Ausbildung ist auf die notwendige Führung aller am Einsatzabschnitt handelnden Einheiten verschiedener Fachdienste zu legen. Die Einsatzabschnittsleiter müssen Einsatzgrundsätze, Leistungsparameter und Anforderungen der eingesetzten Katastrophenschutzeinheiten kennen.

8. Der Einsatz von zwei Kriseninterventionsteams hat sich

bewährt und ist ab einer gewissen Ereignisgröße mit vielen Verletzten, auch für die Helfer, unerlässlich. Alle Landkreise sind gehalten, Kriseninterventionsteams aufzubauen, auszubilden und ihren jederzeitigen Einsatz über die Leitstellen sicherzustellen. Die Art der Einbindung in die Katastrophenschutzstäbe ist ereignisabhängig festzulegen. Eine einheitliche Kennzeichnung ist empfehlenswert.

9. Als gravierendes Problem hat sich die Bewältigung des Massenankomms von Verletzten, insbesondere die Triage, erwiesen. Dringlich ist eine einheitliche Kennzeichnung aller Führungskräfte ohne Überschneidungen herbeizuführen.

10. Die Maßnahmepläne der Träger des Rettungsdienstes für Großschadensereignisse sind zu verbessern. Die Erfahrungen sind für einen Massenankomms von Verletzten und Kranken auf dem Flughafen Leipzig-Halle umzusetzen.

11. Neben den in der Übungsweisung genannten Zielen der Übung kommt es darauf an, die Verantwortung der gesamten Behörde bei der Bekämpfung einer allgemeinen Gefahr bewusst zu machen und die Beteiligung aller Organisationsbereiche der eigenen Behörde und anderer Mitwirkungspflichtiger zu sichern.

12. Bei der Ausbildung der Katastrophenschutzeinheiten ist auf das Üben des Zusammenwirkens mit anderen Diensten des Katastrophenschutzes besonderer Wert zu legen, um die größtmögliche Leistung aller Beteiligten zu erreichen. Analog ist umgekehrt die teilweise vorhandene Unkenntnis der Rettungssanitäter/-assistenten über den Einsatzwert der Helfer aus den Katastrophenschutz-Sanitätszügen und Katastrophenschutz-Betreuungszügen auszuräumen.

Der Erfahrungsbericht schließt mit der Feststellung, dass die Übung insgesamt erfolgreich durchgeführt und die Zielsetzung erreicht wurde.

„Schneller Albatros 2000“ mit Bundeswehr und ASB

Zusammenarbeit bei Sanitätsübung geprobt

Von Wolfram Geier, Landeskatastrophenschutzbeauftragter ASB Schleswig-Holstein

Zu einer Übung der eher nicht alltäglichen Art wurde der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Landesverband Schleswig-Holstein, von der Flottille der Marineflieger in Kiel eingeladen. Vom 4. bis 8. September 2000 führten die Marineflieger auf dem Truppenübungsplatz Putlos an der holsteinischen Ostseeküste die Sanitätsübung „Schneller Albatros 2000“ durch, um in zahlreichen Lagen die notfallmedizinische und rettungsdienstliche Versorgung von Notfallpatienten unter überwiegend individualmedizinischen Versorgungsaspekten zu üben.

Im Mittelpunkt standen dabei bewußt kleinere Lagen mit einer überschaubaren Anzahl von Verletzten, so dass ein an der zivilen Notfallversorgung orientierter Übungsablauf gewährleistet wurde. Parallel dazu wurde die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) mit dem Rettungsdienst und dem Katastrophenschutz, vertreten durch mehrere Ärzte der Leitenden Notarztgruppe der Stadt Kiel sowie Helfern, Fahrzeugen und Material aus verschiedenen Einheiten des ASB in Schleswig-Holstein, erprobt.

80 Einzellagen geübt

Unter der Leitung des Leitenden Arztes der Marinefliegerflottille, Flottenarzt Dr. Wolfgang Kattwinkel, waren Einheiten der Marinefliegergeschwader 2, 3 und 5, des Marinestandortsanitätszentrums

Kiel TE Holtenau, des Marine-sanitätsabschnitts Ost, die Leitende Notarztgruppe der Landeshauptstadt Kiel unter Leitung von Dr. Ehrens sowie der ASB-Landesverband mit Teileinheiten aus fünf Orts- bzw. Kreisverbänden im Übungseinsatz. In knapp 80 Einzellagen wurde Tag und Nacht die personelle, materielle und logistische Kooperation zwischen Bundeswehr, Katastrophenschutz

und Rettungsdienst getestet.

Ein Höhepunkt der gesamten Woche war die große Seenotrettungsübung der Deutschen Marine zusammen mit der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) am 6. September vor der Insel Rügen. Die Marine, die mit mehreren schwimmenden Einheiten sowie Hub-



Bundeswehr- und ASB-Teams bereiten einen polytraumatisierten Patienten nach der Versorgung auf den Lufttransport vor.

Aus- und Weiterbildung



Abtransport eines Schwerverletzten durch ASB- und Bundeswehr-Sanitäter.



Gemeinsam wird der Verletzte in einen 4-Tragen-Krankentransportwagen befördert. (Fotos: Geier)

schraubern im Einsatz war, simulierte dabei den gemeinsamen Rettungsablauf mit zivilen Einheiten anlässlich einer schweren Schiffshavarie nach der Kollision zweier Schiffe in der Ostsee.

ASB vollwertig integriert

Während der Abarbeitung der zahlreichen alltäglichen Lagen auf dem Truppenübungsplatz wurden die zivilen Einsatzkräfte des ASB innerhalb kürzester Zeit in

die Bundeswehreinheiten als Teams vollwertig integriert. Neben klassischen Übungslagen, wie schwere Verkehrsunfälle mit mehreren Verletzten, wurden auch besondere Einsatzkasuistiken dargestellt und erfolgreich abgearbeitet. So z. B. Suizidversuche, psychiatrische Notfälle mit Bedrohung von Passanten, Schlägereien nach Alkoholabusus u. a.

Grundsätzlich arbeiteten die Teams der Marine und des ASB gemischt zusammen und

erlebten dabei sowohl die gemeinsamen als auch die unterschiedlichen Teile der jeweiligen Einsatz- und medizinischen Versorgungsstrategien sowie die teils gleiche, teils unterschiedliche medizinisch-technische Ausrüstung und Ausstattung. Damit waren Lernerfolge auf beiden Seiten vorprogrammiert.

In besonders schweren Fällen konnte auf die SAR-Hubschrauber der Marine vom Typ Sea King MK 41 zurückgegriffen werden, so dass auch die Zusammenarbeit mit der Luftrettung praxisnah geübt wurde.

Kooperation optimiert

Insgesamt wurden Übung und Übungsverlauf von allen Beteiligten als großer Erfolg gewertet, der neben dem fachlichen Austausch von Know-how trotz der zeitweilig sehr hohen Belastung viel Spaß gemacht und die Kooperation zwischen Bundeswehr und ziviler Seite zweifelsohne optimiert hat.

Im nördlichsten ASB-Landesverband hat diese Form der Zusammenarbeit bereits Tradition, die unter anderem der frühere ASB-Landesarzt und heutige Admiralarzt der Deutschen Marine, Dr. Karsten Ocker, begründete. Kein Wunder, dass dem ASB in Schleswig-Holstein die Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, so z. B. im Rahmen von Großschadensereignissen und Katastrophen stets ein wichtiges Anliegen ist.

Für alle Teilnehmer am „Schnellen Albatros 2000“ aus den Orts- und Kreisverbänden des ASB sowie für den Landesverband war „ohne Wenn und Aber“ klar, dass man bei der nächsten Sanitätsübung jedenfalls gerne wieder dabei sein möchte, um die als sehr kameradschaftlich empfundene Kooperation mit den Marinefliegern auf Dauer fortzusetzen.

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE
LEBENS-
RETTUNGS-
GESELLSCHAFT



DEUTSCHER
FEUERWEHR-
VERBAND



DEUTSCHES
ROTES KREUZ



JOHANNITER-
UNFALL-HILFE



MALTESER-
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-
GEMEINSCHAFTEN DER
HELFER IN DEN REGIE-
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN
DES KATASTROPHENSCHUTZES
IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.
(ARKAT)



TECHNISCHES
HILFSWERK



Von der Welt vergessen?

ASB schickt Hilfslieferungen und will weitere Projekte in Inguschetien starten

In Inguschetien, das selbst nur 350.000 Einwohner hat, leben seit den Kämpfen um Grosny immer noch etwa 200.000 tschetschenische Flüchtlinge. Da Inguschen und Tschetschenen Brudervölker sind, ist die Hilfsbereitschaft der Inguschen sehr groß, doch sie haben selbst nicht viel zum Leben. Von der internationalen Gemeinschaft kommt bisher nur sehr wenig Hilfe. Und aus der Medienberichterstattung ist der Krieg in Tschetschenien fast komplett verschwunden.

Eine der wenigen westlichen Organisationen, die dort tätig sind und mit Hilfe von Spenden und der Bun-

desregierung einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Flüchtlinge sowie der einheimischen Bevölkerung leistet und damit nicht zuletzt ein wichtiges Zeichen setzt, ist der ASB.

Unterstützung vom Auswärtigen Amt

Die Flüchtlinge und zunehmend auch die inguschetische Bevölkerung leben unter sehr schwierigen Umständen, es fehlt an allem. Die Unterbringung ist in der Regel katastrophal und menschenunwürdig. Die regelmäßigen deutschen Hilfs-

lieferungen des Arbeiter-Samariter-Bundes sind daher dringend notwendig und sehr willkommen.

Anfang des Jahres schickte der ASB Hamburg zahlreiche Hilfslieferungen mit Spenden der Hamburger Bevölkerung in den Kaukasus. Im Mai trafen zwei Lastwagen in Nazran, der Hauptstadt Inguschetiens, ein, die Lebensmittel und Decken für die Flüchtlinge brachten. Rais Kabanov und Gisela Fock vom ASB Hamburg-Mitte sowie Harald Schottner vom ASB-Bundesverband reisten nach Inguschetien, um vor Ort zu prüfen, wie die weitere Hilfe des ASB für die Flüchtlinge aussehen könnte. Im September lieferte der ASB als Folge dieser Bedarfserhebung mit der Unterstützung des Auswärtigen Amts Hygieneartikel im Werte von 150.000 DM an die Flüchtlinge in der Kaukasusrepublik. Eine gerechte Verteilung der Hilfsgüter wird durch Inguscheten gewährleistet, die in Nazran ehrenamtlich für die Bezirksverwaltung tätig sind.

Hilfe kommt dort an, wo sie benötigt wird

In den letzten Jahren ist durch die Hilfe des ASB eine einmalige Kooperation zwischen Russen, Inguschen und Tschetschenen entstanden, über die es bisher gelang, eine kontinuierliche Versorgung der Flüchtlinge aufzubauen. Durch die seit zehn Jahren bestehende Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und St. Petersburg, die vom ASB-Bundesverband aktiv begleitet wird, ist es dem ASB gelungen, die großen bürokratischen Hürden, die die russische Regierung den westlichen Hilfsorganisationen in den Weg gelegt hat, zu überwinden.

Das gemeinsame Hilfsprogramm vom ASB und dem Samariterbund in St. Petersburg ist bei der russischen Regierung registriert. Somit ist es dem ASB möglich, die Hilfslieferungen in Inguschetien in Absprache mit den Behörden zielgenau zu begleiten und dafür zu sorgen, dass

Rechts: Hilfsgüterverteilung in Nasran.

Unten: Sie leben in drangvoller Enge in Zelten, Eisenbahnwaggons oder Wohncontainern – tschetschenische Flüchtlinge in Inguschetien.





Oben:
Das Kinder-
erholungsheim in Esri.

Links:
Lebensmittel-
lieferungen und
andere Hilfsgüter sind
unter den schwierigen
Lebensumständen
sehr willkommen.

(Fotos: ASB/
Harald Schottner)



die Hilfsgüter dort ankommen, wo sie benötigt werden. Ein wichtiger Partner für die Implementierung vor Ort ist dabei auch die Vertretung des russischen Katastrophenschutzministeriums in Inguschetien. Die Begleitung der Projekte erfolgt vor Ort von einem russischen Mitarbeiter des ASB Hamburg und Mitarbeitern der Stadtverwaltung St. Petersburg. Aufgrund der Beteiligung sowohl der Tschetschenen als auch der Russen und Inguschen an den Projekten ergaben sich bisher keine Gefahrenmomente - weder für die Hilfsgüterlieferungen noch für die ASB-Mitarbeiter.

Die deutsche Hilfe erhielt durch die Finanzierungen des Auswärtigen Amts und den Spenden aus der Bevölkerung insbesondere aus Hamburg eine neue Qualität, die es nun in schwierigen Zeiten zu erhalten gilt. Diese Hilfe ist zurzeit nötiger denn je. Die russischen Behörden können oder wollen die kontinuierliche Mindestversorgung der Flüchtlinge nicht gewährleisten. Die sozialen Spannungen in Inguschetien werden aufgrund der immer noch unverändert hohen Anzahl an

Flüchtlingen zunehmend größer. Und angesichts des herannahenden Winters muss mit einer weiteren Verschlechterung der Versorgungslage sowie der Lebensbedingungen der Flüchtlinge gerechnet werden.

Hilfe für traumatisierte Kinder

Als vordringlichste Hilfsgüter hat der ASB in Absprache mit den Behörden und der Organisation der tschetschenischen Volksgemeinschaft die Versorgung von Flüchtlingskindern mit Winterkleidung, Windeln und Nahrungsmitteln sowie noch wichtiger die Versorgung mit Medikamenten für eine Grundversorgung identifizieren können. Die Medikamente werden dringend im Bezirkskrankenhaus in Nazran benötigt. Aber auch Nahrungsmittel, Decken, Hygieneartikel und feste Unterkünfte zählen nach wie vor zu den am dringendsten benötigten Gütern.

So leben beispielsweise noch Tausende von Flüchtlingen in Eisenbahnwaggons und nicht wintertauglichen Zelten. Abgesehen von der Enge, die keinerlei Privatsphäre

zulässt, und der Kälte des bevorstehenden Winters, sind die hygienischen Bedingungen katastrophal. Kein Wunder, dass Infektionskrankheiten ständig zunehmen. So breiten sich auch Tuberkulose und Lungenentzündung immer weiter aus. Insbesondere sind Alte und Kinder hiervon betroffen.

Ein weiteres Anliegen des ASB ist es, etwas für die zum Teil schwer durch ihre Fluchterlebnisse traumatisierten Kinder zu tun. In einem Kinderheim in Esri, einem Hochtal in den Bergen Inguschetiens, besteht die Möglichkeit, für 20 Mark am Tag Flüchtlingskindern und ihren Müttern für zwei bis drei Wochen einen Ferienaufenthalt zu ermöglichen. Hier können Kinder, die unter ihren Fluchterlebnissen leiden, wenigstens für einige Zeit in schöner Umgebung ihren von Not und Elend geprägten Alltag vergessen und Kräfte tanken.

Hoffnung, dass sich die Lage nicht weiter zuspitzt

Große Sorge bereitet auch die Sicherheitslage im Lande. Waren die ausländischen Hilfsorganisationen, aber auch die inguschetische Bevölkerung, bisher weitgehend von Gewalttaten verschont, ist nun zu befürchten, dass sich dies ändern könnte. Angesichts der zunehmenden sozialen Spannungen, die nicht zuletzt durch die katastrophale Versorgungslage entstanden sind, sowie verstärkt auftretender Bandenaktivitäten und militärischer Auseinandersetzungen auf inguschetischem Gebiet fürchten nicht nur die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen um ihr Leben.

Die humanitären Hilfsaktivitäten des ASB waren bisher nicht bedroht, und es bleibt zu hoffen, dass es aufgrund der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an diesem Hilfsprogramm weiter so bleibt. Wäre dies nicht der Fall, dann müsste auch der ASB sein Engagement in Inguschetien überdenken. Vor dem Hintergrund der großen Not, in der sich die Flüchtlinge in den Lagern und Gastfamilien befinden, hofft der ASB allerdings, dass dies nicht nötig sein wird.

*Dorothee Mennicken/
Dr. Stefan Sandbrink*





Schwimmen - Im Spannungsfeld von Bewegung und Sicherheit

Bundesinnenminister Otto Schily Schirmherr des DLRG-Symposiums

Repräsentative Umfragen von Freizeitforschern belegen: Für sechs von zehn Deutschen ist das Schwimmen die beliebteste Sportart. Damit für Jung und Alt der Spaß am Schwimmen auch ungetrübt bleiben kann, veranstaltet die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) vom 15. bis 17. März 2001, in Bad Nenndorf das Symposium „Schwimmen - Im Spannungsfeld von Bewegung und Sicherheit“.

Die zentrale Frage lautet: Wird die Prävention bei der Ausbildung im Schwimmen für die Bevölkerung in

Deutschland ausreichend berücksichtigt? Die DLRG will gemeinsam mit Fachleuten des Schwimmens - vom Ausbilder im Babyschwimmen über den Schulschwimmlehrer bis zum Entscheider über die Festlegung rechtlicher Regelungen im Ministerium - diskutieren, wie künftig Schwimmunfällen besser vorgebeugt werden kann. Hintergrund für dieses Symposium ist die relativ große Zahl von Ertrinkungsfällen in Deutschland, insbesondere bei Kindern im Vor- und Grundschulalter.

Die Veranstaltung wendet sich vorrangig an Lehrer, Übungsleiter und Trainer, Entscheider in Verwaltungen, Multiplikatoren in Vereinen und Verbänden, Schwimmmeister und Fachangestellte in Bädern sowie Lehrscheininhaber der DLRG. In zwölf Arbeitskreisen und Workshops bieten die Veranstalter Diskussionsforen unter anderen zu Fragen der Sicherheit und Unfallpro-

phylaxe in Schwimmunterricht und -ausbildung, der Wirkungen veränderter Bäderinfrastruktur auf die Schwimmausbildung, der Sicherheit im Urlaub und im Ausland.

Des weiteren befasst sich das Symposium mit der rationellen Organisation von Wasserflächen und Übungszeiten sowie Verwaltungserfordernissen und Möglichkeiten der Selbsthilfe sowie der organisatorischen und inhaltlichen Konsequenzen aus juristischen Fragen der Schwimmlehrsituation.

Das Schwimmsymposium steht unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Otto Schily. Die fachliche Leitung hat Kurt Wilke, Prof. em. der Deutschen Sporthochschule Köln. Interessenten wenden sich an die Bundesgeschäftsstelle der DLRG - Bildungswerk, Telefon: 05723/955430, Telefax: 05723/955429, per E-Mail: symposium@dlrg.de, Internet: www.dlrg.de.

SYMPOSIUM
„Schwimmen - im Spannungsfeld von Bewegung und Sicherheit“

15.03.-17.03.2001
BAD NENNDORF

- Lehrscheininhaber
- Übungsleiter
- Lehrer
- Trainer
- Schwimmmeister
- Fachangestellte in Bädern
- Entscheider in Verwaltungen
- Multiplikatoren in Vereinen und Verbänden

schwimmen
lernen, organisieren, sichern

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
Tel.: 057 23/9 55-430 - Fax: 057 23/9 55-429
E-Mail: symposium@dlrg.de - www.dlrg.de

302 Menschen ertrunken

Trotz des kalten und nassen Sommers sind in Deutschland bis Mitte August 302 Menschen ertrunken. Diese Zahl gab jetzt die DLRG bekannt. Unter den Opfern sind 40 Kinder im Alter bis zu zehn Jahren, 28 Kinder waren sogar noch im Vorschulalter, als sie ihr Leben verloren. Die Zwischenbilanz bestätigt damit die Statistiken der letzten Jahre, wonach kleine Kinder am häufigsten von allen Altersklassen vom Ertrinken bedroht sind.

Wie weiter mitgeteilt, ereigneten sich die meisten tödlichen Unfälle an unbewachten Badestellen oder beim Wassersport. Besonders groß sei das Risiko bei Männern. Von den 302 Ertrinkungsopfern waren 235 Männer. Die Hauptursachen seien Leichtsinn und das Überschätzen der eigenen Leistungsfähigkeit.

60 Ertrinkungsfälle ereigneten sich an Gewässern in den neuen Bundesländern, das ist jedes fünfte Opfer. In diesem Zusammenhang verweist die DLRG auf die ungenügende rettungsdienstliche Absicherung der Wassersportreviere in Ostdeutschland und die schlechte Grundversorgung der Bevölkerung mit Schwimmbädern.

Nach Auskunft der DLRG passieren die meisten tödlichen Unfälle von kleinen Kindern im häuslichen Umfeld. Um die Kleinsten und deren Eltern frühzeitig auf die Gefahren hinzuweisen, hat die DLRG in diesem Jahr eine Aufklärungskampagne in Zusammenarbeit mit den Kindergärten gestartet. Auf spielerische Art lernen sie die Baderegeln und Gefahren erkennen, die im und am Wasser lauern.

Kortisonhaltige Aerosole bei Rauchgasexposition

Empfehlung des Deutschen Feuerwehrverbandes

Die Anwendung von kortisonhaltigen Aerosolen bei Rauchgasexposition ist seit Mitte der 50er Jahre zur Routine geworden. Rationale Grundlage für diese Anwendung war die pharmakologische Vorstellung, dass die durch Inhalation von Rauchgasen verursachte toxische Reizung durch Kortikoide vermindert werden kann. Vielerorts wurden bei Feuerwehren und Rettungsdiensten Lagerbestände für Notfälle angelegt. Es wird auch gelegentlich beobachtet, dass bei Grossbränden mit enormem logistischem Aufwand Dosieraerosole zur Anwendung über z. T. größere Strecken herangeführt werden.

Dabei stellt sich zunehmend die Frage, inwieweit eine Vorhaltepflcht besteht, die bei möglichen Schädigungen von Patienten, die kein Dosieraerosol mit Kortikoiden erhalten haben, zu Schadenersatzansprüchen gegenüber Trägern des Rettungsdienstes wegen Organisationsverschulden führt. Aus diesen Gründen wurde vom Deutschen Feuerwehrverband (DFV) geprüft, ob bei Rauchgasinhalationen kortisonhaltige Aerosole einen sicheren Wirkungsnachweis ermöglichen.

Im Rahmen einer Analyse wurden 1.156 Literaturstellen überprüft und zusätzlich internationale Experten befragt. Als Ergebnis war festzustellen, dass es derzeit keine international publizierte Studie gibt, die mit hoher Evidenz nachweist, dass inhalative Kortikoide bei der Rauchgasinhalation und den dabei verursachten Symptomen wie Husten, Tränen, Luftnot, Lungenödem, Schwindel, Panik, Benommenheit, Bewusstseinsstörungen, Bewusstlosigkeit und Tod einen eindeutig positiven Effekt zeigen. Einige Experten sind allerdings der Auffassung, dass ein individueller ärztlicher Behand-

lungsversuch unter besonderen Umständen, wie z.B. eine akute lebensbedrohliche Situation, gerechtfertigt sein kann.

Der DFV gibt aus diesen Gründen zur Verwendung von kortikoidhaltigen Aerosolen bei Rauchgasexposition folgende Stellungnahme ab:

1. Ein gesicherter medizinischer Nachweis zur Wirksamkeit inhalativer Kortikoide bei Symptomen, die mit einer Rauchgasexposition der oberen und unteren Atemwege in Zusammenhang stehen, ist derzeit nicht verfügbar (Stand 1999).

2. Es kann deshalb kein Versäumnis oder eine Unterlassung sein, wenn Patienten mit Rauchgasexposition präklinisch nicht mit inhalativen Kortikoiden behandelt werden.

3. Vorrangiges Therapieziel bleibt die Rettung aus der Rauchgasatmosphäre und die symptomatische und wenn notwendig intensivmedizinische Behandlung von rauchgasexponierten Patienten (i.V.-Gabe von Kortikoiden).

4. Eine präklinische Behandlung mit inhalativen Kortikoiden ist als Behandlungsversuch zu werten und ist unter besonderen Umständen vertretbar.

*Prof. Dr. Peter Sefrin
Bundesfeuerwehrarzt*

Arbeitsgemeinschaft Fußballweltmeisterschaft 2006 gegründet

Die Organisation einer Großveranstaltung will langfristig geplant sein. Und wenn es sich dabei um ein

Ereignis wie die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland handelt, dann umso mehr.

An der Landesfeuerweherschule und Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr in Hamburg trafen sich Mitte September Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland (AGBF) zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft „WM 2006“. Hintergrund ist die Erarbeitung eines gemeinsamen Sicherheitskonzeptes für die Feuerwehren der möglichen Ausrichterstädte. Den Vorsitz der AG übernahm Branddirektor Ernst-Peter Döbbeling, BF Ludwigshafen.

Im Rahmen eines Meinungsaustausches, der in regelmäßigen Abständen weitergeführt wird, wurden folgende Ergebnisse festgehalten:

- Gegenüber dem Veranstalter der WM 2006 (DFB/FIFA) soll die AGBF als der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (Brandenschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz) fungieren.

- Zielsetzung der AG ist die Erstellung eines bundeseinheitlichen Sicherheitskonzeptes für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr bei der Durchführung der WM 2006. Die Festlegung des Sicherheitsniveaus erfolgt dabei unabhängig von den örtlich unterschiedlichen Voraussetzungen der möglichen Ausrichterstädte.

- Die Feuerwehr ist zur Realisierung des Sicherheitskonzeptes als Fachbehörde von den Genehmigungsbehörden der Ausrichterstädte im Zuge der Genehmigungsverfahren gutachterlich zu beteiligen.

- Es bestehen bereits Erfahrungen aus der Durchführung vergleichbarer Großveranstaltungen (Länderspiele/Bundesligaspiele). Diese regional bereits gebräuchlichen Standards sollen in Form einer Fragebogenaktion der Teilnehmer zusammengetragen werden.

- Erfahrungsberichte aus Frankreich bei der Durchführung der Europameisterschaft 2000 sollen unterstützend herangezogen werden.

- Auf Grund regional unterschiedlicher Strukturen fungieren die Feuerwehren der Ausrichterstädte bei Bedarf als Multiplikatoren für andere beteiligte Organisationen und Behörden.





„Lager Antonius 3“

Großübung Rettungshunde in Leutershausen

„Ihre Adresse vor der Katastrophe?“ lautet die erste Frage, die die Teilnehmer von „Antonius 3“ beantworten müssen, als es um ihre Anmeldung zur dritten Großübung Rettungshunde vom 6. bis 8. Oktober 2000 geht. Vor der Katastrophe? Na, die Katastrophe im Ernstfall, die ein Erdbeben sein kann, ein Hurrikan, Hochwasser, Schneesturm, Gasexplosion und... und...

Rund 250 Ehrenamtliche aus allen DRK-Landesverbänden, aus Luxemburg, Österreich, Slovenien und Südtirol sowie eine Gastmannschaft des Technischen Hilfswerks sind nach Leutershausen gekommen, um dabei zu sein und um zu zeigen, was ihre „Retter auf vier Pfoten“ drauf haben. Wie gut sie schnüffeln, klettern, sitzen, auf's Wort folgen und überhaupt alles können, um einen Menschen in misslicher Lage zu finden - in welchem Zustand auch immer. Allein 50 Helferinnen und Helfer sorgen für das leibliche Wohl der Gäste. Wen wundert's, man ist in Bayern, um genau zu sein in Mittelfranken.

Am Tag der Anreise zeigt sich der Oktober noch in all seiner Pracht. Leuchtende Farben rund um das Lager, beste Stimmung unter den Teilnehmern. Aber die ist am Tag der Übung auch nicht schlechter. Samstagmorgen nieselt es erst und später ändert sich das und es gießt in Strömen.

Die Teams müssen sich aufteilen, damit hier an Ort und Stelle die Zusammenarbeit in der Katastrophensituation geübt werden kann, wenn verschiedene Teams aufeinandertreffen und nicht viel Zeit zum Anpassen ist. Großer Hund mit kleinem Hund, Männlein mit Weiblein und gesehen hat man sich meist ja doch irgendwo schon mal.

Das Gelände ist bestens geeignet für die Grossübung. Eine Motorcross-Strecke, auf der auch Wertungsläufe für deutsche Meisterschaften durchgeführt werden. Wo die Mopeds hergefahren sind, wächst kein Gras mehr und der Re-

Bereit zu großen Taten: Mensch und Hund als Team.



gen tut das Übrige, damit man so richtig im Dreck waten kann.

Aber ... die Katastrophe sucht sich auch kein helfergerechtes Wetter aus. Niemand ist hier sauer und schon gar nicht die Hunde. Die sind so wild auf die Übungen, das man sie kaum bremsen kann. Die Großen nicht und die Kleinen schon gar nicht. Langweile gibt es nicht. 78 Hunde-Teams (Führer und Hund) haben sich angemeldet und stellen sich den Übungen Flächensuche, Geräteübungen, Erste Hilfe und Theorie.

Bei der Theorie gab es nicht so viel zu sehen, Erste-Hilfe-Übungen kennen wir auch zur Genüge. Nur



Schon einmal solche Rangabzeichen gesehen? (Fotos: Zimmermann)

als ein weissgeschminktes Opfer vorbeikam, hieß es: „Vorsicht, da kommt der Schock!“ So folgten wir den Pfoten durch das Gelände zu den praktischen Übungen. Wer kann das schon, auf vier Pfoten eine Leiter herauf- und auch wieder heruntersteigen. Auf ein Podest springen und mit allen Vieren oben bleiben. Stehen, sitzen, liegen und das alles natürlich auf's Wort.

Wie „Hundeflüsterer“ sahen einige der Hundeführer aus, wenn sie ihrem Tier die Aufgaben ins Ohr flüsterter oder einfach nur in die Richtung zeigten, in der sich das Geschehen abspielen sollte. Aber alle Tiere waren voll bei der Sache, trotz des nicht enden wollenden Regens. Durch eine Röhre zu kriechen ist ja schon normal und das kennt man so als Rettungshund, aber auf einzelnen Pflöcken zu gehen, ist für einen Vierbeiner schon sehr schwer und auch das mit der Wippe ist nicht so einfach, wie hund denkt.

Dann nach einem Tag im Regen das Fazit: Eine gelungene Übung und wir freuen uns schon auf das nächste mal. Wauh, wauh!!

Margitta Zimmermann

KFOR-General würdigt Engagement der Evangelischen Kirche und der Johanniter

Gemeinsamer Wiederaufbau im Kosovo

Mit einem feierlichen Zeremoniell konnte das gemeinsame Wiederaufbauprojekt der evangelischen Kirche, der deutschen KFOR-Soldaten und der Johanniter-Unfall-Hilfe an die Dorfgemeinschaft von Reshan Mahala im Kosovo übergeben werden. Gemeinsam überreichten der Ratsvorsitzende der EKD, Manfred Kock, Johanniter-Präsident Wilhelm Graf v. Schwerin und der Oberbefehlshaber der deutschen KFOR-Truppen, General Drews, einen symbolischen Schlüssel an den Rat der Dorfältesten.

Im Rahmen des Projektes entstanden innerhalb von fünf Monaten 14 Wohnhäuser und ein Dorfgemeinschaftshaus mit Ambulanz, Schulraum und Kindergarten. Bauingenieure einer so genannten CIMIC-Einheit (Civil Military Cooperation) der Bundeswehr übernahmen die Bauplanung und -leitung. Die Bauarbeiten wurden von den Dorfbewohnern selbst ausgeführt. „Wir geben Hilfe zur Selbsthilfe“, sagte Heinz Rinas von Johanniter International über die Arbeitsweise seiner Hilfsorganisation.

In dem 1.300 Meter hoch gelegenen Bergdorf leben 220 Erwachsene und 54 Kinder. Während des Krieges lag das Dorf mehrmals in der Hauptkampflinie. Damals wurden fast alle Häuser bis auf die Grundmauern zerstört. Das nächste Dorf mit Schule, Geschäften und einer Ambulanz liegt sieben Kilometer entfernt. Es gibt kein Telefon, keine Busstation, nur manchmal Strom.

General Drews erinnerte an die Ausgangssituation im Januar diesen Jahres. Zu diesem Zeitpunkt lebten die Menschen in den Ruinen ihrer Häuser. 20 Kinder litten an hohem

Fieber, das Vieh der Dorfbewohner war abgeschlachtet worden, der Ort selbst abgeschnitten von der Außenwelt. „Reshan Mahala war einer der am schwersten betroffenen Orte im Kosovo“, so der General. Der Wiederaufbau sei nicht nur ein Projekt der Versöhnung, sondern vielleicht ein beispielhaftes Modell für den gesamten Kosovo, meinte der deutsche Oberbefehlshaber.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Manfred Kock, appellierte an die Dorfbewohner, die Unterschiedlichkeit der Ethnien als Reichtum der Schöpfung anzunehmen. „Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Hautfarbe, Religion und Rasse“, sagte Kock. Mehr als 800.000 Mark konnte der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland in seinen Gemeinden sammeln. Damit sicherte er nicht nur den Wiederaufbau, sondern es konnten

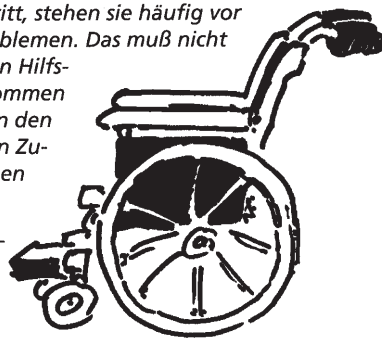
auch 22 Kühe und 66 Schafe gekauft werden. Ein erst kürzlich beschaffter Generator soll nun auch die Stromversorgung sicherstellen.

Ein Musterbeispiel für tatkräftige Hilfe nannte Johanniter-Präsident, Wilhelm Graf v. Schwerin, Reshan Mahala. „Ich freue mich mit Ihnen, dass das Dorf wieder als Ort zu erkennen ist“, so der Präsident. Der Dorfgeistliche Iman Bungu lobte das Engagement der Diakonie und der Johanniter. Im schwierigsten Moment hätten sie der Dorfgemeinschaft zur Seite gestanden. „Dafür sind wir Ihnen unendlich dankbar.“ Seinen besonderen Dank sprach er den deutschen KFOR-Soldaten aus, ohne deren Einsatz sie diesen Tag nicht hätten erleben können.



Alte Menschen sind oft völlig auf sich allein gestellt. Wenn der Pflegefall eintritt, stehen sie häufig vor scheinbar unlösbaren Problemen. Das muß nicht sein! Die Mobilen Sozialen Hilfsdienste der Johanniter kommen ins Haus, pflegen, machen den täglichen Haushalt, bieten Zuwendung und geben neuen Lebensmut.

Rufen Sie uns an. Die Rufnummer der Johanniter finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch.



DIE JOHANNITER





Der Sozialfachreferent

Management-Wissen mit qualifiziertem Abschluss

Von den Mitarbeitern in Wohlfahrtsorganisationen werden heute kaufmännische, juristische und organisatorische Fähigkeiten erwartet. Qualifizierte berufsbezogene Bildungsangebote sind allerdings rar. Die Malteser füllen diese Lücke mit der berufsbegleitenden Ausbildung zum Sozialfachreferenten (SFR).

Berufserfahrene Mitarbeiter sollen auf Führungsaufgaben im mittleren Management vorbereitet oder darin unterstützt werden. Das aktuelle Konzept der SFR-Ausbildung orientiert sich am Rahmenstoff- und Lernzielplan der Industrie- und Handelskammer (IHK) für den „Fachwirt für soziale Dienstleistungen“. Die Ausbildung vermittelt Kenntnisse und praktische Fähigkeiten in allgemeinem Management, Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik, Rechtskunde und in den besonderen Managementfragen einer Wohlfahrtsorganisation. Außerdem gehören die spezifischen Strukturen, Dienste und das Unternehmenskonzept der Malteser zum Curriculum.

Die Teilnehmer erhalten ein speziell konzipiertes Studienwerk und

werden von akademisch qualifizierten Dozenten unterrichtet. Als erfahrene Bezirks-, Diözesan- und Regionalgeschäftsführer oder Sachgebietsleiter der Malteser stellen diese eine solide theoretische und praxisbezogene Ausbildung sicher.

Der erste Ausbildungslehrgang startete erfolgreich im Mai 2000. Die gesamte Ausbildung umfasst in zwei Jahren ca. 630 Unterrichtsstunden in fünf Blöcken. Sie findet in der Malteser Kommende in Ehreshoven statt. Jeder Block beinhaltet zwölf Unterrichtstage und endet mit einer Zwischenprüfung. Die Ausbildung schließt mit einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung ab. Präzise Prüfungsrichtlinien sichern ein hohes Niveau des Abschlusses und eine transparente Prüfungspraxis. Erfolgreiche Teilnehmer erhalten ein Zeugnis und das Diplom zum Sozialfachreferenten (MHD).

Darüber hinaus können die Absolventen an einer Prüfung zum „Fachwirt für soziale Dienstleistungen“ vor der IHK Bonn/Rhein-Sieg teilnehmen. Absolventen früherer SFR-Jahrgänge können ebenfalls die Prüfung vor der IHK ablegen, sofern sie die notwendigen Zulassungsvor-

aussetzungen erfüllen. Seitens der Malteser Akademie wird für sie ein Intensivkurs zur Prüfungsvorbereitung erarbeitet.

Die Anmeldung für die SFR-Ausbildung erfolgt über die Diözesan- und Regionalgeschäftsstellen bei der Malteser Akademie.

Johanna Maurer-Weiler

Qualitätssteigerung durch mehr Praxis

Neue Ausbildungswege für Rettungsassistenten

Zehn Jahre Erfahrung in der Berufsausbildung zum Rettungsassistenten mit zur Zeit jährlich 130 bis 200 Absolventen in den Malteser Schulen und Ausbildungsstellen stehen für eine positive Qualitätsentwicklung des Malteser Rettungsdienstes. Wir haben viel erreicht, aber: Wohin geht unser Weg? Wie können wir mit unseren Malteser Strukturen diesen hohen Standard sichern und in Zukunft noch weiter ausbauen? Wie können Theorie und Praxis in der Berufsvorbereitung noch besser verbunden werden?

Unsere Vision: die Vernetzung zwischen den Schulen und den Rettungswachen im zweiten Ausbildungsjahr. Im Rahmen der aktuellen gesetzlichen Vorgaben lässt sich die Rettungsassistentenausbildung mit erheblich besserem Praxisbezug gestalten. Durch einen häufigeren Wechsel zwischen theoretischen und praktischen Ausbildungsabschnitten und eine Verlängerung der Ausbildungszeit auf ca. drei Jahre können die Auszubildenden schon nach drei Monaten die erforderlichen Praktika auf der Rettungswache als Rettungsassistenten unter Begleitung von erfahrenen Lehrrettungsassistenten absolvieren.

Die neuen Rettungsassistenten gewinnen durch die Praxiserfahrung einen erheblichen Bewerbungsvorteil bei anderen Einrichtungen, und die Dienststellen lernen ihr zukünftiges Personal im Einsatz kennen. So



Qualifizierte Dozenten stellen eine solide theoretische und praxisbezogene Ausbildung sicher.

Malteser Hilfsdienst

profitieren beide. Realisieren lässt sich dies ohne Zusatzkosten, wenn während dieser Zeit ein klassisches Ausbildungsentgelt gezahlt wird, dafür aber die Dienststellen die Schulkosten übernehmen.

Die Ausbildung kann durch Zusatzqualifikationen ausgebaut werden. Das breite Fortbildungsangebot der Malteser Schulen und die Elemente unseres Qualitätsmanagementsystems ermöglichen eine systematische Personalentwicklung und eine kontinuierliche Verbesserung unserer Qualitätsstandards. Professionelle Aus- und Fortbildung, Führungsqualität der Rettungswachenleiter und Motivation aller Mitarbeiter sind die Garanten für die stetig wachsende Qualität des Malteser Rettungsdienstes – die Schulen leisten dazu ihren Beitrag.

Norbert Klöcker

Love Parade 2000 Malteser helfen bei größter Jugend-Party

Mit über 800 Einsatzkräften und 40 Ärzten haben die Berliner Malteser bei der Love Parade in der Bundeshauptstadt zum neunten Mal die sanitätsdienstliche Versorgung der rund eine Million Besucher sichergestellt. Unterstützt wurden sie dabei von 400 Maltesern aus dem ganzen Bundesgebiet sowie 200 Johannitern und drei Rettungsboot-Mannschaften der DLRG.

Von den bunten Umzugswagen, die sich mühsam einen Weg durch die zuckende Menge bahnen, donnern dezibel-schwere Rhythmen über die Massen hinweg. Während die allgegenwärtigen Fernsehkameras nur tanzende, begeisterte und ekstatische Raver ins Visier nehmen, zeigt sich wenige Meter abseits ein ganz anderes Bild von der Massenveranstaltung: Am Rande des „Großen Sterns“ herrscht Hochbetrieb in der Zeltoase der Malteser. Hier landen alle, deren Körper vor lauter Spaß und Tanz nicht mehr mithalten: Erschöpfte, Alkoholisierte, Blutende und Verletzte mit gebro-



Neben der Versorgung Verletzter und Erschöpfter kümmern sich die Malteser auch um die Medienvertreter.

chenen Armen oder verstauchten Gelenken.

Der Lohmarer Joachim Langen (36), der die Einsatzdienste der Malteser an Rhein und Sieg leitet, hat mit seiner Schar mehrere Zelte am „Faulen See“ aufgeschlagen, wenige Schritte von der Straße des 17. Juni entfernt, wo hunderttausend Raver in Richtung Siegestraße drängen. Routiniert bereiten Langen und seine Mannschaft den „Großkampftag“ vor. Ein Zelt ist für die Sichtung der hereinkommenden Patienten reserviert, ein weiteres kann als Intensivstation genutzt werden. Ein drittes Zelt wird später die „Alkoholleichen“ aufnehmen. In der Sanitätsstation geht es zu wie in der Fernsehserie „Emergency Room“: Sanitäter und Ärzte rotieren, pöppeln vom Tanzen erschöpfte Raver mit Kochsalz-Infusionen auf und betten Zeitgenossen, die sich mit Alkohol übel zugerichtet haben, zur Ausnüchterung unter Aufsicht. Andere Helfer kleben Pflaster auf zerschundene Fußsohlen, kühlen Prellungen und Beulen oder leisten denen Zuprspruch, die das Gedränge der Menschenmassen in Panik versetzt hat. Insgesamt werden es am Ende des Tages über 2.300 Hilfeleistungen sein.

In der Nacht legt sich bleierne Schwere über die Malteserhelfer. Laura Planko (24), Rettungssanitäterin aus Bad Honnef, weiß nicht mehr, wie oft sie heute mit der Trage in die Menschenmenge gestürzt ist: „Bei 20 haben wir aufgehört, zu

zählen“. Auch James Zerbel, Zugführer bei den Berliner Maltesern und Stationsleiter am Großen Stern, und seine 21-köpfige Mannschaft sind froh, als sie am frühen Sonntagmorgen die Zelte zusammenpacken können. Neben Hunderten Verletzter und Erschöpfter hatten sie zusätzlich einen Schwarm fragender, fotografierender und filmender Journalisten mit freundlichen Mienen zu „versorgen“ gehabt. Denn das diesjährige Angebot eines Pressezeltes hatte Journalisten von ARD bis RTL in die Altonaer Straße gezogen – sie freuten sich nicht nur über den angebotenen Kaffee und die Ruhe im Pressezelt, sondern auch über die professionelle Pressebetreuung der Malteser.

In der Zentralen Einsatzleitung der Berliner Malteser kommt man zu ernüchternden Erkenntnissen: Alkohol- und Drogenkonsum haben bei der diesjährigen Love Parade in erschreckendem Maße zugenommen. Einsatzleiter Ansgar Köhler, der seit neun Jahren die Verantwortung für diesen Großeinsatz hat, ist die Betrübnis darüber anzumerken. Auch dem ein oder anderen Sanitäter, der zurück in die Leitstelle kommt, hat das die Freude an dem spektakulären Großeinsatz genommen. Das Pärchen, das sich mit Handschellen aneinander gefesselt und die Schlüssel dazu verloren hatte, blieb in den Anekdoten leider eine der harmlosen Ausnahmen.

Andreas Archut





Synergiemanagement im Katastrophenschutz

Von Klaus-Dieter Kühn, Braunschweig

Fortsetzung aus Heft 3/2000

Übertragen auf die Problematik der Katastrophenvorsorge tragen Synergieeffekte dazu bei, die Schutzeffizienz, die Schutzintensität und die Schutzleistung spürbar zu verbessern. Allein durch Kostensenkungen wäre günstigenfalls eine Beibehaltung des Schutzniveaus zu erreichen. Vor allem durch eine lernorientierte Selbstorganisation und höhere Autonomie können Qualität und Flexibilität des Schutzes erhöht und die notwendigen Prozesse in ihrer Komplexität deutlich reduziert und besser aufeinander abgestimmt werden.

2.2 Gefahrenmanagement im Netzwerk

Ein integrativer Ansatz zur Vernetzung von Schutzpotentialen muß gewährleisten, daß jeder Aufgabenträger in seinen jeweiligen Strukturen die eigenen Stärken und Fähigkeiten entfalten kann. Ziel des integrierten Gefahrenmanagements ist es des-

halb nicht, die innerhalb der beteiligten Organisationen plural entstandenen Strukturen etwa ändern zu wollen. Vielmehr sollen diese im Sinne des Schutzauftrages weitgehend autonom in ihren Strukturen operieren können. Voraussetzung für einen integrativen Verbund mit weiteren Aufgabenträgern im Sinne agiler Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen ist jedoch die einheitliche Gestaltung der Schnittstellen in allen vertikalen und horizontalen Koordinations- und Kooperationsebenen. Autonomie in diesem Sinne bedeutet, auf der operativen Ebene in weitgehend dezentralen Strukturen Eigenverantwortlichkeit und Selbstregulierungsfähigkeiten zu erhalten und nach dem Prinzip kleiner schneller Regelkreise Gefahrenlagen dynamisch zu beherrschen.

Kern eines vernetzten Gefahrenmanagements ist die Gestaltung des kommunikativen und informationstechnischen Netzwerks sowie die

Standardisierung von Entscheidungs- und Anforderungswegen. Bild 3 gibt Möglichkeiten einer lokalen Vernetzung zentraler und dezentraler Ebenen des Gefahrenmanagements wieder. Das Prinzip des integrierten Gefahrenmanagements geht davon aus, daß sich alle öffentlichen und privaten Schutzressourcen entsprechend der Entwicklung einer Gefahrenlage lagebezogen modular strukturieren und vernetzen lassen. Eingesetzte Module verschiedener Organisationen werden über eine integrierte Führungskomponente örtlich geführt. Die jeweilige Führungskomponente besteht aus einer einheitlichen mobilen Basiskomponente für Technik und Kommunikation mit entsprechendem Betriebspersonal. Das Führungsschema bestimmt sich nach den eingesetzten Organisationsmodulen. Die örtliche Führung (z. B. Technische Einsatzleitung oder Abschnittsführungsstelle) kann dabei auch komplett von einer Organisation (z. B. Feuerwehr, THW, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr) betrieben werden, wenn nur Einsatzkräfte der jeweiligen Organisation in dem Einsatzabschnitt eingesetzt sind. Sowohl auf der Ebene der örtlichen Einsatzleitung als auch auf der Ebene der zentralen Katastrophenschutzleitung sollten keine starren personellen Zusammensetzungen, sondern lediglich funktionale Rahmenfestlegungen erfolgen, um das zentrale bzw. dezentrale Gefahrenmanagement ebenfalls flexibel und modular aufwuchsfähig gestalten zu können.

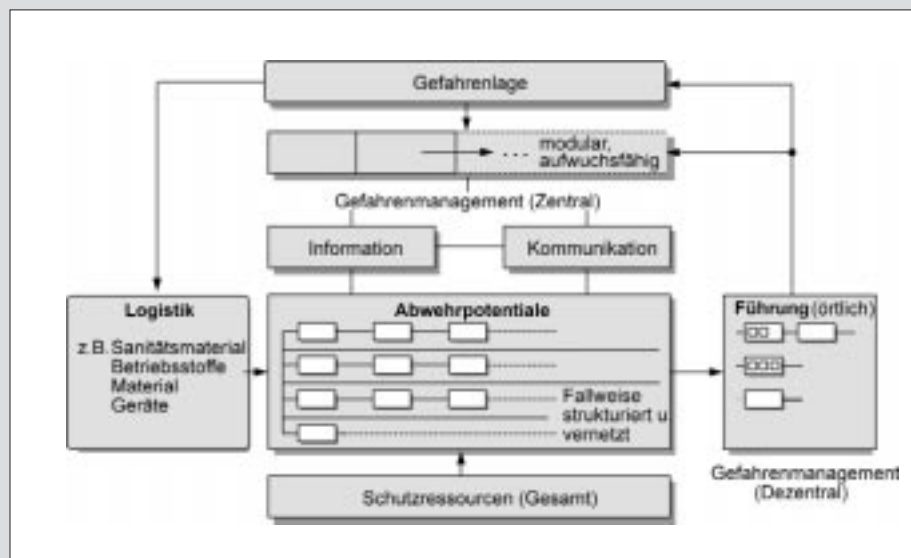


Bild 3:
Integriertes
Hilfeleistungssystem
(Gefahren-
management
im Netzwerk
aufwuchsfähig)



2.3 Bürgerschaftliche Selbsthilfepotentiale

Bei Unglücksfällen und Katastrophen ist die Selbsthilfe der Betroffenen häufig der erste und entscheidende Aspekt im gesamten Hilfeleistungsnetzwerk. Sie rettet Menschenleben, bevor institutionalisierte öffentliche oder gemeinnützige Hilfe wirksam werden kann.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe setzen Informationen, Kenntnisse und Fähigkeiten zur effizienten Hilfeleistung voraus. Die Verantwortung für deren Vermittlung liegt bei den Gemeinden. Grundsätzlich muß heute das Leistungsspektrum der Selbsthilfe durch Privathaushalte und andere gesellschaftliche Gruppen (Bürger), öffentliche Verwaltung (Behörden) und Wirtschaft (Betriebe) in einem erheblich erweiterten Rahmen gesehen werden. Zum Beispiel in der Unterstützung von Betreuungs- und Logistikleistungen, Beobachtungs- und Meldefunktionen, Evakuierungsmaßnahmen und psychosozialer Betreuungsaufgaben.

Denkbar wäre es beispielsweise, örtliche Anlauf- und Leitstellen für Selbsthilfeangebote aus der Bevölkerung einzurichten, um diese nach Sichtung dort dezentral von der Katastrophenschutzleitung abrufen und einsetzen zu können. Damit gelänge es auch, die Einsatzstäbe von zeitraubenden Tätigkeitsfeldern außerhalb des eigentlichen Gefahrenmanagements zu entlasten.

Grundsätzlich böten die Aufgaben im Katastrophenschutz von ihrem ehrenamtlichen Ansatz und dem Selbstverständnis der mitwirkenden Organisationen her offene Strukturen zur synergetischen Nutzung von Ressourcen und Potentialen engagierter Menschen. Das Verständnis der „Profis“, stellvertretend für die Betroffenen zu handeln, sei jedoch zu erweitern in Richtung einer Akzeptanz und Partizipation aller Beteiligten. Professionelle Aufgaben sind zunehmend fokussiert auf die Anleitung, Vermittlung und Moderation in einem sich dynamisch wandelnden Gefahrenmanagement in immer komplexer werdenden Netzwerken. Für bürgerschaftliche Hilfe und Selbsthilfe-

gruppen ergäben sich hierin neue Aufgabenfelder und Formen der Kooperation.

2.4 Privatwirtschaft

Es ist anzuerkennen, daß die Schutzvorkehrungen insbesondere in großen Wirtschaftsunternehmen in Deutschland inzwischen einen hohen Standard erreicht haben. Im Rahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes investieren Unternehmen in nicht unerheblichen Umfang in den Schutz von Mensch und Umwelt. Allerdings bestehen zunehmend Tendenzen, im Zuge von Kostensenkungsprogrammen z. B. die eigenen Werkfeuerwehren aufzulösen bzw. diese Schutzpotentiale im Wege des Outsourcing zu substituieren. Dadurch würden jedoch die mit dem Betrieb vertrauten und mit industriespezifischen Detailkenntnissen versehenen Experten fehlen. Statistische Angaben zu den Aufwendungen der Wirtschaft insgesamt existieren nicht. Die bestehenden Ansätze für einen betrieblichen Katastrophenschutz in Deutschland erläutert Vogelbusch (1999) in einer Loseblattsammlung zum Katastrophenschutz in Arbeitsstätten. Diese gibt u. a. Vorschriften, Empfehlungen und Richtlinien zum Selbstschutz und betriebseigenem Katastrophenschutz auf regionaler und Länderebene wider.

3. Zusammenfassung

Mangelnde Vernetzung von Teilsystemen der Gefahrenabwehr und -vorsorge, fehlende Steuerungsinstanzen und eine häufig zu geringe Methodenkompetenz erschweren heute an den Schnittstellen öffentlicher, betrieblicher und privater Gefahrenabwehr und -vorsorge strategische Kooperationen im Sinne einer Nutzensynergie.

Zu fordern ist deshalb eine Abkehr vom bisherigen hierarchischen Führungsansatz hin zur Entwicklung eines synergetischen Führungsansatzes (Synergiemanagement). Dabei soll insbesondere die Kombination von Selbst- und Fremdsteuerungs(-organisations)-Prozessen das integrierte Zusammenwirken von Schutzressourcen erreichen. Über externe Allianzen,

z. B. Kooperationen mit Ressourcen der Wirtschaft (Betriebe), der Versicherungswirtschaft, privaten Selbsthilfekapazitäten sowie mit Wissenschaft und Forschung können so beispielsweise vielfältige betriebs- bzw. technologiespezifische Detailkenntnisse mit dem Szenariodenken professioneller Aufgabenträger der öffentlichen Gefahrenabwehr verknüpft und in das Riskmanagement eingebracht werden. Grundelemente eines solchen sich partiell selbst organisierenden (lernenden) Systems sind Dezentralisierung und hohe Entscheidungsautonomie.

Der Erfolg synergetischer Führung basiert im wesentlichen darauf, daß durch die Kombination intelligenter Fremd- und dezentraler Selbststeuerung sich das Katastrophenmanagement agil und flexibel auf sich rasch verändernde und komplexe Gefahrenlagen einstellen und besser vernetzt und integriert werden kann (Komplexitätsreduktion). Entscheidender Vorteil des Synergiemanagements ist seine Prozeßorientierung. Diese führt über die Formen der autonomen Selbstorganisation(-steuerung) in Bezug auf Motivation und Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln, zu erheblichem Gewinnen in der Schutzleistung und -qualität und damit auch im katastrophenrelevanten Faktor Zeit.

Literatur:

- Kühn, K.-D. (2000): Synergieeffekte durch Kooperation zwischen öffentlicher, betrieblicher und privater Gefahrenabwehr und -vorsorge: Vorstudie im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung e. V.
- Lass, W., Reusswig, F., Kühn, K.-D. (1998): Katastrophenanfälligkeit und „Nachhaltige Entwicklung“. Ein Indikatorensystem für Deutschland. Pilotstudie. Bonn. Deutsche IDNDR-Reihe, Bd. 14
- Beyer, T. (1998): Synergiemanagement - ein marktorientierter Gesamtansatz zur Unternehmensführung. Internet: <<http://nobile.wirtschaft.tu-ilmenu.de/~eckardt/uf/synergiemanagement.html>>
- Schuh, G., Wiendahl, H. P. (Hrsg.) (1997): Komplexität und Agilität. Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York
- Dally, A. (Hrsg.) (1998): Wachsende Katastrophengefahren - Was tun? Loccumer Protokolle 57/95
- Umweltbundesamt (1998): Nachhaltiges Deutschland. 2. Durchge. Auflage. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Deutscher Bundestag (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages. Bonn: Dt. Bundestag.
- Reusswig, F.; Kühn, K.-D. (1999): Aufbau von institutionen- und fachübergreifenden Netzwerken/Zentren im Bereich der Katastrophenvorsorge: Vorstudie im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung e. V.
- Vogelbusch, F. (1999): Katastrophenschutz in Arbeitsstätten, ecomed, Band 1-3

Probealarm in Österreich

Am Samstag, 7. Oktober 2000, fand in Österreich ein Zivilschutz-Probealarm statt. Die Überprüfung der technischen Einrichtungen des Warn- und Alarmsystems war nicht der alleinige Zweck des Zivilschutz-Probealarms. Vorrangiges Ziel sei, so der österreichische Zivilschutzpräsident Gaal, dass der Bevölkerung die Zivilschutzsignale in Fleisch und Blut übergehen.

„Man muß sie sozusagen im Schlaf kennen, denn nur dann merke ich als Bürger erst, dass überhaupt Gefahr droht“, so Gaal, der gleichzeitig an die Öffentlichkeit appellierte, dass neben der Kenntnis der Zivilschutz-Signale auch Wissen über die Lebensmittelbevorratung und über Schutzmaßnahmen in den eigenen vier Wänden unerlässlich sei.

Über das Selbstschutzbewußtsein der Österreicher macht sich Gaal allerdings Sorgen, denn es werde dem unbedachten Spruch „Es wird schon nichts passieren!“ nach wie vor Gehör geschenkt. Gaal: „So verwundert es nicht, daß sich die Bürger immer noch zu wenig über Schutzmaßnahmen informieren und das wichtigste Zivilschutzgebot ‚Wissen ist Schutz‘ praktisch nicht beherzigen. Es bedeutet aber, im Ernstfall Leben retten können. Denn nur wer weiß, wie man sich bei einem Katastrophenfall wie einem zivilen Reaktorunfall richtig verhält, kann sich selbst und seine Mitmenschen schützen.“

„Es lohnt sich für jeden einzelnen von uns, sich wirksam zu schützen“, mahnt Gaal anlässlich des Probealarms die Bevölkerung zur Eigeninitiative und zu einem Geist persönlicher Verantwortung und Solidarität, wenn es um Unfälle, Katastrophen, aber auch die „kleinen Gefahren“ des Alltags geht.

Der Präsident betonte, dass Zivilschutz ein Recht und eine Pflicht, eine Bring- und Hol-

schuld zugleich, ist: „Der Staat muß in Fragen des Zivilschutzes alle Vorkehrungen und Maßnahmen treffen, die für den Bürger maximale Sicherheit gewährleisten. Allerdings muß das Selbstschutzwissen von jedem selbst erworben werden, aber das ist es doch tausendmal wert!“

Schweizer Feuerwehren für sichere Tunnel

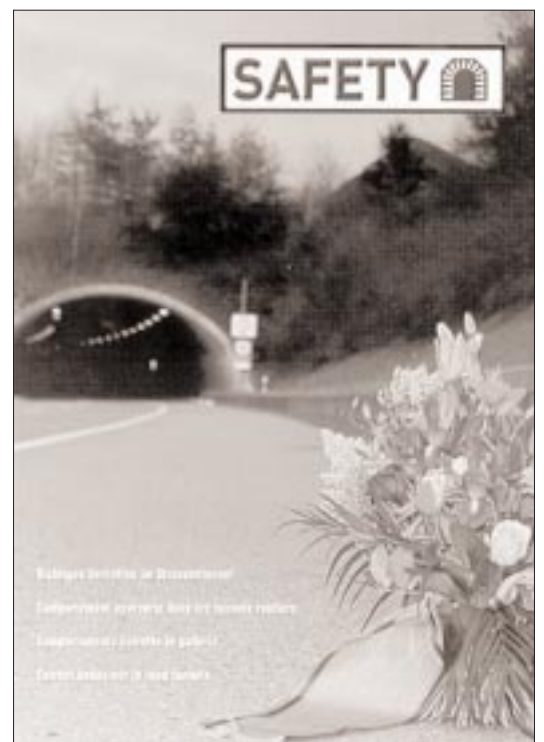
Ob Schiene oder Strasse - wenn es im Tunnel zu einem Unfall kommt, sind die Auswirkungen oftmals schlimmer und der Einsatz der Rettungskräfte bedeutend schwieriger als auf offener Strecke. Ob Tauern- oder Mont-Blanc-Tunnel: Die Bilder sind noch in Erinnerung - auch jene der machtlosen Feuerwehrleute, die auf Grund der Gegebenheiten nur kaum oder sehr erschwert eingreifen konnten.

Der Schweizerische Feuerwehrverband fordert nun gezielte Massnahmen, damit die

Sicherheit der Benutzer von Tunnels und der Rettungskräfte gewährleistet werden kann. Die Forderungen richten sich sowohl an die Politik, welche als Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen zu verabschieden und durchzusetzen hat, als auch an die Betreiber und Erbauer von Tunnels.

Die Forderungen der Feuerwehren zielen in drei Richtungen: Baulich müssen Tunnel so konzipiert sein, dass sich Benutzer im Ernstfall schnell selbst in Sicherheit bringen können. Nur so haben sie reelle Überlebenschancen. Konkret sollen in allen neuen Tunnels im Abstand von maximal 300 Metern Fluchtmöglichkeiten erstellt werden. Tunnel sollen aber auch so gebaut werden, dass sie vorbeugend gegen Brände oder die Ausbreitung von Bränden wirken. Zum Forderungskatalog der Feuerwehren im Bereich der Sicherheits- und brandschutztechnische Anlagen gehören deshalb hitzebeständige Lüftungseinrichtungen, ausreichende Notbeleuchtungen und leistungsfähige Wasserversorgungen. Zum Brandschutz beitragen soll auch die Einbindung der

In vier Sprachen - deutsch, italienisch, englisch und französisch - informiert das vom Schweizer Verkehrssicherheitsrat herausgegebene Merkblatt über das richtige Verhalten im Tunnel.



So verhalten Sie sich richtig im Tunnel

Allgemeines

- Abblendlicht einschalten
- Abstand halten
- Radio einschalten
- signalisierte Frequenz einstellen

Verhalten bei Stau

- seitwärts anhalten
- sofort Motor abstellen
- Fahrzeug nicht verlassen
- Radio einschalten

Verhalten bei Brand

- seitwärts anhalten
- sofort Motor abstellen
- unverzüglich das Fahrzeug verlassen und sich rasch vom Ereignis entfernen

Verantwortlichen der Einsatzkräfte in die Planung und Erstellungsphase und die Information der Benutzer über das richtige Verhalten im Ernstfall.

Schliesslich, so fordert die Resolution des SFV, ist sicherzustellen, dass die Einsatzkräfte im Ernstfall ihren Auftrag auch zu erfüllen vermögen. Dies, indem sie über ausreichende Bestände und die notwendigen Spezialausrüstungen wie Fahrzeuge, Atemschutzsysteme, Kommunikations- und Beleuchtungsmittel verfügen.

SFV-Präsident Walter Egger formulierte es so: „Es ist absolut unabdingbar, dass Rahmenbedingungen herrschen, die es den Einsatzkräften ermöglichen, im Ernstfall rasch und optimal einzugreifen. Wir fordern in dieser Resolution klar und unmissverständlich gezielte Massnahmen, damit sowohl die Sicherheit der Tunnelbenutzer als auch die Sicherheit der Einsatzkräfte im Ernstfall gewährleistet wird. Die Feuerwehren sind bereit, akzeptable Risiken einzugehen - das gehört zu unserem Job, den wir im Dienste aller gerne tun. Aber Risiken müssen minimiert werden.“

Grenzenlose Hilfe

30.000 Mal sind die fliegenden Ärzte aus dem Kreis Aachen seit Inbetriebnahme des Rettungshubschraubers im August 1974 ausgerückt. Seit der Übernahme der Station durch den ADAC von der Bundeswehr im März 1998 hat „Christoph Europa 1“ auch immer wieder Einsätze in den Nachbarländern Belgien und Niederlande geflogen.

Das grenzüberschreitende Zusammenspiel der beteiligten Rettungsdienste soll im Rahmen des Modellprojektes EUCREW künftig noch stärker trainiert werden. Leitstellenmitarbeiter, Ärzte, Rettungsassistenten, Krankenwagenfahrer und Piloten aus den drei beteiligten Ländern machen sich dabei in Schulungen mit den nationalen Besonderheiten ihrer Kollegen aus den Nachbarländern vertraut. Zum Schulungsprogramm gehören Sprachkurse, Lehrgänge über die verschiedenen nationalen Rettungssysteme, Notfallmedizin, Organisation und Flugbetrieb.

Die Lehrinhalte orientieren sich dabei stark an der Praxis aller drei beteiligten Länder. Eine Besonderheit ist die Ausbildung von Luftrettungsassistenten für den Einsatz an Bord von Hubschraubern. Für die Alarmierung der Retter und das medizinische Vorgehen bestehen bereits einheitliche Verfahren, die die zuständigen Leitstellen gemeinsam erarbeitet haben.

In diesem Jahr sind noch fünf EUCREW-Schulungen mit rund 300 Teilnehmern geplant. Organisation und Durchführung liegen in den Händen einer internationalen Arbeitsgruppe.

Wenn der TÜV abläuft ...

Ein eher zufälliger Blick auf die TÜV-Plakette erinnert an

die alle zwei Jahre fällige Hauptuntersuchung. Doch der Besitzer des Wagens lässt sich noch zwei Monate Zeit. Beim TÜV erwartet ihn dann eine unangenehme Überraschung: 30 Mark Verwarnungsgeld sind fällig und die neue Plakette wird zurückdatiert auf den Fälligkeitstermin.

Seit Dezember '99 ist die neue Verordnung schon in Kraft, und dennoch nicht allgemein bekannt. Die Prüfplakette wird demnach nicht mehr zwei Monate nach dem Fälligkeitstermin ungültig, sondern direkt nach Ablauf des auf der Plakette angegebenen Monats.

Die beim TÜV festgestellten Mängel müssen außerdem nicht wie bisher innerhalb von zwei, sondern innerhalb eines

Terminsache

Bis zum 31. Dezember 2000 müssen alle Kraftfahrer, die bis zum 31. 12. 1998 die Führerscheinklasse 2 (alt) erworben und bis 31. 12. 1999 das 50. Lebensjahr vollendet haben, gemäß der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) vom 18. 08. 1998 ihren Führerschein bei der Straßenverkehrsbehörde auf die neue Klasse C bzw. CE umschreiben lassen. Nur dann dürfen die entsprechenden Fahrzeuge auch ab 01. 01. 2001 weiter gefahren werden.

Dieser Termin gilt auch für die Helfer des Katastrophenschutzes, die als Kraftfahrer an den vom Bund zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeugen vorgesehen sind und im Besitz der dafür erforderlichen Fahrerlaubnis der Klasse 2 sind.

Folgende Unterlagen sind für die Umschreibung erforderlich: bisheriger Führerschein, Lichtbild im Halbprofil, Personalausweis und zusätzlich ein Nachweis über eine ärztliche Untersuchung und einen Sehtest.

High-tech für junge Retter

Ein neues Kleinlöschfahrzeug (KLF) konnte die Löschgruppe Louisenlund (Schleswig-Holstein) übernehmen. An sich kein besonders bemerkenswerter Vorgang. Wenn es sich hierbei nicht um eine Internatsfeuerwehr handeln würde. Die Löschgruppe im Internat wurde vor über 45 Jahren gegründet und ist heute dank einer Sondergenehmigung eine Einheit, in der Schülerinnen und Schüler bereits ab dem 16. Lebensjahr aktiv an Einsätzen im ganzen Amtsgebiet teilnehmen.

Initiiert wurde die Spende anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Internatsschule im vergangenen Jahr vom Alt-Louisenlunder Bund. „Es ist die Rettung für die Retter, denn die alten Fahrzeuge machen kein weiteres Jahr mehr mit“, sagte Felix Kühn, Mitglied im Vorstand der Alt-Schülervereinigung.

Kühn sieht den Wert der Unterstützung nicht nur in der verbesserten Einsatzbereitschaft, sondern auch in der Attraktivitätssteigerung dieser Freizeitbeschäftigung: „Gerade junge Menschen müssen für ein Ehrenamt begeistert werden, um von Anfang an auf dem richtigen Weg zu sein.“

Mit dem Fahrzeug haben die jungen Aktiven der Lösch-

Die Wissenschaftler des IGB warnen, dass bei einem Kollaps der Selbstregulation des Spree-Ökosystems die Wasserqualität auch in den Berliner Spreegewässern bedroht sein könnte, da sich dann Planktonalgen, insbesondere die gesundheitsschädliche Gruppe der Blaualgen, massiv vermehren könnten. An den Ufern der Berliner Spreegewässer gewinnt die Hauptstadt drei Viertel ihres Trinkwassers. „Der in den Blaualgen enthaltene Giftstoff ‚Microcystin‘ wurde in den Berliner Trinkwasserbrunnen bereits nachgewiesen, wenn auch in geringen Konzentrationen“, erläutert IGB-Wissenschaftler Martin Pusch.

Eine Lösungsmöglichkeit besteht in einem baldigen naturnahen Rückbau (Renaturierung) des Flussbetts der Spree. Die IGB prognostiziert, dass nach einer Verkleinerung des Gewässerquerschnitts und einer Wiederbelebung der ehemals abgetrennten Flussschleifen (Mäander) die Fließgeschwindigkeit und der Sauerstoffgehalt des Spreewassers auch bei geringer Wasserführung akzeptable Werte erreichen würde. Gleichzeitig würde das im Winter reichlicher vorhandene Wasser in renaturierten Auen besser bis in den Sommer gespeichert werden. Für insgesamt 50 Flusskilometer der Spree existieren bereits Vorplanungen für eine Renaturierung.

Monats beseitigt und der Wagen erneut vorgeführt werden.

Für die Halter aller Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen gibt es eine weitere Neuerung: Die Hauptuntersuchung für Wohnmobile und Kleinlaster dieser Gewichtsklasse wird nun jährlich fällig.

Für alle Fahrzeuge herrscht darüber hinaus Aufbewahrungspflicht des Original-Prüfberichtes bis zur nächsten Prüfung. Plakettenfälschern will man so besser auf die Schliche kommen.

Fast 13 Millionen Fahrzeuge mit technischen Mängeln waren im vergangenen Jahr auf deutschen Straßen unterwegs. 3,4 Millionen sogar mit schweren, sicherheitsgefährdenden Mängeln und mehr als 18.000 Fahrzeuge galten als verkehrsunsicher. Die neue Verordnung soll nun für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen. (DVR-Infodienst)

Gefahr für Berlins Trinkwasser?

Der Spree in Berlin droht der Kollaps. An einigen Stellen ist der Fluss im Sommer bereits zum Stillstand gekommen, ganze Gewässerabschnitte sind von Flussfischen verlassen, Muschelbänke ersticken im Schlamm, Wasserinsekten fehlt Sauerstoff und Strömung, Auen trocknen aus.

Ursache ist ein künstlicher Wasserabfluss. Denn mit dem Wasser der Spree und anderer Flüsse wird zur Zeit der inzwischen stillgelegte und bis zu 120 Meter tiefe Braunkohletagebau aus DDR-Zeiten in der Lausitz in Brandenburg und Sachsen zu Freizeitseen aufgefüllt. Die Folgen für das Spree-Ökosystem haben Wissenschaftler des Berliner Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) untersucht und jetzt Alarm geschlagen, aber auch Wege aus der Krise aufgezeigt.



Das neue Fahrzeug ist der ganze Stolz der Internatsfeuerwehr Louisenlund.

gruppe Louisenlund ein Werkzeug in den Händen, das der rasanten technischen Entwicklung standhält und zudem bereits jetzt größtmöglichen Schutz für die Einsatzkräfte und das Internat mit seinen Lehrern und Schülerinnen bietet. Das Fahrzeug wird in den nächsten Wochen von den Mitgliedern der Löschgruppe den Anforderungen entsprechend angepasst und vollständig ausgebaut.

Rauchmelder retten Leben

Allein 1999 wurden die Feuerwehren der Landeshauptstadt München zu 1.991 Bränden gerufen. Grund genug für Oberbürgermeister Christian Ude, Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle und Oberbranddirektor Dipl.-Ing. Günther Hölzl, eine Broschüre herauszugeben, welche die dringende Notwendigkeit von Rauchmeldern herausstreicht. Schließlich sind bei besagten Bränden 223 Personen verletzt worden, neun mußten den Kampf gegen Feuer oder Rauch sogar mit dem Leben bezahlen.

Die zwölfseitige Broschüre im praktischen Format DIN A 5 zeigt die oft unterschätzte Gefährlichkeit von Brandrauch auf.

Schutz im Kampf gegen die Gefährdung durch Brandrauch sind Rauchmelder. Deren Funktion wird kurz und knapp beschrieben. Die Verhaltensregeln bei einem Brand werden ebenfalls klar und deutlich dargestellt.

Für weitere Fragen steht der Beratungsservice der Berufsfeuerwehr München zur Verfügung. Die Telefonnummern und Anschriften der Wachen haben ebenfalls Eingang in die Broschüre gefunden. Das kleine Heft, das Leben retten kann, ist in mehreren Sprachen, unter anderem in Türkisch und Griechisch, erschienen.

Ständige Konferenz stets aktuell



Am 23. Oktober 2000 fand die 6. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz in Köln statt. In Vertretung von Dr. Burger lag die Leitung in den Händen des Stellvertretenden ASB-Bundesvorsitzenden Röhrig. Zunächst wurde die eindrucksvolle Ausstellung „Hochwasser“ in der Deutzer Brücke begutachtet, die von der Kölner Hochwasserschutzzentrale konzipiert ist. Stilecht auf Sandsäcken sitzend (Foto), konnten die Teilnehmer hier Ausführungen zum Hochwasserkonzept der Rheinmetropole folgen. Danach berichteten die Leiter der Projektarbeitsgruppe „Chemisch-biologische Gefahren“ und „Harmonisierung“, Dr. med. Schulze und Oberregierungsrat Mitschke, aus ihrer Arbeit. Schließlich wurde noch eine neue Projektarbeitsgruppe „Zukunft des Freiwilligensystems“ im Zivil- und Katastrophenschutz ins Leben gerufen. Als deren Leiter konnte Dr. Schöttler gewonnen werden. (Foto: Roth)

Gemeinsame Übung

Am 6. und 7. Oktober 2000 fand eine gemeinsame Übung der Umweltfeuerwehr des Landkreises Northeim und des THW-Ortsverbandes Northeim statt. Nachdem beide Organisationen schon des öfteren zusammen geübt hatten und das THW die Feuerwehr auch schon im Einsatz unterstützte, war dies die erste gemeinsame Übung dieser Größenordnung. Verstärkt wurde das THW dabei durch die Fachgruppe Ortung des THW Osterode mit einer Rettungshundestaffel, die Fachgruppe Räumen des THW Clausthal-Zellerfeld und die Fachgruppe Logistik des THW Gieboldehausen.

Auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr in Holzminden fand am Abend eine Gewöhnungsübung für alle Atemschutzgeräteträger mit gemischten Trupps von THW und Feuerwehrstatt statt.

Der Samstag begann mit einer gemeinsamen Gefahrgutübung. Eines der Ziele der Übung war dabei der Einsatz des Radladers. Um den Radlader nach einem Einsatz reinigen zu können, probte der 3. Zug der Umweltfeuerwehr (Dekontamination) die Reinigung des Gerätes.

Parallel zu der Gefahrgutübung probte der Wasserrettungszug der Umweltfeuerwehr die Zusammenarbeit mit der Rettungshundestaffel der Fachgruppe Ortung des THW Osterode bei der Vermißtensuche an und in fließenden Gewässern.

Nach dem Mittagessen wurde auf der Weser der Aufbau einer Ölsperre in fließendem Gewässer geübt.

Die Verpflegung der etwa 100 Übungsteilnehmer wurde durch die Fachgruppe Logistik des THW Gieboldehausen sichergestellt. Zum Abschluß waren sich alle Teilnehmer einig, daß die Zusammenarbeit beider Einheiten gut funktioniert hat und sicher weitere Übungen folgen werden.

Für Sie gelesen

Wir helfen

*Das THW
gestern - heute - morgen
Hrsg.: THW-
Landeshelfervereinigung
Berlin/Brandenburg e. V.,
Taubenstraße 48/49,
10117 Berlin*

Dieses Buch handelt vom Wachsen und Werden einer Gemeinschaft, deren Mitglieder es als ihr vornehmstes Ziel ansehen, Menschen in Not zu helfen. „Wir helfen“: Diese zwei Worte dokumentieren Selbstbewusstsein und Stolz auf das Erreichte ebenso wie das Versprechen, als Katastrophenschutzorganisation der Bundesregierung auch in Zukunft überall dort zur Stelle zu sein, wo Hilfe benötigt wird.

Diesem Gedanken folgt die Dreiteilung des Buches. Gestern - heute - morgen: Gegenstand der ersten zwei Kapitel des Buches sind Vergangenheit und Gegenwart des THW in ihrer Wechselwirkung zu den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Fünfzig Jahre THW sind zugleich auch ein Stück Entwicklungsgeschichte der Bundesrepublik selbst. Zusammen mit dieser hat es sich verändert, ist es zu einem auch international bedeutenden Faktor in den Bereichen Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe gereift.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich auch das THW neuen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und daraus resultierenden Herausforderungen zu stellen. Insofern steht - über die Betrachtung von Geschichte und Gegenwart hinaus - am Schluss des Jubiläumsbuches der Versuch, Antworten auf wichtige und drängende Fragen im Hinblick auf die künftige Rolle der Bundesanstalt sowie deren Perspektiven zu vermitteln.

Dieses Jubiläumsbuch ist allen THW-Angehörigen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gewidmet, deren Lebensmaxime sich in dem kur-

zen Wort „helfen“ zusammenfassen läßt.

Taschenkalender für die Feuerwehren

*Verlag W Kohlhammer,
70549 Stuttgart*

Auch 2001 wird die Reihe der Feuerwehr-Taschenkalender fortgesetzt. Der Kalender beinhaltet neben dem Kalendarium zahlreiche Tabellen und Textbeiträge mit einer Vielzahl von praktischen Hinweisen. Der in sieben Landesausgaben erschienene Kalender wird durch länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial ergänzt. Neu ist nicht nur der Umschlag, auch im Innenteil ist der Kalender nun zweifarbig.

Thalia in Flammen

*Theaterbrände in Geschichte
und Gegenwart
Von Elmar Buck
EFB-Verlag GmbH, Postfach
72 02 63, 50757 Köln*

Thalia, die griechische Muse der Komödie, mag die Theater noch so beflügelt haben, sie konnte sie nicht davor bewahren, zum Raub der Flammen zu werden. Die Ursachen dieser Brände waren bisweilen technisches Versagen, meist aber Unvorsichtigkeit, Fahrlässigkeit, Leichtsinns und immer wieder: Brandstiftung. Zu regelrechten Katastrophen kam es im 19. Jahrhundert. Diese Hochzeit des Theaters wurde zugleich auch zum Jahrhundert der größten Theaterbrände. Paradoxerweise wurden diese Infernos gerade durch den Einzug von Sicherheitsmaßnahmen in die Theaterbetriebe gefördert.

Das ansprechend gestaltete Werk schildert sowohl die großen Brände in deutschen als auch in europäischen und amerikanischen Theatern. Es schildert deren Zerstörung und Wiederaufbau. Zahllose Informationen zu Künstlern, Inszenierungen u. v. m. ergän-

zen das Werk. Eine Chronologie der Theaterbrände in Europa rundet das Buch ab.

Was jeder vom Brandschutz wissen muß

*Von Siegfried Volz
Verlag W Kohlhammer,
70549 Stuttgart*

Jährlich sterben in der Bundesrepublik fast 1.000 Menschen bei Bränden, etwa 10.000 Menschen tragen Verletzungen durch Brände davon. Die brandbedingte jährliche Schadenssumme beträgt rund 3,1 Milliarden Euro. Daher muß jeder einzelne wissen, was zur Brandverhütung zu tun ist, wie Brände zu bekämpfen sind und wie man sich selbst und andere in Sicherheit bringt. Das Buch will dazu beitragen, Wissenslücken auf diesen Gebieten zu schließen. In leicht lesbarer Form werden erforderliche Maßnahmen für die Verhütung von Bränden und Regeln für das Verhalten im Brandfall genannt.

Die Gefahren der Einsatzstelle

*7., überarbeitete und
aktualisierte Auflage
Von Karl-Heinz Knorr
Verlag W Kohlhammer,
70549 Stuttgart*

Für die siebte Auflage wurde die sechste vollständig überarbeitet und aktualisiert. Insbesondere der Bereich der chemischen Gefahren wurde den geänderten rechtlichen Vorgaben angepasst: Neue Kennzeichnungsvorschriften für Druckgasbehälter wurden ebenso berücksichtigt wie die Einführung der sogenannten ERI-Cards. Neu hinzu gekommen sind Gefahren, die von Airbags ausgehen können, die nach Verkehrsunfällen nicht ausgelöst haben. Damit ist das Lehrbuch über Ursache und Wirkung der jeweiligen Gefahr und die sich daraus ergebenden Verhaltensregeln und Einsatzgrundsätze auf den neuesten Stand gebracht.

Geschichte des deutschen Feuerwehrfahrzeugbaus

*Wie die Feuerwehren
mobil sind*
Band 2: Von 1940 bis heute
Von Manfred Giehl
Verlag W. Kohlhammer,
70549 Stuttgart

Der zweite Band der Fahrzeuggeschichte umfaßt die Feuerwehrfahrzeuge des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwende. Dabei wird sehr viel Wert auf Aktualität gelegt: Es werden die jüngsten Entwicklungen und Fahrzeugbeschaffungen vorgestellt und ein Ausblick auf kommende Entwicklungen - auch im Hinblick auf die europäische Normung - gegeben.

Der Autor behandelt sowohl die Normfahrzeuge, die in den letzten fünfzig Jahren entstanden, als auch Sonderentwicklungen von Berufs- und Werkfeuerwehren, die Fahrzeuge der DDR-Feuerwehren, Flugplatzlöschfahrzeuge, die Katastrophenschutzfahrzeuge des Brandschutz- und Bergungsdienstes sowie militärische Brandschutzfahrzeuge.

Über 100 Tabellen und Übersichten vertiefen die faktenreichen Darstellungen. Ein ausführliches Sachverzeichnis ermöglicht den schnellen Zugriff auf die Informationen. Zusammen mit Band 1 liegt damit ein umfassendes Grundlagenwerk für die Angehörigen der Feuerwehr und für die Freunde der Automobilschicht vor.

Baulicher Brandschutz

Von Ulrich Schneider
und Christian Lebeda
Verlag W. Kohlhammer,
70549 Stuttgart

Das Buch beschreibt die Grundlagen des baulichen Brandschutzes. Ausgehend von Erkenntnissen über das Auftreten von Bränden werden die gesetzlichen Grundlagen des

Brandschutzes, die wichtigsten nationalen und europäischen Prüfnormen für Baustoffe und Bauteile und die normgemäße Ausführung von Bauteilen ausführlich behandelt.

Darüber hinaus werden die chemischen und physikalischen Grundlagen des Brandverlaufes bei realen Bränden, die temperaturbedingten Baustoffveränderungen im Brandfall und die Temperaturentwicklungen in Bauteilen dargestellt. Vereinfachte Verfahren zur Beurteilung der Brandwirkungen gemäß DIN 18230 und Rechenverfahren nach den Eurocodes sind umfassend beschrieben.

Die Bauvorschriften-CD

Von Josef Mayr (Hrsg.)
FeuerTRUTZ GmbH,
Kanalstraße 24,
82515 Wolfartshausen

Die Bauvorschriften-CD ist Bestandteil eines neuen, effektiven und preiswerten Informationskonzepts. Sie informiert im Volltext alle am Bau und Brandschutz Beteiligten wie Architekten, Planer, Ingenieure und die Feuerwehr über bestehende und neue Bauvorschriften.

Durch die etwa ein- bis zweimal im Jahr erscheinenden Updates bleiben die Informationen stets aktuell. Kostenlose, kontinuierliche Internet-Aktualisierung schließen die Lücke seit dem letzten Update und liefern in Sekundenschnelle Informationen über Neuerungen und Änderungen.

Die Handhabung der Bauvorschriften-CD ist einfach und aus dem Windows-Hilfesystem bekannt. Das stets sichtbare Inhaltsverzeichnis im linken Bildschirmfenster ermöglicht eine komfortable Orientierung und Navigation. Mit Hilfe der Volltextsuche kann schnell recherchiert werden. Die Notizbuchfunktion nimmt Anmerkungen auf und Lesezeichen helfen beim schnellen Auffinden von wichtigen Paragraphen.

SEK - Spezialeinsatzkommandos der deutschen Polizei

Von Reinhard Scholzen
Motorbuch Verlag,
Olgastraße 86,
70180 Stuttgart

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht über eines der 23 Spezialkommandos (SEK) berichten. Sie bilden die Elite der deutschen Polizei und kommen bei Banküberfällen und Geiselnahmen, gegen Schwerstkriminelle und Terroristen zum Einsatz.

Nie zuvor erhielt ein Buchautor die Erlaubnis, über die SEK zu berichten. Reinhard Scholzen gelang das Außergewöhnliche: Er durfte die aus einsatztaktischen Gründen erforderliche Isolation durchdringen.

Das Ergebnis liegt nun in einer reich bebilderten Dokumentation vor. Am Beispiel der SEK Südbayern schildert er die Auswahl und Grundausbildung der Elitepolizisten, ihr ausgefeiltes Nahkampf- und Schießtraining, ihre Sonderausrüstung und -bewaffnung, und was sie im Kampf gegen Geiselnahmer und Bankräuber, Erpresser und Terroristen sonst noch alles aufzubieten haben.

Hierbei kommt den Einsatztaktiken, die ständig an die Veränderungen des Kriminalgeschehens angepaßt werden, eine besondere Bedeutung zu. Denn die Taktik, die technische Ausstattung und die Qualität der Ausbildung machen es möglich, daß die Spezialeinheiten ihrem „polizeilichen Gegenüber“ meist einen Schritt voraus sein können.

Feuerwehr Augsburg

Von Korschinsky / Habermayer / Springer / Nöllke
Weltbild Verlag, Augsburg

150 Jahre Freiwillige Feuerwehr Augsburg und 100 Jahre Berufsfeuerwehr waren der An-

Für Sie gelesen

laß für die Herausgabe des Werkes.

Das Werk ist bei weitem nicht nur eine Aneinanderreihung von trockenen Daten und Fakten, sondern vermittelt mit viel Gefühl die Entwicklung vom Löscheimer bis hin zu dem modernen Dienstleistungsunternehmen namens Feuerwehr. Das Buch ist nicht nur für den Feuerwehr-Insider lesenswert, sondern auch für den Bürger, der sonst keinen Bezug zu den Floriansjüngern hat.

Feuerwehrmuseen in Deutschland

*Arbeitsgemeinschaft der
Feuerwehrmuseen (AGFM),
St.-Laurentius-Straße 3,
36041 Fulda*

Die Geschichte der deutschen Feuerwehren ist in den bundesweit 29 Feuerwehrmuseen zu bestaunen. Die Arbeitsgemeinschaft hatte rechtzeitig zur Interschutz erstmals einen Wegweiser zu den 29 ausgewählten Häusern erstellt. Herausgekommen ist ein 70 Seiten starkes und durchgehend farbig bebildertes Werk, das für die Planung des nächsten Familien- oder Gruppenausflugs eine gute Hilfe sein kann. Die Adressen der einzelnen Museen mit Telefonnummern und Öffnungszeiten sind jedem Beitrag vorangestellt.

FeuerwehrFreak special 2000

*Annette Scholz Verlag,
Münchhausenstraße 1,
30952 Ronnenberg*

Die Dokumentation berichtet auf 60 Seiten über die Interschutz und den Deutschen Feuerwehrtag in Augsburg mit seiner Vielzahl von Ereignissen.

Neben den Veranstaltungen und Wettkämpfen wird im Hauptteil der Dokumentation der auf der Messe ausgestellte umfangreiche Feuerwehrfahr-

zeugpark vorgestellt. Über 260 Fotos dokumentieren diesen Teil. Kurze Einführungen und erklärende Texte weisen auf Besonderheiten und zukunftsweisende Entwicklungen hin.

Die Übersicht über die Geschehnisse des Deutschen Feuerwehrtages bis zum Festumzug werden mit weiteren 140 Fotos gegeben.

Die Broschüre über die „Feuerwehrtage in Augsburg“ wird dem Besucher eine wertvolle Erinnerung sein und dem, der nicht dabei war, einen umfassenden Überblick geben.

Der Animateur in Uniform

*Moderne Personalführung
bei der Feuerwehr
Von Jens-P. Wilke
Verlag FKF Media e. V., Berlin*

Das neue Buch stellt dar, wie Instrumente und Methoden einer modernen Personalführung auch bei der Feuerwehr erfolgreich eingesetzt werden können.

Begriffe wie „Kontrakt-Management“, „Mentoring“ oder „Teamplying“ werden nicht nur theoretisch, sondern auch anhand alltäglicher Beispiele praktisch dargestellt. Dem Autor gelingt es dabei, die Verknüpfung von modernen Führungsmitteln mit althergebrachten, aber deshalb nicht weniger richtigen Begriffen wie „Vorbildfunktion“ und „Respekt“ zu verknüpfen. Im Kapitel „Führen im Einsatz“ wird der Schwerpunkt auf die psychologischen Aspekte der Führung in Ausnahmesituationen gelegt.

Nachwuchsführungskräften kann dieses Buch den Einstieg in die neue Führungsverantwortung erleichtern, zumal hier so etwas wie ein „Verhaltenskodex für Vorgesetzte“ aufgestellt wird. Auch erfahrene Führungskräfte, die sich etwas Lernbereitschaft bewahrt haben, werden viel Neues in diesem Buch für sich entdecken können.

KOPF- NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 31.12.2000 (Poststempel) an:

Bundesamt für Zivilschutz
- Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. ein Reiseradio
3. ein Autoverbandkasten
- 4.-10. je ein BZS-Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BZS und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 3/2000 lautete:

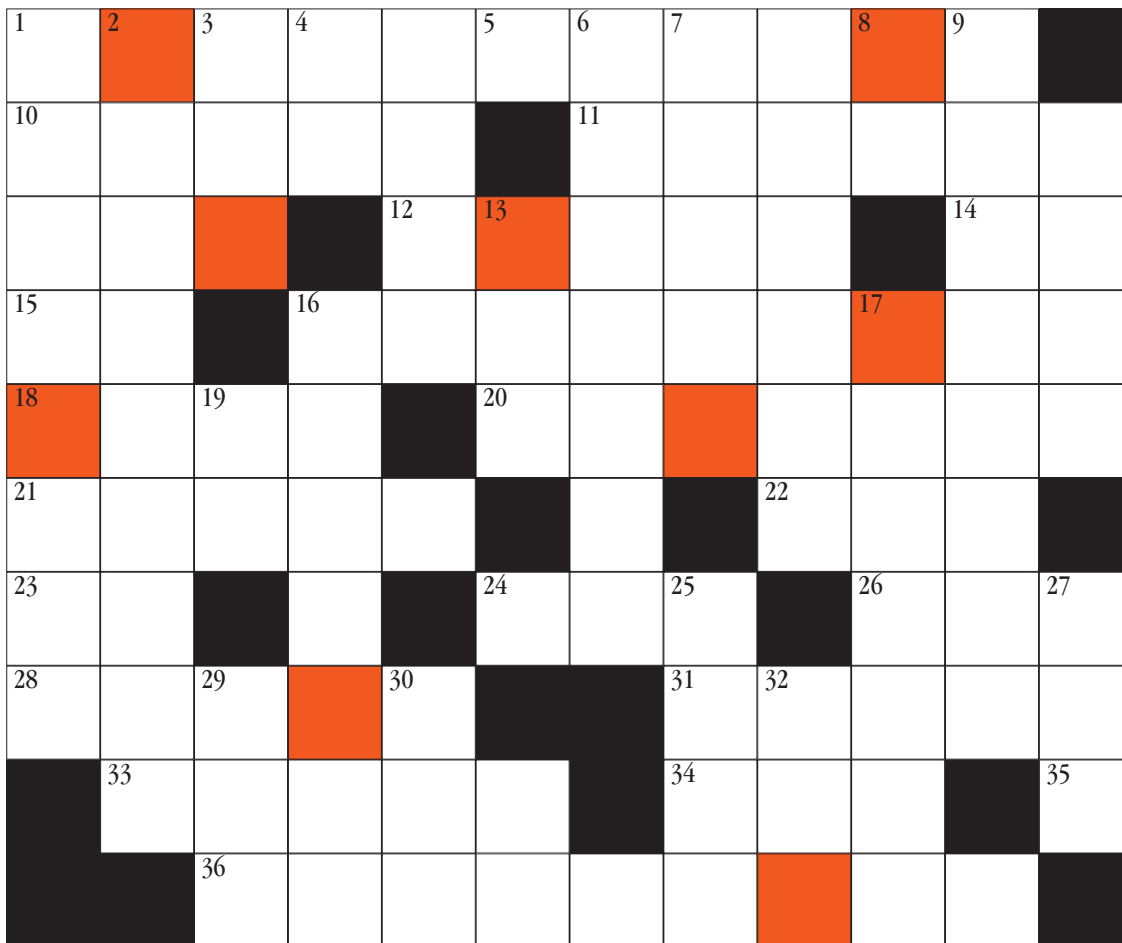
SCHLAUCH

Als Gewinner wurden ermittelt:

1. Preis
Karl Heer
Künzelsau
2. Preis
Harry Ostwaldt
Drestedt
3. Preis
Kirsten Schiller
Siegen

Die übrigen Gewinner werden per Post benachrichtigt.

Kopfnuss



KOPFNUSS

WAAGERECHT:

- 1 Es könnte auch Uwe's Trompete heißen
- 10 Derrick versucht es zu erschüttern
- 11 Hiervon sollte man alle im Schrank haben
- 12 Sie zu entführen ist nur ein Scherz, auch wenn es Geld kostet
- 14 Mit -zeit war es vor langer Zeit, mit h zeigt es Zeit auch ohne -zeit
- 15 Wz auf englischen Handelsgütern
- 16 Wenn Lautsprecher dies tun, sollte man sie austauschen oder die Musik leiser machen
- 18 Dies soll man mit Weile tun
- 20 Die Zeitung ist voll davon und dieser Satz fängt auch damit an
- 21 Dort, wo Adam und Eva Adam and Eve heißen, ist sie der Verführer
- 22 Vorname des Mannes mit 40 Räufern
- 23 Tierprodukt, das Omas häufig im Gespräch mit Babys im Munde führen
- 24 Gehört zu Boden-, Nord- und Süd-
- 26 Konjugation erster Fall Singular
- 28 Bauwerk, bei dem man besser das THW ruft
- 31 Verlängert um einen Kanadischen See entsteht eine Erkrankung der Atemwege
- 33 Externes Gerät zur weltweiten Kommunikation, heute meist intern ersetzt
- 34 Für den Philosophen das real Seiende, für ein Kind ist es realistischer mit i in der Mitte

- 35 Was das A für deutsche Autofahrer, ist dieser Buchstabe für europäische
- 36 Beim Grand Prix möchte jedes Land möglichst viele hiervon mit vielen Punkten

SENKRECHT:

- 1 Kirchlich orientierter Hilfsdienst
- 2 Bei Tin Lizzy würde heute vielleicht statt Tin dieses verwendet
- 3 Bekannt für heißen Karneval
- 4 Berliner Fußballverein
- 5 Steht für Nürnberg ebenso wie für Nord
- 6 Wer diese demonstriert, will sich durchsetzen
- 7 Trägt der Mensch hoch erhoben; Berlin, Paris und London haben es vor der Stadt
- 8 Kürzel der Stadt in NRW, auf die vor einigen Jahren ein Flugzeug abstürzte
- 9 Der Altarm am Rhein ist nicht das Gegenteil, auch wenn es so scheint
- 13 Mit -barber zum Essen und mit -psodie zum Hören
- 16 Davon gibt es 86.400 jeden Tag
- 17 So spricht der Fachmann von Sonnenfinsternis
- 19 Hat Hollywood und einen „International Airport“
- 25 Hätte dieser Garten doch bloß keine Apfelbäume gehabt!
- 27 Durcheinander geratener englischer Artikel
- 29 Atom, das seine Neutralität verloren hat
- 30 Sagt der Holländer, wenn er eins will
- 32 Gibt es mit Diplom, mit und ohne FH

Terminkalender

Termine 2001

25./26. Januar 2001: Theorie und Praxis des vorbeugenden Brandschutzes

Ort: Essen

5.-10. Februar, 2.-7. April, 25.-30. Juni 2001: Brandschutzbeauftragter

Ort: Hamburg

12. Februar 2001: Brandschutz in Verkehrstunnelanlagen

Ort: München

15. Februar 2001: Vorbeugender baulicher Brandschutz - Grundlagen

Ort: München

16. Februar 2001: Vorbeugender baulicher Brandschutz - Haustechnik

Ort: München

26. März 2001: Vorbeugender Brandschutz bei Planung, Genehmigung und Ausführung von Bauvorhaben

Ort: Berlin

15. Mai 2001: Brandmelde- und Brandlöschanlagen

Ort: Essen

17. Mai 2001: Weiterbildung Brandschutzbeauftragter

Ort: Dortmund

12./13. Juni 2001: Brand- und Explosionsschutz

Ort: München

Info: Haus der Technik e.V., Hollestraße 1, 45127 Essen

25. Januar 2001: Fachtagung Brandschutz in Kabelanlagen

Ort: Mannheim

Info: VdS Schadenverhütung, Schulung und Information, Pasterstraße 17 a, 50735 Köln

1. März 2001: 150 Jahre Berliner Feuerwehr

Info: Berliner Feuerwehr, Nikolaus-Groß-Weg 2, 13627 Berlin

3.-4. März 2001: Hannoversches Notfall-symposium

Ort: Hannover

Info: Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., IV Niedersachsen/Bremen, FB Bildung, Dr. J. Bränzel, Hagacker 5 B, 30952 Ronnenberg

15.-17. März 2001: Symposium „Schwimmen - im Spannungsfeld von Bewegung und Sicherheit“

Ort: Bad Nenndorf

Info: Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Im Niedernfeld 2, 31542 Bad Nenndorf

30. März bis 1. April, 9. bis 11. November 2001: Brandschutz-Seminar

Ort: Menden

Info: Bals Brandschutz- und Sicherheitserziehung GbR, Am Felsenkeller 10, 58706 Menden

10./11. Mai 2001: Symposium „Management nach Schienenunfall“

Ort: Hamburg

Info: Landesfeuerwehrschule Hamburg, Frau Susanne Engel, Bredowstraße 4, 22113 Hamburg

24. Mai 2001: Eröffnungsveranstaltung Feuerwehr-Aktionswoche

Ort: Dietzenbach

Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

24.-27. Mai 2001: XIV. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt

Ort: Bruneck (Südtirol)

Info: Organisationskomitee Sternfahrt, Dantestraße 16, I-39031 Bruneck

15. Juni 2001: Museumsfest

Ort: Fulda

Info: Deutsches Feuerwehrmuseum, St.-Laurentius-Straße 3, 36041 Fulda

20.-28. Juli 2001: CTIF-Feuerwehrettkämpfe

Ort: Kuopio (Finnland)

Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

29. August 2001: Deutscher Jugendfeuerwehrtag

Ort: Saarlouis

Info: Deutsche Jugendfeuerwehr, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

13.-15. September 2001: Fachmesse „Florian 2001“

Ort: Cottbus

Info: Ortec Messe Dresden GmbH, Bertold-Brecht-Allee 24, 01309 Dresden

Termine 2002

26. Januar 2002: 12. Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften

Ort: Hinterzarten

Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Postfach 20 03 51

53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesamt für Zivilschutz

Internet: <http://www.bzs.bund.de>

E-Mail: redaktion@bzs.bund400.de

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:

Hans-Walter Roth

Telefon (02 28) 940 - 1100

Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:

Paul Claes

Telefon (02 28) 940 - 1164

Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Werbedruck GmbH

Horst Schreckhase

Postfach 1233

34283 Spangenberg

Telefon (0 56 63) 94 94

Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50

Abonnement jährlich DM 14,- zzgl. Porto und Versandkosten.

Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Menschen

Christina Rau als Schirmherrin über das Jugendortkreuz	1/2
Leiter der Abteilung IV des BZS verabschiedet	1/2
Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft	3/2
Neuer DRF-Präsident gewählt	3/2
Ehemaliger Präsident des BZS wird 80	3/2
Nachruf: Franz Stadler	3/2

Politik und Gesellschaft

27. Deutscher Feuerwehrtag: Augsburg - Eine Stadt in der Hand der Feuerwehr	3/3
„Interschutz“: Die Fachwelt blickte nach Augsburg	3/15
50 Jahre Technisches Hilfswerk	4/2

Aus der Praxis

Brühl: Das Ende des D 203	2/2
Nachbereitung als sinnvolle Hilfe bei belastenden Einsätzen	2/5
17 neue Krankentransportwagen für Berlin	4/5
Große Zahl von Hilfsbedürftigen stellt den Rettungsdienst auf die Probe	4/7
Notfallseelsorge und Krisenintervention	4/9
Öffentlichkeitsarbeit im Katastrophenschutz	4/14

Technik und Wissenschaft

Mobiles Ferndetektionssystem für die chemische Gefahrenabwehr	1/3
Katastrophenmanagement per Weltraumtechnik	1/7
Löschrettungsfahrzeug: Das neue Konzept der Feuerwehr Essen	1/9
Brandgefährdungsanalyse: Was verbirgt sich dahinter?	1/11
Von Absorption bis terrestrische Strahlung	1/16
Neues Gesicht für alte Bunker	1/19

Am Anfang steht das Wort - am Ende bleibt nur Staub?	1/23
Der ABC-Erkundungskraftwagen	2/7
(Neue) Gefahren durch biologische Kampfstoffe	2/12
Aufbau eines Impfstoff-Konsortiums	2/14
Von der Seuche zum Kampfstoff	2/15
Chemische Kampfstoffe: Ein altes Thema - noch immer aktuell	2/17
Die Systematik der Untersuchung der Brandgefährdung	2/26
Erinnerungen an den Warndienst	2/29
Aus der Industrie	2/31
Eingreifrichtwerte statt Dosisrichtwerte	3/23
Komplexe inhaltliche Gestaltung eines Brandschutzkonzeptes	3/29
Oberrieder Bergungstollen öffnete seine Pforten	4/17
Kulturgutschutz: Zettelarchiv des Thesaurus linguae Latinae jetzt gesichert	4/19
ABC-Schutz transparent gemacht	4/22
Warnung der Bevölkerung - Sirene am Handgelenk	4/27
Aus der Industrie	4/30

Aus- und Weiterbildung

Katastrophenschutz als Lernziel	1/26
Die neue Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz	1/27
ABC-Ausbildung aktuell	1/30
Übung: Wildwasserbahn im Erlebnispark	2/35
Übungsauswertung „Herbst 99“	4/32
Zusammenarbeit bei Sanitätsübung geprobt	4/33

Arbeiter-Samariter-Bund

Integrierte Führungsausbildung im ASB	1/32
ASB hat sechs Schulen im Kosovo wieder aufgebaut	2/38
Krisenintervention im Rettungsdienst	3/34
Hilfslieferungen nach Inguschetien	4/36

Deutsche

Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Wasserrettung darf nicht zum Luxus werden	2/40
DLRG präsentiert sich auf der „Interschutz“	2/41
Ertrinkungsfälle in Mecklenburg-Vorpommern steigen kräftig	2/41
Aufklärungskampagne gestartet	3/36
Schwimmen - Im Spannungsfeld von Bewegung und Sicherheit	4/38
302 Menschen ertrunken	4/38

Die erste Ziffer weist auf die Ausgabe hin, die zweite nennt die Seitenzahl.

Jahresregister 2000

Deutscher Feuerwehrverband

Wenn das Herz versagt ...	1/35
Feuerwehr-Jahrbuch 2000 erschienen	1/36
Zusammenarbeit Bund und Feuerwehr	1/37
Finnische Delegation zu Gast beim DFV	1/37
Feuerwehr und Architektur	1/38
27. Deutscher Feuerwehrtag und „Interschutz“ in Augsburg	2/42
DFV und DJF auf CD-ROM	3/37
Mehr Information gefordert	3/37
Kortisonhaltige Aerosole bei Rauchgasexposition	4/39
Arbeitsgemeinschaft Fußball- weltmeisterschaft 2006 gegründet	4/39

Deutsches Rotes Kreuz

27. Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz in Genf	1/39
Grundsteinlegung in Berlin	1/40
Containerhospital in der Türkei errichtet	1/41
DRK verstärkt Hilfen für Venezuela	1/41
Bilanz des DRK zum Kosovo-Konflikt	2/45
50 Jahre DRK	2/47
DRK-Großeinsatz bei Zugunglück in Brühl	2/47
Position zur Zukunft des Zivildienstes bezogen	3/38
DRK warnt: Blut wird knapp	3/38
Großübung Rettungshunde in Leutershausen	4/40

Johanniter-Unfall-Hilfe

Katastrophenschutztagung der Johanniter in Bonn	1/42
Bundeseinsatzstab eingerichtet	2/48
JUH bei der „Interschutz“	3/39
Gemeinsamer Wiederaufbau im Kosovo	4/41

Malteser Hilfsdienst

Ehren- und Hauptamt	1/43
Kernkompetenzen der Malteser nutzen	1/43
Malteser Akademie: Neues Programm zur Fort- und Weiterbildung	1/44
„Abenteuer Helfen“	1/44
Qualität in der Praxis	2/49
Betreuungsdienst - mehr als Feldküche und Feldbett	3/40
Management-Wissen mit qualifiziertem Abschluss	4/42
Qualitätssteigerung durch mehr Praxis	4/42
Malteser helfen bei Love Parade 2000	4/43

ARKAT

Katastrophenforschung in Netzwerken	1/45
Projektmanagement in Krisengebieten	2/50
Synergiemanagement im Katastrophenschutz / Teil 1	3/41
Synergiemanagement im Katastrophenschutz / Teil 2	4/44

Technisches Hilfswerk

THW-Helfer stellen in Frankreich Solidarität unter Beweis	1/47
THW hat sich für 2000 viel vorgenommen	2/53
Neue Beleuchtungstechnik beim THW	3/43

Rubriken

Rundblick	1/50
Rundblick	2/54
Rundblick	3/44
Rundblick	4/46
Für Sie gelesen	1/52
Für Sie gelesen	2/59
Für Sie gelesen	3/46
Für Sie gelesen	4/50
Kopfnuss	1/53
Kopfnuss	2/63
Kopfnuss	3/47
Kopfnuss	4/53
Termine	1/54
Termine	2/64
Termine	3/48
Termine	4/54
Zuletzt: Mannschaftstransportwagen (MLW) FGr Infrastruktur (THW)	1/57
Zuletzt: Gerätekraftwagen (GKW I) des THW	2/65
Zuletzt: ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-ErkKW)	3/49
Zuletzt: SEG-Einsatzfahrzeuge	4/57

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: SEG-Einsatzfahrzeuge

Die hier vorgestellten Einsatzfahrzeuge von Schnelleinsatzgruppen (SEG) zählen zwar nicht zu den Fahrzeugen des Katastrophenschutzes im engeren Sinne, jedoch stehen sie diesen hinsichtlich ihrer taktischen und tatsächlichen Verwendung im Einsatz- oder Großschadensfall sehr nahe.

Schnelleinsatzgruppen sind spezielle Einheiten der Hilfsorganisationen, die im Großschadens- oder Katastrophenfall dem regulären Rettungsdienst zugeordnet werden. Die Einheiten sind mit unterschiedlichen Mannschafts-(MTW), Geräte- (GW) und Krankentransportfahrzeugen (KTW/RTW) ausgestattet.

Zu den Aufgaben der SEG gehört - neben der generellen Unterstützung des Rettungsdienstes - unter anderem die personelle Ausstattung und technische Einrichtung von Verletztenablagen und Verbandplätzen.

Das Modell

Das Modell Nr. 1487 der Firma Roco ist eine der ersten vorbildlichen Nachbildungen eines SEG-Einsatzfahrzeuges im Maßstab 1:87/H0. Das Geräte- und Mehrzweckfahrzeug des DRK-Kreisverbandes Castrop-Rauxel wurde auf einem VW-Doppelkabiner aufgebaut, versehen mit einem heckseitigen Geräte- und Materialkoffer (Roco-Formenneuheit). Das Modell entspricht bereits hinsichtlich seiner Bauweise sowie seiner Beschriftung

SEG-Gerätewagen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Singen.



Nach dem Vorbild des Geräte- und Mehrzweckfahrzeugs des DRK-Kreisverbandes Castrop-Rauxel: SEG-Modellfahrzeug der Firma Roco im Maßstab 1:87/H0.



weitgehend seinem tatsächlich existierenden Vorbild. Von daher bleibt es dem Modellbauer unbenommen, hier entweder Lackierungen und/oder Formveränderungen vorzunehmen oder das Modell in seinem Lieferzustand zu belassen.

Ergänzt werden sollten lediglich kleinere bauliche Details sowie Farbdetails (z. B. in schwarz-matter Farbgebung die Fensterrahmen, Scheibenwischer und Türgriffe; in orange Blinker; Nummernschilder).

Das gelungene Roco-Modell mag hier nur als Beispiel dienen für zahlreiche ähnliche

Versionen von SEG-Fahrzeugen. Nicht selten finden handelsübliche Fahrzeuge mit Sonderaufbauten hinter einer Doppelkabine wie das SEG-Fahrzeug des ASB Singen (Foto oben) Verwendung. Genutzt werden aber auch ausgemusterte Fahrzeuge des Katastrophenschutzes oder von Rettungsdienst, Feuerwehr, Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr.

Dem Modellbauer bietet sich demnach eine sehr breite Palette an vorbildgerechten und gar nicht so schwierigen Umbaumöglichkeiten.



Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Johannes Rau feierten vom 15. bis 17. September 2000 rund 100.000 Angehörige des THW und Berliner Bürgerinnen und Bürger den 50. Geburtstag des Technischen Hilfswerks in der Bundeshauptstadt. 1.500 Akteure aus dem gesamten Bundesgebiet zeigten den Besuchern, Freunden, Partnern und Förderern des THW am Samstag und Sonntag in einer Technik- und Leistungsschau live, hautnah und zum Anfassen die gesamte Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten im In- und Ausland. Live-Shows, vielfältige Unterhaltung und ein gastronomischer Erlebnisparkours mit Spezialitäten aus allen 16 Bundesländern verliehen dem Jubiläum einen attraktiven Rahmen.

Eine der ganz großen Geburtstagsüberraschungen in Berlin für das THW: Am Sonntag um 15.10 Uhr lief auf Gleis 2 des Ostbahnhofs in Anwesenheit von THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel und zahlreicher Gäste eine mit THW-Motiven versehene und in der Grundfarbe Blau lackierte E-Lok der Baureihe 101 ein. Unter den Klängen einer Musikkapelle und dem Beifall der Gäste gratulierte der Vertreter der DB AG, Hans Lejster, im Auftrag des Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn dem THW zum Geburtstag. Bei der Übergabe verwies Direktor Henkel, dem die Freude über das außergewöhnliche Geschenk deutlich anzusehen war, auf die langjährige partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen THW und Deutscher Bahn AG. Ein Jahr lang wird die blaue Image-Lok Fernreisezüge durch Deutschland ziehen und für die humanitäre Idee des Technischen Hilfswerks werben. Also dann: Gute Fahrt!

(Titelfoto: Döpfer / Foto oben: Glass)